Jahresbericht 2013

Mission Statement

Wir von der NÖ Arbeiterkammer stehen für ...

- ... regionale Interessenvertretung ...
- ... sozial sichere, faire und gesunde Arbeitsverhältnisse ...
- ... die Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt ...
- ... die Unterstützung gewerkschaftlicher und betriebsrätlicher Arbeit ...
- ... neue Ideen und Modelle für Arbeits-, Wirtschafts- und Lebensformen ...
- ... die Förderung sozialer Ideen ...
- ... den Schutz vor Unrechtmäßigkeiten im Arbeitsleben ...
- ... die Integration von benachteiligten Gruppen ...

... denn Gerechtigkeit muss sein.

Inhalt

Der Kurzbericht

Verlässlichkeit in schwierigen Zeiten (Vorwort) 4
Die Lage der ArbeitnehmerInnen 5
Leistungsübersicht 6
AK-Umlage 7
Finanzübersicht 8
Organisation 9
Jahresrückblick 10

Schwerpunkte

Unsere Politik 14
Unsere Strategie 16

Leben und Arbeiten in Niederösterreich

Die wirtschaftliche Lage 20
Arbeiten in Niederösterreich 22
Bildung in Niederösterreich 24
KonsumentIn in Niederösterreich 26

Die Leistungsbilanz

Steuerung über Wirkungsfelder 30
Arbeitsverhältnisse 32
Soziale Sicherheit 36
Bildung 40
Chancen(un)gleichheit 44
Betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung 46
KonsumentInnenschutz 50
Wirtschaft 54
Gesundheit 58
Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen 62
Kultur, Freizeit und Sport 66

Die Standortentwicklung

Das ArbeitnehmerInnen-Zentrum nimmt Gestalt an 70
Das ArbeitnehmerInnen-Zentrum im Detail 74

Der Finanzbericht

Bericht zum Rechnungsabschluss 78
Die Vermögensbilanz in Euro 87
Die Ertragsrechnung in Euro 88
Die Leistungsübersicht in Euro 92
Kontrollbericht des Kontrollausschusses 94

Die Organisation

Die Struktur 98
Die Selbstverwaltung 99
Der Vorstand 100
Die Vollversammlung 101
Die Kammerrätinnen und Kammerräte 102
Die Ausschüsse und Fachausschüsse 103
Das AKNÖ-Büro 104
Die Einrichtungen der AKNÖ 110
Die Gremien und Institutionen 111
Die Adressen 112

Kurzbericht 2013

Verlässlichkeit in schwierigen Zeiten

Klaus VYHNALEK

Direktor Mag. Helmut Guth und Präsident Markus Wieser ziehen die Bilanz des abgelaufenen Jahres 2013.

Ein mageres Wirtschaftswachstum, immer mehr Arbeitslose, stark steigende Wohn- und Mietkosten, wachsender Arbeitsdruck – die Lage für die niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen war schon besser. 2013 zählt sicherlich nicht zu den Jahren mit positiver und dynamischer Entwicklung. Es ist also eine durchaus kritische Bilanz, die wir in der gesetzlichen ArbeitnehmerInnen-Vertretung, der Arbeiterkammer, aus dem abgelaufenen Jahr ziehen müssen.

Aber gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine durchsetzungskräftige Interessenvertretung für die unselbstständig Beschäftigten in diesem Land wichtiger denn je. Das sagen übrigens die Mitglieder der AKNÖ selber, 92 Prozent der Befragten antworten, dass sie gerade jetzt eine starke AK brauchen. Dieser starke Rückhalt bestätigt uns in unseren Forderungen, dass die Politik mehr für die Menschen in diesem Land leisten muss. Das, was die AK nachdrücklich einbringt, bleibt auch nicht ungehört: So können wir uns in der Jahresbilanz durchaus über wichtige und konkrete Erfolge bei der Mindestsicherung in Niederösterreich oder bei den Pensionsvorschusszahlungen freuen.

Neben der konsequenten Interessenvertretung ist die AK aber auch eine überaus wichtige Serviceinstitution für ihre Mitglieder. In diesem Bereich können wir eine durchaus positive Bilanz ziehen. Neue Rekorde bei den Steuerspartagen, hervorragende Erfolge im KonsumentInnenschutz, volle Säle bei unseren Weiterbildungsveranstaltungen sind nur einige Beispiele für unsere beliebten Dienstleistungen. Diese werden konsequent nach den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet. So haben wir auf die steigende Arbeitslosigkeit umgehend reagiert und den Bildungsbonus für Arbeitslose schon 2013 umgestellt und erhöht.

Die Mitglieder können sich auf ihre Arbeiterkammer verlassen. Das beweisen unsere Kennzahlen. 2013 betrugen die Einnahmen aus der AK-Umlage rund 59 Millionen Euro. Allein im Arbeits- und Sozialrecht haben wir fast 54 Millionen Euro für die Mitglieder an vorenthaltenen Geldern sichern können, fast so viel Geld, wie diese Beitrag leisten. Und das nur in einem Bereich, insgesamt sind an direkten Leistungen 78 Millionen Euro gesichert worden. Damit ist die AK für ihre Mitglieder eine sichere Anlage!

Markus Wieser
Präsident

Mag. Helmut Guth
Direktor

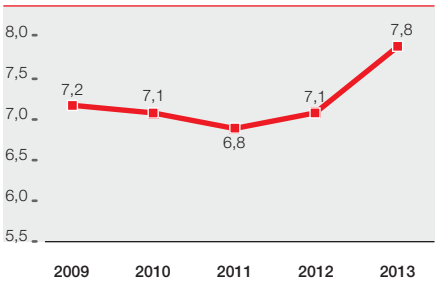
Lage der ArbeitnehmerInnen

Gedämpfter Wirtschaftsaufschwung

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich 2013 mit einem Wachstum von 0,3 Prozent am schwächsten seit der Krise in den Jahren 2008/09. Der reale Konsum schrumpfte 2013 um 0,2 Prozent. Die Inflationsrate war 2013 mit 2,0 Prozent etwas niedriger als 2012. In Niederösterreich stieg die Arbeitslosenquote auf 7,8 Prozent, die Beschäftigung hingegen sank um 0,1 Prozent auf 579.552 Personen. Die Zahl der offenen Stellen verringerte sich um 13,2 Prozent. Für 2014 und 2015 werden ein Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent und ein weiterer leichter Anstieg der Arbeitslosenquote auf acht bzw. 8,1 Prozent prognostiziert.

Entwicklung Arbeitslosigkeit in NÖ

2009 bis 2013



Arbeitsmarktdaten Niederösterreich – Durchschnitt 2011–2013

	2011	2012	2013
Unselbstständig Beschäftigte	573.306	580.128	579.552
Veränderung gegenüber dem Vorjahr absolut	9.150	6.822	- 576
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	1,6	1,2	- 0,1
Vorgemerkte Arbeitslose	41.698	44.461	48.950
Veränderung gegenüber dem Vorjahr absolut	- 1.417	2.763	4.488
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	- 3,3	6,6	10,1
Arbeitslosenquote in Prozent	6,8	7,1	7,8

Arbeiten in Niederösterreich

Die NiederösterreicherInnen leisten 58 Millionen Überstunden. Ein Fünftel bleibt unbezahlt. Überstunden schlagen sich laut Arbeitsklimaindex für Niederösterreich auch negativ auf die Zufriedenheit und die Gesundheit der Beschäftigten nieder. Gleichzeitig sind die Realeinkommen der NiederösterreicherInnen im Sinkflug. Stagnation gibt es bei den Kinderbetreuungsangeboten. Hier liegt Niederösterreich bei den 1-Jährigen mit einer Kinderbetreuungsquote von 5,6 Prozent im Bundesländervergleich am letzten Platz.

Bildung in Niederösterreich

Es fehlt in Niederösterreich noch immer an verschränkten Ganztagsschulen, die auch den modernen Familienmodellen gerecht werden. Und am Lehrstellenmarkt in Niederösterreich gab es 2013 rund 2.300 Lehrstellen zu wenig. Im Juli 2013 wurden neue Möglichkeiten bei der beruflichen Weiterbildung eingeführt: das Fachkräftestipendium und die Bildungsteilzeit als Ergänzung zur Bildungskarenz. Für rund 200.000 NiederösterreicherInnen mit Schwierigkeiten beim Lesen, Rechnen und den IKT-Kompetenzen werden dringend spezielle Kurse zur Förderung der Basisbildung benötigt.

KonsumentIn in Niederösterreich

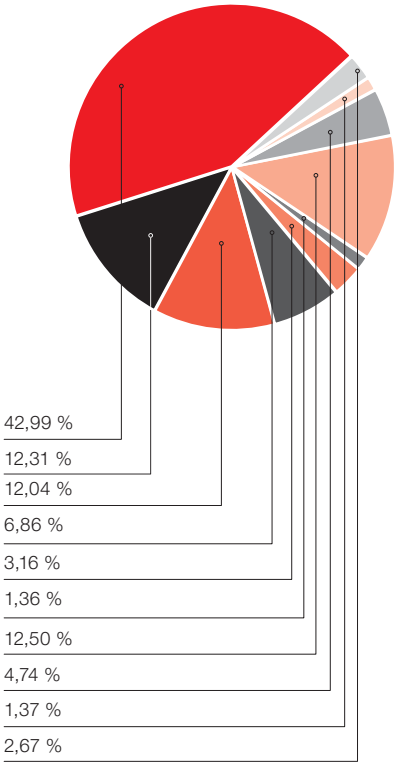
Die Mieten sind in Niederösterreich seit 2002 um 40 Prozent gestiegen. Strom und Gas waren 2013 trotz Preissenkungen zu teuer und belasteten die Haushalte. Sorgen macht auch die immer häufigere Verschuldung von Jugendlichen. Und bei privaten Pensionsvorsorgeprodukten haben KonsumentInnen Verluste erlitten, weil sie auf Ehrlichkeit und Weitblick der Finanzdienstleister vertraut, Risiken unterschätzt und Gewinnmöglichkeiten überschätzt haben.

Wohnungsmieten sind seit 2002 um 40 Prozent gestiegen. Gas und Strom bleiben trotz Preissenkungen zu teuer.

Leistungsübersicht

Der Kammerumlage von 59,4 Millionen Euro standen 2013 rund 79 Millionen Euro gegenüber, die für die Mitglieder auf direktem Weg erbracht wurden. Die größten Summen wurden mit 53,6 Millionen Euro im Arbeitsrecht, mit 12,8 Millionen Euro beim Steuerrecht, mit 10,5 Millionen Euro im Sozialrecht und mit 1,3 Millionen im KonsumentInnenschutz gesichert.

Ausgaben laut Leistungsbericht



- Arbeits- und Sozialrechtsschutz
- Wirtschaft, Umwelt- und KonsumentInnenschutz
- Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich
- Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation
- Zuwendungen
- Selbstverwaltung
- Verwendung für Bau und Investition
- Verwendung von Rückstellungen
- Kosten der Umlageneinhebung
- Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer

Leistungen 2013 im Überblick

	Anzahl
Beratungen im Bereich Arbeitsverhältnisse	134.267
Vertretungen vor Gericht und Behörden im Bereich Arbeitsverhältnisse	6.538
Beratungen im Bereich soziale Sicherheit und Absicherung	30.485
Vertretungen vor Gericht und Behörden im Bereich soziale Sicherheit und Absicherung	988
Beratungen im Bereich Bildung	5.179
Beratungen im Bereich KonsumentInnenschutz	51.539
Interventionen im Bereich KonsumentInnenschutz	1.381
Beratungen im Bereich Wirtschaft	30.073
Beratungen im Bereich Gesundheit	614
Auskünfte im Bereich Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen	219.083
Gesetzesbegutachtungen alle Bereiche	468

Gesicherte Beträge/direkte Unterstützungsleistungen im Überblick

	in Euro
im Bereich Arbeitsverhältnisse	53.624.011
im Bereich soziale Sicherheit und Absicherung	10.520.400
im Bereich KonsumentInnenschutz	1.329.875
im Bereich Wirtschaft	12.909.517
im Bereich Bildung	201.873
im Bereich Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen	114.916
im Bereich Kultur, Freizeit und Sport	106.670

Ausgaben laut Leistungsbericht

	in Euro
Arbeits- und Sozialrechtsschutz	27.846.694
Wirtschaft, Umwelt- und KonsumentInnenschutz	7.970.513
Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich	7.801.257
Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	4.440.283
Zuwendungen	2.045.917
Selbstverwaltung	883.633
Verwendung für Bau und Investition	8.094.093
Verwendung von Rückstellungen	3.071.099
Kosten der Umlageneinhebung	886.234
Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der BAK	1.729.660

Die AK-Umlage: durchschnittlicher Mitgliedsbeitrag: 6,13 Euro netto

Diese Aufstellung zeigt, was mit dem Geld geschieht. Die Beträge sind gerundet.

2,65 Euro für Rechtsschutz	In arbeits- und sozialrechtlichen Fragen bekommt man erstklassige Beratung. Die AK geht für ArbeitnehmerInnen auch vor Gericht. Bei Problemen am Arbeitsplatz ist der AKNÖ-Rechtsschutz der persönliche „Airbag“ für den Arbeitsalltag.
0,42 Euro für Informationen und Publikationen	Wissen ist Macht. Die AKNÖ bietet zahlreiche Infobroschüren an. In der Servicezeitung „treffpunkt“ finden sich viele Tipps zum Thema „Geldsparen“ sowie zur Arbeitswelt. Und im Internet sowie am Handy informiert die AKNÖ überall und jederzeit.
0,77 Euro für Investitionen	Die 23 AKNÖ-Bezirks- und Servicestellen werden damit zu modernen Beratungszentren ausgebaut. In St. Pölten entsteht ein großes, modernes ArbeitnehmerInnen-Zentrum.
0,08 Euro für Selbstverwaltung	Die Aufwendungen, welche die Tätigkeit der gewählten FunktionärInnen und damit die Demokratie in der AK ermöglichen, kosten jeden Beschäftigten 0,08 Euro pro Monat.
0,08 Euro für Umlageneinhebung	Die AK-Umlage wird mit den Sozialversicherungsbeiträgen eingehoben. Das spart Zeit und Geld, muss aber den Sozialversicherungsträgern abgegolten werden.
0,75 Euro für KonsumentInnenschutz und wirtschaftliche Expertisen	Die AKNÖ-KonsumentenschützerInnen helfen den Beschäftigten, im Alltag Recht zu bekommen. Unseriöse Geschäfte werden aufgedeckt, Preisvergleiche und kritische Tests sichern den Mitgliedern das wohlverdiente Geld. PendlerInnen profitieren von den Verkehrsberatungen der AKNÖ. Die SteuerexpertInnen helfen bei der Arbeitnehmerveranlagung. Die Studien der AKNÖ-WirtschaftsexpertInnen sind oft Basis für politische Entscheidungen im Land. BetriebsrätInnen profitieren besonders von den Bilanzanalysen der AK-ExpertInnen.
0,93 Euro für berufliche Bildungsaktivitäten, Förderungen und Zuwendungen	ArbeitnehmerInnen und BetriebsrätInnen sollen ihre Chancen in Europa verbessern können. Deswegen unterstützt die AKNÖ die Beschäftigten mit dem AKNÖ-Bildungsbonus und finanziert Förderungen für ArbeitnehmerInnen. Österreichweit einzigartig ist die Kompetenzakademie (KOMPAK). Zudem bietet die AKNÖ auch neben der BetriebsRäteAKademie (BRAK) ab 2014 auch eine interessenpolitische Akademie (intAK) an.
0,29 Euro Rückstellungen für zukünftige Leistungen	Auch die AK muss für die Zukunft vorsorgen, wie es im Gesetz vorgesehen ist. Damit auch in Zeiten einer schlechteren Konjunktur die Leistungen der AKNÖ aufrechterhalten werden können.
0,16 Euro an die Bundesarbeitskammer für länderübergreifende Leistungen	Gemeinsam finanzieren die neun Arbeiterkammern Studien und Weiterbildungseinrichtungen. Zum Vorteil für alle ArbeitnehmerInnen. Die Bundesarbeitskammer ist keine eigene Einrichtung, sie bedient sich des Büros der AK Wien. Das unterscheidet die AK auch z. B. von der Wirtschaftskammer.

Die Finanzübersicht

Im Jahr 2013 verfügte die NÖ Arbeiterkammer über Einnahmen von rund 67,8 Millionen Euro, davon kamen rund 59,4 Millionen aus der AK-Umlage. Damit gab es im Vergleich zum Vorjahr eine positive Entwicklung bei der Kammerumlage. Der Aufwand stieg im Jahr 2013 im Vergleich zu 2012 um rund 4,9 Millionen Euro.

Bilanz 2013

Aktiva	in Euro
Anlagevermögen	60.685.407,68
Umlaufvermögen	27.982.527,90
Aktive Rechnungsabgrenzung	1.177.925,07
Bilanzsumme	**89.845.860,65**

Passiva	in Euro
Kapital	52.201.464,05
Rücklagen	10.309.684,30
Rückstellungen	24.097.624,44
Verbindlichkeiten	3.237.087,86
Bilanzsumme	**89.845.860,65**

Die „CURA“ Treuhand- und Revisionsgesellschaft m.b.H. Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft stellte der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich am 22. April 2014 nach pflichtgemäßer Prüfung aller Bücher und Schriften einen positiven Prüfungsvermerk aus. Buchführung und Rechnungsabschluss entsprechen den Bestimmungen des § 69 Abs. 2 Arbeiterkammergesetz 1992 und der Haushaltsordnung. Aufgrund dieser positiven Prüfung und der Stellungnahme des Kontrollausschusses zum Prüfbericht wurde der Rechnungsabschluss am 29. April 2014 durch die Vollversammlung angenommen.

Vergleichsrechnung 2013

	Voranschlag	Jahresabschluss	Abweichung
1. Kammerumlagen	58.000.000,00	59.389.426,27	1.389.426,27
2. Sonstige Erträge	7.213.000,00	7.932.450,47	719.450,47
3. Zinsensaldo	405.000,00	442.059,95	37.059,95
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	0,00	0,00	0,00
Summe Erträge	**65.618.000,00**	**67.763.936,69**	**2.145.936,69**
5. Sachaufwand	11.913.500,00	10.360.759,93	-1.552.740,07
6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand	7.291.300,00	6.823.986,93	-467.313,07
7. Kosten der Selbstverwaltung	918.100,00	883.633,62	-34.466,38
8. Personalaufwand	32.618.600,00	32.607.579,91	-11.020,09
9. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen	10.281.500,00	14.472.081,77	4.190.581,77
10. Kosten der Umlageneinhebung	870.000,00	886.234,39	16.234,39
11. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der BAK	1.725.000,00	1.729.660,14	4.660,14
Summe Aufwendungen	**65.618.000,00**	**67.763.936,69**	**2.145.936,69**

Ertragsrechnung 2013

	RA 31.12.2013	RA 31.12.2012	Veränderung
1. Kammerumlagen	59.389.426,27	57.655.337,95	1.734.088,32
2. Sonstige Erträge	7.932.450,47	4.590.805,36	3.341.645,11
3. Zinsensaldo	442.059,95	633.169,39	-191.109,44
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	0,00	0,00	0,00
Summe Erträge	**67.763.936,69**	**62.879.312,70**	**4.884.623,99**
5. Sachaufwand	10.360.759,93	8.551.388,40	1.809.371,53
6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand	6.823.986,93	6.568.648,94	255.337,99
7. Kosten der Selbstverwaltung	883.633,62	833.470,35	50.163,27
8. Personalaufwand	32.607.579,91	30.985.134,31	1.622.445,60
9. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen	14.472.081,77	13.415.594,40	1.056.487,37
10. Kosten der Umlageneinhebung	886.234,39	861.515,39	24.719,00
11. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der BAK	1.729.660,14	1.663.560,91	66.099,23
Summe Aufwendungen	**67.763.936,69**	**62.879.312,70**	**4.884.623,99**

Die Organisation

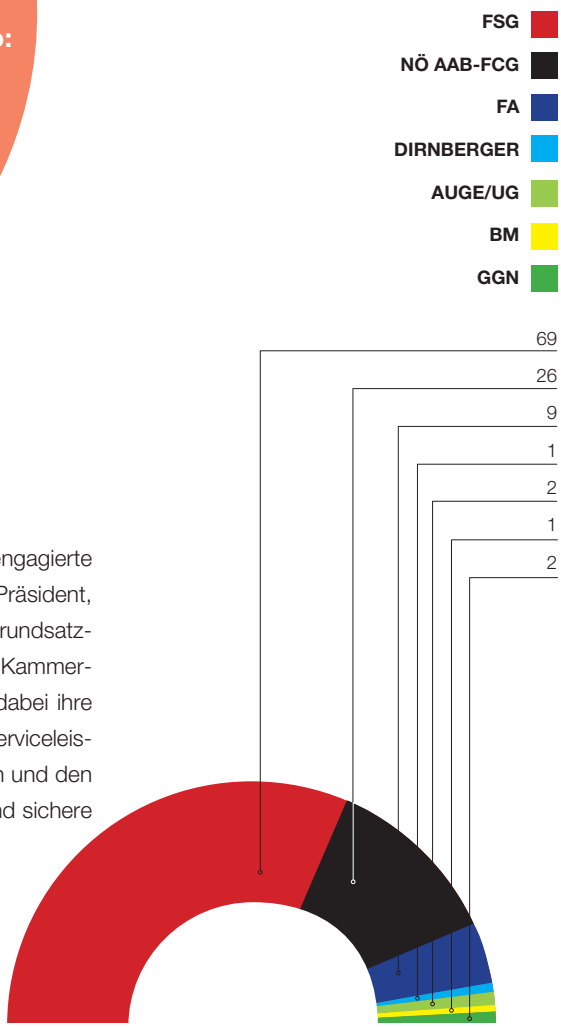
Die AKNÖ vertritt als gesetzliche Interessenvertretung die Anliegen von rund 500.000 Beschäftigten in Niederösterreich. Alle fünf Jahre bestimmen die ArbeitnehmerInnen den Kurs der AK, indem sie mit ihrer Stimme 110 KammerrätInnen in die Vollversammlung, das ArbeitnehmerInnen-Parlament, wählen.

Die KammerrätInnen kennen als BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen oder engagierte GewerkschafterInnen die Arbeitswelt genau. Aus der Vollversammlung werden Präsident, Präsidium, Vorstand und Kontrollausschuss gewählt. Sie sind für die politischen Grundsatzbeschlüsse zuständig. In ihrer politischen Arbeit werden die Kammerrätinnen und Kammerräte durch die Grundlagenarbeit der AKNÖ-ExpertInnen unterstützt. Sie bringen dabei ihre praktische Erfahrung aus Tausenden Beratungen, gerichtlichen Vertretungen und Serviceleistungen ein. Die Arbeiterkammer kooperiert außerdem eng mit den Gewerkschaften und den betrieblichen Interessenvertretungen. Allen ist ein Ziel gemeinsam: eine bessere und sichere Arbeitswelt.

Auf Basis der letzten AK-Wahl im Jahr 2009 verfügt die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) über 69 Mandate in der AK-Vollversammlung, die Fraktion Christlicher Gewerkschafter (NÖ AAB-FCG) hält bei 26 Mandaten und die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) verfügen über neun Sitze.

Weiters sind die Liste Dirnberger mit einem Mandat, die Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen/Unabhängigen GewerkschafterInnen (AUGE/UG) mit zwei Mandaten, das Bündnis Mosaik (BM) mit einem Mandat und die Grünen GewerkschafterInnen Niederösterreich (GGN) mit zwei Sitzen in der Vollversammlung vertreten.

Mandate



Jahresrückblick 2013

Jänner

16. Jänner
AKNÖ-Konsumentenschutzbilanz 2012: Über 1,1 Millionen Euro für die niederösterreichischen KonsumentInnen gesichert!

31. Jänner
AKNÖ und Familienministerium starten Informationsoffensive für mehr Väter in Karenz.

Februar

13. Februar
Verein „Pro Konsument“: AKNÖ und Land NÖ ziehen die Bilanz der vergangenen fünf Jahre Arbeit: 125.400 Personen wurden in dieser Zeit vom Verein „Pro Konsument“ beraten und unterstützt.

17. Februar
800 Mitglieder besuchten den AKNÖ-Wintersporttag in Puchenstuben.

24. Februar
AKNÖ-Wintersporttag in Karlstift: 400 Wintersportbegeisterte nutzen die Möglichkeit, gratis Ski zu fahren.

27. Februar
Nach Umbau und Modernisierung wird die AKNÖ-Bezirksstelle Lilienfeld wieder eröffnet.

März

4. März
Start der AKNÖ-Steueraktion: Von 4. März bis 8. Juni unterstützt die AKNÖ ihre Mitglieder beim Steuerausgleich.

14. März
Tag der Weiterbildung in Ybbs. 500 BesucherInnen bei der Erwachsenenbildungsmesse von AKNÖ und ihren Partnern im Netzwerk Bildungsberatung NÖ.

22. März
Arbeitsklimaindex 2012 der AKNÖ zeigt: Die ArbeitnehmerInnen sind wenig zufrieden mit ihren Löhnen und Gehältern.

29. März
Der AK-Unternehmensmonitor 2012 für NÖ beweist: Die MitarbeiterInnen bekommen immer weniger vom Kuchen.

Juli

5. Juli
AKNÖ zieht Bilanz aus der Steueraktion: über 12,3 Millionen Euro Steuergutschrift für ihre Mitglieder.

9. Juli
Eröffnung der neuen AKNÖ-Servicestelle am Flughafen Wien.

August

24. August
AKNÖ/ÖGB-Familienfest in Sigmundsherberg mit über 500 BesucherInnen.

September

5./6. September
Das VIII. Dialogforum Hirschwang von AKNÖ und ÖGB befasste sich mit Entwicklungsperspektiven von Gemeinden.

8. September
Über 1.100 BesucherInnen beim AKNÖ/ÖGB-Familienfest in Wiener Neustadt.

12. September
400 BesucherInnen bei der Bildungsmesse „Tag der Weiterbildung“ in St. Pölten.

17. September
Eröffnung der neuen AKNÖ-Bezirksstelle in Horn und Gleichenfeier der Veranstaltungshalle frei:raum am Bauplatz der neuen AKNÖ-Zentrale in St. Pölten.

25. bis 28. September
AKNÖ-Jugendmesse „Zukunft.Arbeit. Leben“ in der Thermenhalle Bad Vöslau.

April

2. April
Start der AKNÖ-Info-Tour. Bis Ende Mai wurden 140.000 Beschäftigte in Betrieben über Angebote der AKNÖ informiert.

18. April
Bilanz der Kfz-Schlichtungsstelle von AKNÖ und WKNÖ aus acht Jahren Arbeit: 444 Schlichtungen und 494.000 Euro Ersparnis für KonsumentInnen.

22. April
Gleichenfeier des Jugendzentrums Steppenwolf am Bauplatz der neuen AKNÖ-Zentrale in St. Pölten.

25. April
Über 200 BesucherInnen beim Tag der Weiterbildung von AKNÖ und ihren Partnern in Gänserndorf.

Mai

16. Mai
Der Vorstand der AKNÖ beschließt, den AKNÖ-Bildungsbonus ab 2014 von bis zu 100 und auf bis zu 120 Euro zu erhöhen.

24. Mai
10. AKNÖ-Vollversammlung/XIV. Funktionsperiode in St. Pölten.

Juni

11. Juni
Landesberufsschule Theresienfeld gewinnt ersten AKNÖ-Berufsschulpreis.

23. Juni
AKNÖ/ÖGB-Familienfest in Stockerau.

24. Juni
AKNÖ-Schulpreis: Ausgezeichnet wurden sechs Schulen für Projekte zum Thema „Arbeitswelt damals – heute – morgen“.

28. Juni
Start Flughafenaktion: AKNÖ informiert Reisende am Flughafen Wien.

Oktober

9. Oktober
AKNÖ präsentiert Analyse „Institutionelle Kinderbetreuung in NÖ“. Fazit: Die Kinderbetreuungsinfrastruktur in NÖ bewegt sich zwischen mäßig und hervorragend.

20. Oktober
AKNÖ/ÖGB-Familienfest in Wieselburg mit über 1.200 BesucherInnen.

24. Oktober
Verleihung des AKNÖ-Wissenschaftspreises 2013 in Krems. Ausgezeichnet wurden insgesamt sieben JungakademikerInnen für ihre wissenschaftlichen Arbeiten zur Arbeitswelt.

November

2. bis 7. November
AKNÖ-Jugendmesse „Zukunft.Arbeit. Leben“ im VAZ St. Pölten. Rund 5.000 Jugendliche, Eltern und LehrerInnen besuchten die Messe in der Landeshauptstadt.

8./9. November
Enquete „Gesundheit für Sie“ in St. Pölten.

14. November
11. AKNÖ-Vollversammlung/XIV. Funktionsperiode in Böhlerwerk. Markus Wieser wird zum AKNÖ-Präsidenten gewählt.

22. November
AKNÖ-Einkommensanalyse zeigt: Inflation schluckt die Einkommenszuwächse.

28. November
350 BesucherInnen beim Tag der Weiterbildung in Gmünd.

Dezember

17. Dezember
AKNÖ-Vorstand gibt Startschuss für den Hochbau der neuen Zentrale in St. Pölten.

27. Dezember
In seiner Neujahrsbotschaft fordert AKNÖ-Präsident Markus Wieser gesunde und gerechte Arbeitsbedingungen für alle ArbeitnehmerInnen, Chancengleichheit und das Recht auf sichere Pensionen.

Schwerpunkte

PROBLEMLÖSER.
Mag. Josef Fraunbaum,
ist Experte für Sozialrecht
SCHÜTZT RECHT.
Mag. Vera Kmenta-Spalofsky,
kämpft für Sie vor Gericht
HILFT DEN JUNGEN.
David Schöfbeck,
Lehrlings- und Jugendschützer

Unsere Politik

Wir bleiben dabei: Gerechtigkeit muss sein!

Hermann Haneder war seit 2009 AKNÖ-Präsident. Er schied bei der Vollversammlung am 14. November 2013 aus seiner Funktion aus.

Markus Wieser wurde bei der Vollversammlung am 14. November 2013 zum neuen Präsidenten der NÖ Arbeiterkammer gewählt und von Bundesminister Rudolf Hundstorfer angelobt.

Kontinuität ist in der Politik ein wesentliches Erfolgsmerkmal. Sie trägt zur Vertrauensbildung und zur Glaubwürdigkeit politischer Institutionen bei – gerade auch bei interessenpolitischen Vertretungen der ArbeitnehmerInnen. Kontinuität schließt dennoch Veränderungen nicht aus.

2013 war für die NÖ Arbeiterkammer ein Jahr der Veränderungen. Markus Wieser trat bei der 11. Vollversammlung der XIV. Funktionsperiode im Herbst 2013 die Nachfolge von Hermann Haneder als AKNÖ-Präsident an. Haneder, der auch Betriebsrat des Alpine-Baukonzerns war, hatte diese Funktion seit 2009 ausgeführt. Er hat unter anderem die Übersiedelung der AKNÖ-Zentrale in die Landeshauptstadt St. Pölten initiiert und maßgeblich mitgestaltet. Mit Wiesers Wahl wurde ein bereits länger geplanter Generationenwechsel an der Spitze der gesetzlichen ArbeitnehmerInnen-Vertretung Niederösterreichs vollzogen. Wieser ist gelernter Betriebselektriker und war Landessekretär der Gewerkschaft PRO-GE sowie langjähriger Vizepräsident der AKNÖ. Er gilt als erfahrener Sozialpartner und Kollektivvertragsverhandler mit Handschlagqualität. Eines zeichnet sowohl den scheidenden als auch den neuen AKNÖ-Präsidenten aus: der ungebrochene Einsatz für die arbeitenden Menschen in Niederösterreich. In seiner Antrittsrede betonte der neue AKNÖ-Präsident deshalb auch die Überparteilichkeit der AKNÖ und stellte klar, dass die Interessen der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen immer konsequent im Mittelpunkt stehen werden.

Gerechtigkeit durch Fairness, Interessenausgleich und sozialpartnerschaftliche Kompromisse haben unser Land in seiner Vergangenheit ausgezeichnet, das soll auch in Zukunft wieder so sein. Schieflagen zuungunsten der arbeitenden Menschen bedrohen die gesellschaftliche Stabilität. VertreterInnen des Neoliberalismus sind bestrebt, die Lage der ArbeitnehmerInnen sowohl rechtlich als auch wirtschaftlich zu verschlechtern. Dem gilt es gemeinsam mit den betrieblichen Interessenvertretungen und den Gewerkschaften entschieden entgegenzutreten. Dabei liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit natürlich auf unserem Bundesland, das vor allem durch regional unterschiedliche Entwicklungen geprägt ist.

In diesem Bewusstsein haben die 110 Kammerrätinnen und Kammerräte bei der 10. Vollversammlung der XIV. Funktionsperiode am 24. Mai 2013 in St. Pölten und der 11. Vollversammlung am 14. November 2013 in Böhlerwerk insgesamt 103 Anträge und Resolutionen zur Verbesserung der Lage der ArbeitnehmerInnen behandelt. Davon wurden 68 angenommen. Sie stellen somit die aktuelle Beschlusslage der AKNÖ dar.

Wir fordern mehr Steuergerechtigkeit.

Eine der wichtigsten Forderungen ist mehr Steuergerechtigkeit. In Österreich wird Arbeit zu hoch und Vermögen zu wenig besteuert. Um mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen, ist eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen und die Erhöhung vermögensbezogener Steuern notwendig. Die Senkung des Eingangssteuersatzes auf 25 Prozent und eine Ausweitung der Negativsteuer müssen von der Bundesregierung schnellstmöglich umgesetzt werden. Wir treten auch für eine entschiedene Bekämpfung der Steuerhinterziehung ein.

Wir stehen für ein faires Arbeitsrecht.

Sechs Wochen Urlaub für alle, die seit 25 Jahren arbeiten, Verbot von All-in-Verträgen, strengere Kontrollen bei Überstunden und Wochenruhezeiten – die AKNÖ setzt sich für mehr Fairness im Arbeitsrecht ein. Mit Erfolg! Die neue Bundesregierung hat diese Forderungen in ihr Regierungsprogramm aufgenommen. Die Forderung der Unternehmen nach einer generellen Ausdehnung der Normalarbeitszeit auf zwölf Stunden lehnen wir jedoch ab!

Wir wollen gesunde Arbeitsplätze.

Dass ArbeitnehmerInnen möglichst lange gesund arbeiten können, ist ein wesentliches Ziel der interessenpolitischen Arbeit der AKNÖ. Dazu ist es aber notwendig, ältere ArbeitnehmerInnen durch alter(n)sgerechte Arbeitsplätze, die Förderung von Umschulungen, Weiterbildungen, aber auch Vorsorgeuntersuchungen länger in den Betrieben zu halten. Das von der Bundesregierung geplante Bonus-Malus-System für ältere ArbeitnehmerInnen muss umgehend umgesetzt werden, damit die Unternehmen ihrer Verantwortung nachkommen.

Die in die AKNÖ-Vollversammlung gewählten Kammerätinnen und Kammerräte stehen für mehr Gerechtigkeit für die niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen.

Wir brauchen beste Kinderbetreuung und Bildung.

Ganztags- statt Halbtagsschulen, optimale Kinderbetreuung in ganz Niederösterreich sowie ein kostenloses zweites Kindergartenjahr für alle Kinder – das sind wesentliche Forderungen der AKNÖ für die kommenden Jahre. In der Lehrlingsausbildung setzt sich die AKNÖ für eine ernsthafte Umsetzung der Ausbildungsgarantie ein.

Wir wollen leistbaren Wohnraum für alle.

Leistbarer Wohnraum muss allen Menschen, unabhängig von der Höhe ihres Einkommens, zur Verfügung stehen. Deshalb sind die Wiedereinführung der Zweckwidmung bei der Wohnbauförderung und die Einführung eines unabhängigen Wohnbaufonds notwendig. Die derzeitige Förderstruktur, die stark auf die Objektförderung setzt, sollte beibehalten werden.

Wir verlangen mehr öffentlichen Verkehr.

Niederösterreich ist das Land der PendlerInnen. Ein funktionierendes öffentliches Verkehrsangebot ist wichtig für die Beschäftigten. Deshalb fordert die AKNÖ-Vollversammlung einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und einen Verkehrsverbund mit vereinfachter Tarifstruktur.

Wir setzen uns für ein soziales Europa ein.

Mehr Gerechtigkeit auf europäischer Ebene ist notwendig. Wir wollen eine EU, in der ein Gleichgewicht von Marktfreiheiten und ArbeitnehmerInnenrechten herrscht. Deshalb lehnen wir die bisherigen Pläne zu einem Wettbewerbspakt der EU-Staaten ab. Wir werden die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU kritisch begleiten, damit nicht die Interessen der ArbeitnehmerInnen den Interessen der Konzerne geopfert werden.

Unsere Strategie

Wir sind demokratisch legitimiert.

Demokratische Legitimation ist unsere Stärke. Deshalb gilt es für die AK-Wahl 2014, eine leistungsfähige Infrastruktur aufzubauen.

In einer sich schnell wandelnden Welt handelt die NÖ Arbeiterkammer auf Grundlage der Beschlüsse der 110 KammerrätInnen umfassenden AKNÖ-Vollversammlung. Mit der alle fünf Jahre stattfindenden AK-Wahl wählen die ArbeitnehmerInnen ihre VertreterInnen in die Vollversammlung und bestimmen so den Kurs ihrer Interessenvertretung mit. Mit der Wahl verleihen sie der AKNÖ das notwendige politische Gewicht, um wachsam, aktiv und zielstrebig die Interessen der Beschäftigten zu vertreten. Deswegen ist für die AKNÖ eine organisatorisch untadelige und optimale Abwicklung der AK-Wahl 2014 und der bestmögliche Zugang der Mitglieder zu dieser Wahl von essenzieller Bedeutung für die demokratische Legitimität und die Akzeptanz der AKNÖ-Selbstverwaltung.

Wir leisten einen Beitrag für mehr Gerechtigkeit.

In Österreich zeichnet sich angesichts der Erfahrungen der Nationalratswahl 2013 eine weitere Zersplitterung der politischen Landschaft ab, die dringende sachliche und Konsenslösungen etwa in der Wirtschafts-, Steuer-, Bildungs- und Sozialpolitik erschweren wird. Aber auch auf nationaler und internationaler Ebene herrscht noch immer eine Schieflage zuungunsten der Mehrheit der unselbstständig Erwerbstätigen. Unser Ziel ist es, bei der Verteilung des wirtschaftlichen Ertrages und bei der Förderung von Zukunftschancen diese Schieflage zu beseitigen und gleichzeitig wirkungsvolle individuelle Hilfsleistungen für einzelne ArbeitnehmerInnen und Beschäftigtengruppen zu erbringen.

Wir stellen die Mitglieder in den Vordergrund.

Die Sorgen, Bedürfnisse und Anliegen der niederösterreichischen Beschäftigten stehen bei der AKNÖ an erster Stelle.

Die AKNÖ thematisiert nicht nur über Grundlagenarbeit und Expertisen die Bedürfnisse und Anliegen der Mitglieder. Sie ist und bleibt DIE verlässliche Anlaufstelle für alle in Niederösterreich beschäftigten ArbeitnehmerInnen. Ungeachtet dessen erfordern es die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen, dass die AKNÖ in den kommenden Jahren den Problemen einiger Gruppen mehr Aufmerksamkeit widmet. Etwa, wenn es darum geht, sich dafür einzusetzen, dass junge Menschen eine Chance auf Integration in eine faire Arbeitswelt und auf Mitwirkung in einer sozial ausgleichenden Gesellschaft erhalten. Oder sich für Menschen einzusetzen, die aufgrund persönlicher Umstände, wie etwa Betreuungspflichten, von Armut bedroht sind. Oder auch den Menschen eine Stimme zu geben und zu helfen, die Gefahr laufen, dass ihre Rechte auf faire Entlohnung und Arbeitsverhältnisse in einer globalisierten Welt ausgehöhlt werden. Gleichzeitig gilt es aber auch, die Stellung und Fähigkeiten der BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen deutlich zu stärken.

Wir erbringen hochwertige Dienstleistungen.

Die Leistungen der AKNÖ stehen laufend unter öffentlicher Beobachtung. Gleichzeitig hat die AKNÖ eine beachtenswerte Wertschätzung in der Bevölkerung. Die für die Mitglieder erbrachten Leistungsangebote sind ein wesentliches Mittel, um die Glaubwürdigkeit und die Wertschätzung der AKNÖ abzusichern und Vertrauen zu schaffen. Wirksamkeitskontrollen,

Qualitätssicherung und ständige Modernisierung aller Beratungs-, Rechtsschutz-, Ausbildungs- und Fördermaßnahmen werden das auch in Zukunft sicherstellen.

Wir stehen für glaubwürdige Interessenpolitik.

Mit unseren traditionell hochwertigen Analysen, die wir aus unserer täglichen Beratungspraxis schöpfen, legen wir die Basis für unsere Interessenpolitik. So sind eine wirkungsvolle Information der Öffentlichkeit und ein glaubwürdiger Beitrag zur Umsetzung unserer Positionen durch Politik und Gesetzgeber möglich.

Hochwertige Analysen der AKNÖ-ExpertInnen sichern die Glaubwürdigkeit der Interessenvertretung.

Wir bauen Netzwerke auf und nutzen sie.

Die Durchsetzung der Mitgliederinteressen in Kooperation mit den Gewerkschaften, Betriebsräten, Personalvertretungen, aber auch anderen Partnerorganisationen, z. B. aus der Wissenschaft, ist uns von der AKNÖ ein wichtiges Anliegen. Nur so lässt sich die interessenpolitische Wirkung für alle Partner und die niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen deutlich erhöhen.

Wir entwickeln die Standortstrategie weiter.

Nach erfolgreicher Festigung der Präsenz der AKNÖ in allen Bezirken Niederösterreichs ist die Übersiedelung der AKNÖ-Zentrale von Wien in die Landeshauptstadt St. Pölten der Kernpunkt unserer künftigen Standortstrategie und -entwicklung. Diese Maßnahmen dienen der optimalen Umsetzung unserer Ansprüche und Ziele bei der Vertretung der Mitgliederinteressen. Mit dem Umzug der Zentrale der NÖ Arbeiterkammer entsteht in St. Pölten ein großes ArbeitnehmerInnen-Zentrum. Die künftige stärkere Präsenz in der Landeshauptstadt soll auch vermehrt für soziale, kulturelle und politische Impulse genutzt werden.

Wir setzen klare Prioritäten bei den Finanzen.

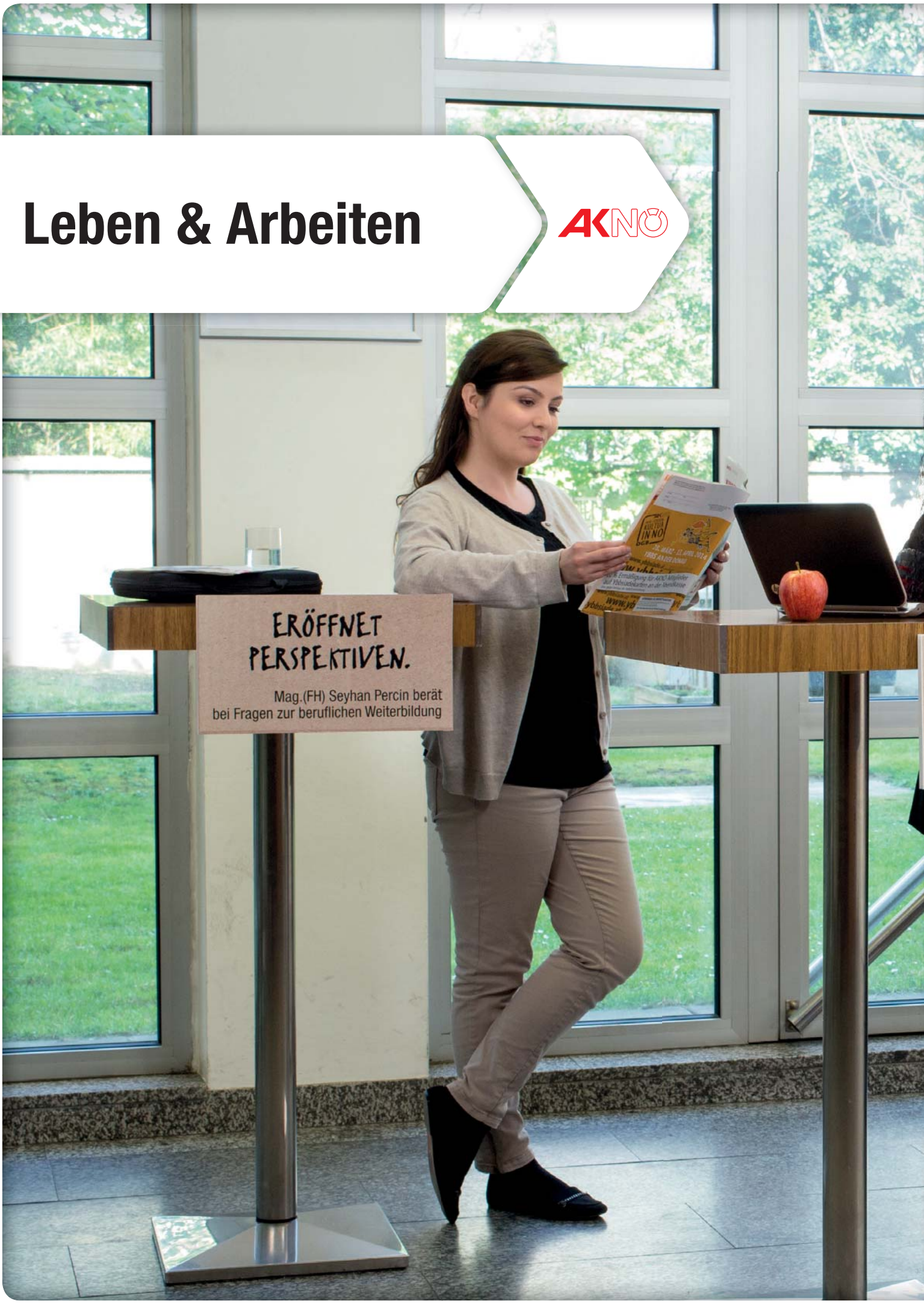
Für 2014 ist ein Budget von 62,6 Millionen Euro eingeplant. In Anbetracht der noch zögerlichen wirtschaftlichen Entwicklung setzen wir bei den Finanzen und beim Mitteleinsatz höchstes Augenmerk auf Effektivität und Effizienz. Der Schwerpunkt des Mitteleinsatzes liegt dabei beim Rechtsschutz im Arbeits- und Sozialrecht, wofür 50,5 Prozent unserer Mittel aufgewendet werden.

50,5 Prozent des AKNÖ-Budgets sind für Rechtsschutz im Arbeits- und Sozialrecht vorgesehen.

Wir meistern Unerwartetes.

Das ist unser Anspruch. Als moderne Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen sind wir offen gegenüber neuen, effizienten und sozialen Arbeitsstrukturen. Verantwortungsvolle Führung, die Weiterentwicklung von Führungskompetenzen und Fähigkeiten unserer MitarbeiterInnen sowie wirkungsvoller und wirtschaftlicher Ressourceneinsatz erlauben es uns, künftige Herausforderungen besser zu bewältigen und bei gesellschaftspolitischen Änderungen schnell und flexibel zu agieren. Das macht uns auch im Wandel stabil!

Leben & Arbeiten



STEUERMANN.
Andreas Grandits, Experte bei Steuerfragen.
BRINGT ORDNUNG IN DEN PAPIERDSCHUNGEL.
Martina Horvath, Abteilungsorganisation in der Konsumentenberatung
SCHLICHTET STREIT.
Werner Krisch, Konsumentenberater, betreut die KFZ-Schlichtungsstelle

Leben und Arbeiten in NÖ

Die wirtschaftliche Lage im Jahr 2013

2013 – Jahr der Enttäuschungen

Mit dem Jahr 2013 geht ein vom Standpunkt der Wirtschaftsentwicklung enttäuschendes Jahr zu Ende. So schwächte sich die Expansion der Weltwirtschaft zum dritten Mal in Folge ab. Die Zunahme des Welthandels war ebenfalls träge. Für die heimische Wirtschaft war es – wie in vielen Ländern Europas – ein sehr schwieriges Jahr. Es war zwar kein Rückfall in die Rezession zu verzeichnen, doch entwickelte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit einem realen Plus von 0,3 Prozent am schwächsten seit der Krise in den Jahren 2008/09. Dieses geringe Wachstum war für die privaten Haushalte in mehrfacher Hinsicht spürbar. So stieg die Zahl der Arbeitslosen im Jahresverlauf um über 30.000 an, die Arbeitslosenquote erhöhte sich um fast einen Prozentpunkt. Die Nettolohnsumme stieg 2013 um 2,3 Prozent, jedoch dämpfte die Inflation von zwei Prozent die Kaufkraft der Einkommen beträchtlich. Da dieser Anstieg zum Teil durch die Ausweitung der Beschäftigung (+0,6 Prozent) zustande kam, ergibt sich in der Tat ein realer Rückgang der Nettoeinkommen pro Kopf.

Fotolia

Wegen der schlechten Einkommensentwicklung ist der Konsum 2013 real um 0,2 Prozent gesunken.

Zurückhaltung bei Konsumausgaben

Angesichts der enttäuschenden Einkommensentwicklung und der erhöhten Arbeitsplatzunsicherheit waren die privaten Haushalte 2013 in ihren Konsumausgaben sehr zurückhaltend. Insgesamt schrumpfte der reale Konsum 2013 um 0,2 Prozent. Trotz der enttäuschenden Entwicklung im Jahr 2013 halten Einkommen und Produktion im internationalen Vergleich ein außerordentlich hohes Niveau. Laut Berechnungen der Europäischen Kommission wies Österreich nach Luxemburg, Dänemark und Schweden das vierthöchste BIP pro Kopf unter allen EU-Ländern auf.

Niedrige Inflation

Die Inflationsrate lag mit 2,0 Prozent im Jahr 2013 auf etwas niedrigerem Niveau als 2012. Die „gefühlte“ Inflation war aber – wie auch in den Jahren davor – zum Teil weitaus höher. Dies wird durch die Inflation für Waren des täglichen Einkaufs mit einem Plus von 3,4 Prozent untermauert. Der wöchentliche Einkauf hingegen stieg bedingt durch einen Rückgang bei den Treibstoffpreisen nur um 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Arbeitsmarktdaten Niederösterreich – Durchschnitt 2011–2013

	2011	2012	2013
Unselbstständig Beschäftigte	573.306	580.128	579.552
Veränderung gegenüber dem Vorjahr absolut	9.150	6.822	-576
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	1,6	1,2	-0,1
Vorgemerkte Arbeitslose	41.698	44.461	48.950
Veränderung gegenüber dem Vorjahr absolut	-1.417	2.763	4.488
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	-3,3	6,6	10,1
Arbeitslosenquote in Prozent	6,8	7,1	7,8

Arbeitslosigkeit stieg 2013 stark

Das Angebot an Arbeitskräften nahm 2013 stärker zu als die Nachfrage. Die Zahl der Arbeitslosen stieg gegenüber dem Vorjahr um 10,1 Prozent – sowohl in Niederösterreich als auch im Österreichschnitt. Noch wesentlich stärker war jedoch die Zunahme bei den über 50-Jährigen. Hier erreichte der Anstieg 16,9 Prozent in Österreich und 17,9 Prozent in Niederösterreich. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in Österreich betrug 7,6 Prozent gegenüber 7,0 Prozent im Jahr 2012. In Niederösterreich war die Arbeitslosenrate jedoch mit 7,8 Prozent im Jahr 2013 noch höher. Die Beschäftigung hingegen stieg bundesweit ganz leicht um 0,5 Prozent auf 3.483.021 Personen und in Niederösterreich ging die Beschäftigung im Durchschnitt um 0,1 Prozent auf 579.552 Personen zurück. Die Zahl der offenen Stellen verringerte sich in Österreich um 10,3 und in Niederösterreich sogar um 13,2 Prozent.

In Niederösterreich ging 2013 die Beschäftigung leicht zurück. Zudem war die Arbeitslosenrate höher als im Österreichschnitt.

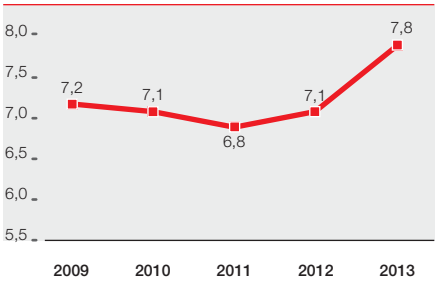
Wirtschaftlicher Ausblick für Österreich

Das Wachstum der Weltwirtschaft wird sich 2014 und 2015 schrittweise verstärken. Es deutet alles auf einen Wirtschaftsaufschwung hin, der aber aufgrund der gebremsten Dynamik des privaten Konsums nur verhalten ausfallen wird, sodass das Wachstum in Österreich 2014 1,7 Prozent erreichen wird. Die Budgetsanierung wird weiterhin durch drohende Bankenrettungsprogramme beeinträchtigt werden. Stagnierende Nettoreallöhne, Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte und Arbeitslosigkeit belasten die Kaufkraft der Privathaushalte. Für 2014 und 2015 wird aufgrund der strengeren Pensionsregelungen und der Arbeitsmarktöffnung für Bulgarien und Rumänien ein leichter Anstieg der Arbeitslosenquote auf acht bzw. 8,1 Prozent prognostiziert. Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte ist gekennzeichnet von Abgabenerhöhungen und Ausgabensenkungen von rund zwei Milliarden Euro im Jahr 2014 und einer Milliarde Euro im Jahr 2015. Die privaten Haushalte werden sowohl von einer besseren Entwicklung der Einkommen als auch vom Nachlassen der Inflation profitieren. 2014 wird der private Konsum real um 0,8 Prozent wachsen. Für die heimischen Unternehmen sind die Aussichten 2014 günstiger. Vor allem die konjunktursensible Sachgüterproduktion und die wirtschaftsnahen Dienstleistungen werden profitieren. Dank des verstärkten Konsums wird auch der Handel seine reale Wertschöpfung steigern. Die Unternehmen können in der Folge die Investitionstätigkeit ausweiten. Dieser Trend wird sich 2015 noch verstärken.

Wirtschaftsprognosen für Österreich 2014/15

	2013	2014	2015
Bruttoinlandsprodukt (BIP) real	0,4	1,7	1,7
Privater Konsum real	-0,2	0,8	1,0
Verbraucherpreise	2,0	1,9	1,9
Arbeitslosenquote in %	7,6	8,0	8,1
Unselbstständig Beschäftigte	0,6	1,0	1,0

Entwicklung Arbeitslosigkeit in NÖ
2009 bis 2013



Arbeiten in Niederösterreich

Die Arbeitslosigkeit hat in den vergangenen Jahren laufend zugenommen. Angesichts dieser Zahlen würde man meinen, es gäbe genug Arbeit. Doch die Überstundenstatistiken sagen etwas anderes. Jede/-r fünfte österreichische ArbeitnehmerIn leistet Überstunden. Insgesamt kommen über 700.000 Beschäftigte auf mehr als 300 Millionen Überstunden.

Fotolia

58 Millionen Überstunden machen die NiederösterreicherInnen. Das schlägt sich auch auf die Gesundheit und Zufriedenheit der ArbeitnehmerInnen nieder.

Allein über 58 Millionen Überstunden gehen dabei auf das Konto der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen. Ein Fünftel davon bleibt in Niederösterreich unbezahlt. Überstunden kosten zudem Tausende Arbeitsplätze, schlagen sich auch negativ auf die Zufriedenheit und die Gesundheit der Beschäftigten nieder. Das zeigt der Arbeitsklimaindex für Niederösterreich. Nur jede/-r fünfte ArbeitnehmerIn mit regelmäßiger Überstundenleistung zeigte sich demnach sehr zufrieden mit der beruflichen Tätigkeit. Von Beschäftigten, die kaum oder keine Überstunden leisten mussten, war hingegen jede/-r Zweite sehr zufrieden. 27 Prozent der Beschäftigten mit hoher Überstundenleistung fühlen sich durch Zeitdruck „(stark) belastet". Bei ArbeitnehmerInnen mit (fast) keinen Überstunden sind es hingegen 14 Prozent. Von „seelisch belastender und/oder aufreibender Arbeit" gar nicht beeinträchtigt, zeigten sich 66 Prozent der Beschäftigten mit wenigen Überstunden. Von denen, die häufig Überstunden leisten, fühlen sich jedoch nur 45 Prozent gar nicht belastet.

Niederösterreichische Realeinkommen weiter im Sinkflug

Die 2013 durchgeführte AKNÖ-Einkommensanalyse für 2012 zeigt: Die Löhne und Gehälter der NiederösterreicherInnen schrumpften wieder, denn die Inflation schluckte die Einkommenszuwächse. Damit befinden sich die Realeinkommen der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen seit 2010 im Sinkflug. 2012 stieg das Brutto-Medianeinkommen der unselbstständig Beschäftigten in Niederösterreich zwar um 51 Euro auf 1.931 Euro. Niederösterreich liegt damit im Bundesländervergleich nur an fünfter Stelle. Nach Berücksichtigung der Inflation, der Einkommensteuer und Sozialversicherung ergibt sich für 2012 dennoch real ein Minus von sechs Euro netto.

Medianeinkommen in NÖ in Euro

	2012
Männer	**2.238**
Arbeiter	2.038
Angestellte	2.982
Frauen	**1.486**
Arbeiterinnen	1.227
Angestellte	1.705
Gesamt	**1.931**
ArbeiterInnen	1.805
Angestellte	2.149

Kaum Verbesserungen bei Fraueneinkommen

Das Brutto-Medianeinkommen der Frauen steigt im Verhältnis zu den Männereinkommen nur sehr langsam. In Niederösterreich betrug es 2012 mit 1.486 Euro um 33,6 Prozent weniger als jenes der Männer. Ein wesentlicher Grund für die Einkommensunterschiede ist weiterhin die hohe Teilzeitquote bei Frauen von rund 45 Prozent. Die großen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen spiegeln sich weiterhin auch bei der sozialen Absicherung wider. Die monatliche Durchschnittspension der Männer in Österreich betrug Ende 2013 rund 1.387 Euro, die der Frauen nur 861 Euro, während die Arbeitlosengeld-Tagsätze bei Frauen im Schnitt 25 und bei Männern 31 Euro ausmachen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiterhin problematisch

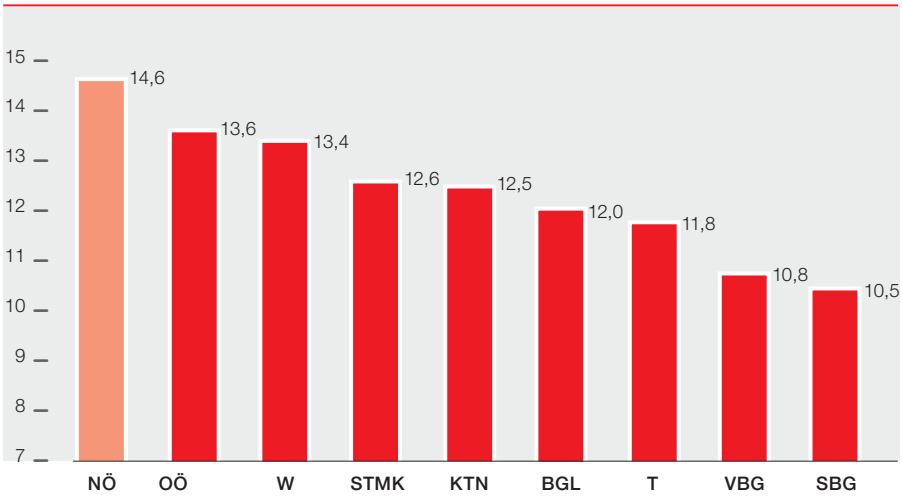
Bei Kinderbetreuungsangeboten herrscht in Niederösterreich weitestgehend Stagnation. Zwar belegt Niederösterreich bei den 3- bis 5-Jährigen mit einer Kinderbetreuungsquote von 95,7 Prozent im Bundesländervergleich die zweite Stelle nach dem Burgenland. Bei

den 0- bis 2-Jährigen wird die Quote in Niederösterreich maßgeblich dadurch bestimmt, dass Kinder ab dem vollendeten 2,5. Lebensjahr in Kindergärten aufgenommen werden. Mit 21,0 Prozent liegt sie knapp über dem bundesweiten Wert von 20,8 Prozent. Sie stagnierte im Vorjahresvergleich aber in Niederösterreich, während sie in Österreich um 1,1 Prozentpunkte gestiegen ist. Bei der Betreuungsquote für 1-Jährige liegt Niederösterreich im Bundesländervergleich mit einer Betreuungsquote von 5,6 Prozent an letzter Stelle. Zum Vergleich: Wien hat hier eine Quote von 35,6 Prozent. Obwohl fast alle Betreuungseinrichtungen aufsperren, bevor die Eltern zur Arbeit müssen, haben nach 17 Uhr nur mehr rund 21 Prozent der Einrichtungen geöffnet. Etwas mehr als jede dritte Einrichtung (36,6 Prozent) hat 47 oder mehr Wochen im Jahr geöffnet. Dieser Wert hat sich im Vorjahresvergleich (28,1 Prozent) deutlich verbessert.

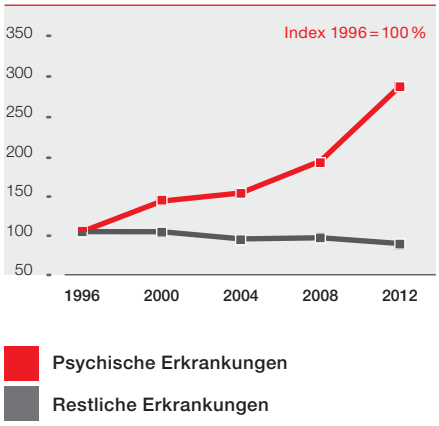
Gesundheit – psychische Erkrankungen nehmen weiter zu

Die aktuelle Krankenstandsstatistik verzeichnet für Niederösterreich mit 14,6 Tagen die meisten Krankenstandstage aller Bundesländer. Bemerkenswert ist der ungebrochene Aufwärtstrend bei psychischen Erkrankungen. Seit Mitte der 1990er-Jahre hat sich die Zahl der Krankenstandstage aufgrund psychischer Erkrankungen fast verdreifacht. Depressionen, Stress und Angstkrankheiten zählen zu den gesundheitlichen Problemen, die am häufigsten von Beschäftigten im Zusammenhang mit Berufstätigkeit genannt werden. Psychische Erkrankungen sind bei Männern die zweithäufigste und bei Frauen die häufigste Ursache für Invaliditätspensionen. Mit der Novelle des ArbeitnehmerInnenschutz-Gesetzes, die Anfang 2013 in Kraft getreten ist, wird die Wichtigkeit der psychischen Gesundheit und der Prävention arbeitsbedingter psychischer Belastungen stärker betont. Dagegen ist die Entwicklung bei den Arbeitsunfällen weiter rückläufig und hat den tiefsten Wert seit 1974 erreicht.

Krankenstandstage pro Jahr
nach Gebietskrankenkassen



Psychische Erkrankungen 1996–2012
Prozentuelle Entwicklung der Krankenstandstage pro Kopf



Bildung in Niederösterreich

Das Jahr 2013 brachte deutlich weniger Reformen im Bildungsbereich als erhofft. Es war gekennzeichnet durch kleine Fortschritte bei den Themen Kindergarten und Schule und sehr zähe Verhandlungen bei LehrerInnenausbildung und LehrerInnendienstrecht. Als positiv werten darf man, dass einige Vorschläge der Sozialpartner Eingang in das Programm der neu gewählten Bundesregierung fanden.

Ausbau von Ganztagsschulen dringend notwendig

Studien belegen es: Das österreichische Schulsystem ist sozial ungerecht und benachteiligt Kinder von Eltern mit geringem Einkommen und niedrigem Bildungsgrad. Die Schule bekommt zudem immer mehr und neue Aufgaben übertragen. Um aber Kinder individualisiert fördern zu können, benötigen PädagogInnen mehr Zeit, die sie mit ihnen verbringen können. Es fehlt deshalb vor allem weiterhin an verschränkten Ganztagsschulen, die auch den modernen Familienmodellen gerecht werden und vor allem Müttern eine Berufstätigkeit ermöglichen.

PISA 2012 – Österreichs SchülerInnen im internationalen Durchschnitt

Im Dezember 2013 wurden die Ergebnisse der PISA-Studie 2012 präsentiert. Österreich konnte den Abwärtstrend der letzten drei Tests aufhalten, liegt aber weiterhin nur im internationalen Durchschnitt. 26 Prozent der getesteten SchülerInnen gehören in mindestens einer der Kategorien Mathematik, Lesen oder Naturwissenschaften der Risikogruppe mit sehr schwachen Leistungen an. Besonders drastisch ist, dass der Lernvorsprung sozioökonomisch bessergestellter SchülerInnen gegenüber Jugendlichen aus weniger begünstigten Verhältnissen im Schnitt fast zwei Schuljahren entspricht. Weitere Reformschritte sind deshalb unerlässlich.

Fotolia

Ab dem Schuljahr 2019/20 soll das neue LehrerInnendienstrecht verpflichtend sein.

PädagogInnenausbildung Neu und LehrerInnendienstrecht

2013 war durch die Diskussion über die neue LehrerInnenausbildung und das neue Dienstrecht für PädagogInnen gekennzeichnet. Zukünftig müssen alle LehrerInnen ein vierjähriges Bachelorstudium und eine einjährige Induktionsphase absolvieren. Um einen unbefristeten Dienstvertrag zu erhalten, ist darüber hinaus ein Masterstudium notwendig. Das neue LehrerInnendienstrecht sieht höhere Anfangsgehälter, eine flachere Gehaltskurve und eine allgemeine Unterrichtsverpflichtung von 24 Stunden pro Woche vor. Es soll für alle neu eintretenden LehrerInnen ab dem Schuljahr 2019/20 verpflichtend sein.

Frühkindliche Bildung und Erziehung

Bildungsinvestitionen im frühkindlichen Alter haben positive Auswirkungen auf die weiteren Lernerfolge der Kinder. Umso wichtiger sind deshalb ein zweites kostenloses verpflichtendes Kindergartenjahr und die Reform und Aufwertung der Ausbildung von KindergartenpädagogInnen. Denn Österreich ist und bleibt das einzige Land in der EU, in dem die Ausbildung der KindergartenpädagogInnen nicht im tertiären Bildungssystem angesiedelt ist.

Viel Stagnation mit punktuellen Veränderungen im Hochschulbereich

Etwas Bewegung gab es im niederösterreichischen Hochschulsektor: Die Donau-Universität Krems erhielt einen neuen Rektor sowie das Promotionsrecht und die neu errichtete

Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften, ebenfalls in Krems, nahm ihren Betrieb auf. Seitens der Bundesregierung gibt es jedoch noch immer keinen Fachhochschul-Entwicklungs- und Finanzierungsplan und auch keine Anhebung der Studienplatzfinanzierung. Und an den chronisch unterfinanzierten Universitäten wurden für weitere Studiengänge Zugangsbeschränkungen eingeführt.

Universität Wien

Die soziale Lage von Studierenden hat sich 2013 weiter verschlechtert.

Soziale Lage der Studierenden verschlechtert sich weiter

Die soziale Lage der Studierenden hat sich weiter verschlechtert. Mittlerweile beziehen weniger als 15 Prozent der Studierenden eine konventionelle Studienbeihilfe. Deren durchschnittliche Höhe beträgt lediglich 272 Euro. 42 Prozent der Studierenden erhalten überhaupt keine Förderungen. Viele Studierende müssen arbeiten, um Leben und Studium zu finanzieren. Das führt häufig zu extrem langer Studiendauer oder sogar zum Abbruch des Studiums. Besonders betroffen davon sind Studierende aus einkommensschwachen Schichten.

Unerfreuliche Lehrstellensituation in NÖ

In Niederösterreich gab es 2013 2.300 Lehrstellen zu wenig. Die rechnerische Lehrstellenlücke ist im Jahresvergleich sogar größer geworden, von 784 fehlenden Lehrplätzen im Dezember 2012 auf 854 im Dezember 2013. Zusätzlich mussten über 1.500 Jugendliche, die keine betriebliche Lehrstelle gefunden hatten, ihre Ausbildung in überbetrieblichen Einrichtungen des AMS und der Bundesregierung absolvieren.

Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt

2013 startete das von der AKNÖ lange Zeit geforderte Jugendcoaching. Dabei werden drop-out-gefährdete Jugendliche beim Verbleib oder beim Wiedereinstieg in das Bildungs- und Ausbildungssystem individuell unterstützt. Für das Jahr 2014 sind auf Anregung der AKNÖ Jobwerkstätten in den Ballungszentren Niederösterreichs geplant, die den Übertritt für benachteiligte Jugendliche in den Arbeitsmarkt leichter möglich machen.

Neue Möglichkeiten für die berufliche Weiterbildung

Im Juli 2013 wurde das Fachkräftestipendium eingeführt. Es dient ArbeitnehmerInnen zur Sicherung des Lebensunterhalts während der Zeit der Neuqualifikation in einem Mangelberuf. Welche Berufe das sind, ist in einer speziellen Ausbildungsliste des AMS zusammengefasst. Zeitgleich wurde auch die Bildungsteilzeit als Ergänzung zur Bildungskarenz eingeführt. Sie bietet die Möglichkeit, die Arbeitszeit während einer Weiterbildung zu reduzieren.

Besseres Kursangebot für die Basisbildung erwünscht

Unterdurchschnittlich schnitt Österreich bei der internationalen PIAAC-Studie, auch PISA für Erwachsene genannt, ab. Sie ergab, dass rund eine Million ÖsterreicherInnen – auf Niederösterreich hochgerechnet sind das ca. 200.000 Personen – Schwierigkeiten beim Lesen hat. Aufholbedarf gibt es aber auch beim Rechnen und den IKT-Kompetenzen. Besonders prekär ist die Situation bei Arbeitslosen, MigrantInnen und sozial schwächeren Menschen. Sie benötigen dringend spezielle Kursangebote zur Förderung der Basisbildung.

Für Erwachsene mit Leseschwierigkeiten oder Problemen beim Rechnen werden dringend Kursangebote zur Förderung der Basisbildung gebraucht.

KonsumentIn in Niederösterreich

Seit 2002 ist der Verein „Pro Konsument“, eine Kooperation von AKNÖ mit dem Land NÖ, bei Konsumentenfragen Anlaufstelle für alle NiederösterreicherInnen. Unter dem Titel „Konsumentenschutz für alle“ helfen dabei die AKNÖ-ExpertInnen auch Nichtmitgliedern weiter. 2013 wurde die Kooperation um ein weiteres Jahr verlängert und das Angebot um die Beratung in Mietrechtsfragen erweitert.

Strom und Gas sind für Privathaushalte trotz Preissenkungen noch immer viel zu teuer.

Trotz Preissenkungen – Strom und Gas waren auch 2013 zu teuer

Die Preise für Energie und Wohnen belasteten die KonsumentInnen auch 2013. So sind die Mieten in Niederösterreich seit 2002 um rund 40 Prozent gestiegen. Gleichzeitig kämpften die Menschen mit den hohen Energiekosten, obwohl die meisten Energieanbieter die Verbrauchspreise für Strom und Gas im Herbst 2013 um bis zu zehn Prozent senkten. Für Strom zahlten die privaten Haushalte danach aber nur ein bis drei Euro monatlich weniger. Obwohl seit 2008 die Großhandelspreise bei Strom um rund 40 Prozent und bei Gas um 1,5 Prozent gefallen sind, profitierten die privaten Haushalte offensichtlich kaum bis sehr wenig davon. Eine weitere Belastung der KonsumentInnen erfolgt zusätzlich durch den weiteren Ökostromausbau. Hier tragen die privaten Haushalte rund 40 Prozent der Kosten der Ökostromförderung, obwohl sie nur 25 Prozent des Stroms verbrauchen. Die Industrie hingegen nutzt 20 Prozent des Stroms, finanziert aber nur sechs Prozent der Ökostromförderung. Das ist aus Sicht der AKNÖ eine massive Schieflage.

Verschuldung hat zugenommen – SchuldnerInnen werden immer jünger

In den letzten zehn Jahren hat die Verschuldung der privaten Haushalte stark zugenommen. Das gilt auch für Niederösterreich. Hier beträgt die Durchschnittsverschuldung jener NiederösterreicherInnen, die wegen Schuldenproblemen Hilfe bei der Schuldnerberatung NÖ suchten, fast 80.000 Euro. Besonders alarmierend ist dabei die Tatsache, dass immer mehr junge Menschen Gefahr laufen, in die Schuldenfalle zu rutschen. Ursachen sind vor allem die Kosten zur Anschaffung der ersten eigenen Wohnung, die genauso unterschätzt werden wie die laufenden Kosten für Miete oder Strom. Oft ist auch das erste eigene Moped oder Auto der erste Schritt in die Schulden. Auch Handyschulden sind vielfach Thema in den Schuld-

Fotolia

Steigende Energiekosten fressen schon einen großen Teil des Haushaltsbudgets auf.

nerberatungen. „Gratis Smartphone"-Lockangebote und unübersichtliche Tarifmodelle verschärfen hier die Situation. Fortgehen und auf die soziale Gruppe abgestimmte Bekleidung und Ausstattung sind für Jugendliche, die ihren Platz in der Gesellschaft noch suchen, ein wesentlicher Konsum- und Kostenfaktor. Fehlende Lehrstellen, Arbeitslosigkeit und geringe Einkommen zu Beginn der Berufslaufbahn treffen junge Menschen hart und kollidieren mit Konsumwünschen und -zwängen. Studien und Umfragen belegen zudem immer wieder, dass es bei Jugendlichen Lücken beim Wissen über Geld und Finanzprodukte gibt. Die stärkere Verankerung der Verbraucherbildung in den Schulen ist daher dringend notwendig.

Fotolia

Immer mehr Jugendliche verschulden sich. Ein Gegenmittel wäre mehr Verbraucherbildung in den Schulen.

Probleme mit Banken

Arbeitslose KonsumentInnen berichten seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise, dass Banken im Falle von Kontoüberziehungen oder bei Überschreiten der Überziehungsrahmen rigoros eingehende Beträge – egal aus welcher auszahlenden Stelle diese stammen – einziehen und zur Senkung der offenen Forderungen aus dem Dispositionsrahmen heranziehen. Betroffenen ist es dann oft nicht mehr möglich, Miete, Strom- oder Gasrechnung zu bezahlen, was dramatische Folgen haben kann. Aus der Sicht der AKNÖ wäre es notwendig, dass auch hier die Lohnpfändungsgrenzen zur Anwendung kommen. Das erhöhte Risiko lassen sich die Banken ja ohnehin durch hohe Zinsen abgelten.

Verluste bei privaten Vorsorgeprodukten

Die Kritik am staatlichen Pensionssystem hat dazu geführt, dass viele Menschen Angst haben, ihren Lebensstandard im Alter nicht halten zu können. Mit dieser Angst kalkulieren Banken und Versicherungen. Allein 300.000 Menschen in Niederösterreich haben eine staatlich geförderte Zukunftsvorsorge abgeschlossen. Viele haben zudem klassische Lebensversicherungen oder auch Investmentfonds als Pensionsvorsorge gewählt. Doch während in der jüngsten Finanzkrise gesetzliche Pensionen und Sozialleistungen zuverlässig ausgezahlt wurden, gab es bei privaten Vorsorgeprodukten saftige Verluste. Viele KonsumentInnen haben auf Ehrlichkeit und Weitblick der Finanzdienstleister vertraut, Risiken unterschätzt und Gewinnmöglichkeiten überschätzt.

Fotolia

Mangelndes Wissen über private Vorsorgeprodukte brachte vielen KonsumentInnen große finanzielle Verluste.

Leistungsbilanz

SCHNELLE HILFE.
Sylvia Löffelmann, kennt sich im Arbeits- und Sozialrecht aus
STOPPT UNGERECHTIGKEITEN.
Christian Biegler, berät bei Problemen am Arbeitsplatz
RATGEBER MIT ERFAHRUNG.
Eduard Hochholdinger, einer von 40 Fachberatern der Bezirksstellen

Die AKNÖ-Leistungsbilanz

Steuerung über Wirkungsfelder

AKNÖ in den Regionen

	2013
ExpertInnen	117
Bezirksstellen	21
Servicestellen	2
Arbeitsbevölkerung	460.000

Dezentrale Organisation und wirkungsvolle Leistungen

Für die AKNÖ ist Mitgliedernähe nicht nur ein Schlagwort! Sie ist ein Kerngedanke unserer Arbeit. Deshalb werden unsere Leistungen, wie etwa Dienstleistungen, aber auch zu einem beträchtlichen Teil die Interessenvertretung, dezentral erbracht. Dies ist möglich, weil die AKNÖ über eine Organisation mit 21 Bezirksstellen und zwei Servicestellen verfügt. Diese sind in vier Verbünden zusammengefasst, was eine effiziente Leistungserbringung sicherstellt. Damit können die AKNÖ-Fachleute den Beschäftigten in ganz Niederösterreich bei den großen und kleinen Sorgen am Arbeitsplatz helfen. Dafür sorgen insgesamt 420 MitarbeiterInnen in den Bezirks- und Servicestellen, der AKNÖ-Zentrale in Wien sowie dem Logistikzentrum in Vösendorf.

Ausrichtung nach Themenfeldern

Laut AK-Gesetz hat die Arbeiterkammer „die sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu vertreten und zu fördern“. Um diesen Auftrag optimal zu erfüllen, organisiert die AKNÖ seit 2011 die Interessenvertretung sowie das komplette Leistungsangebot um eine Wirkungsfeldstruktur herum. Das heißt, die AKNÖ richtet ihre Arbeit für die Beschäftigten an verschiedenen Themenbereichen – Wirkungsfeldern – aus.

Arbeitsrechtliche Beratung und Rechtsschutz sind die Kernkompetenzen der AKNÖ.

Kernbereich „Arbeitsverhältnisse“

Dieser Themenbereich umfasst die arbeitsrechtliche Beratung und den Rechtsschutz für alle ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich, weiters Grundlagenarbeit der AK-ExpertInnen zur Absicherung und Weiterentwicklung des ArbeitnehmerInnenbegriffs. Aufklärungs- und Medienarbeit und interessenpolitische Arbeit sollen die Position der ArbeitnehmerInnen absichern und im politischen Prozess stärken. Hier verfügt die AKNÖ über die höchstentwickelte Expertise und kann die Interessen ihrer Mitglieder am effektivsten vertreten.

Strategische Schlüsselbereiche

Weitere strategische Schlüsselbereiche der Tätigkeit der AKNÖ sind die Themenbereiche „soziale Sicherheit und Absicherung“, „Bildung“, „Chancen(un)gleichheit, „betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung“, „KonsumentInnenschutz“ und „Wirtschaft“. Im Zen-

Mitgliedernähe: Die Dienstleistungen und die Interessenvertretung werden von über 400 MitarbeiterInnen in der AKNÖ-Zentrale und 21 Bezirksstellen in ganz Niederösterreich sichergestellt.

trum stehen dabei die Gestaltung eines zeitgemäßen Wohlfahrtsstaates mit einem modernen, durchlässigen Bildungssystem und mit gerechten Entlohnungssystemen und der Schutz der KonsumentInnen vor rechtswidrigen Geschäftspraktiken. Hier arbeitet die NÖ Arbeiterkammer mit Partnern zusammen, um politische Prozesse zu gestalten und Entscheidungen mitzubestimmen.

Ergänzungsbereiche

Die Themen (Wirkungsfelder) „Gesundheit“, „Gesellschaft, Politik, öffentliche Leistungen“ sowie „Freizeit, Kultur, Sport“ runden das Arbeitsfeld der AKNÖ ab.

AK-Umlage sichert Unabhängigkeit und Stärke

Das AK-Gesetz sieht vor, dass jedes Mitglied jeden Monat 0,5 Prozent des Bruttoeinkommens bis zur Höchstbemessungsgrundlage in der Sozialversicherung an AK-Umlage zahlt. Die Finanzierung ausschließlich durch ihre Mitglieder garantiert Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Durchsetzungsfähigkeit der AKNÖ als Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen. Insgesamt hat die AKNÖ im Jahr 2013 rund 59,4 Millionen Euro an Umlagebeiträgen erhalten. Im Verhältnis zur Kammerumlage sprechen die Beträge, die für die Mitglieder gesichert wurden, eine deutliche Sprache. So konnten im Jahr 2013 für die Mitglieder im Arbeits- und Sozialrecht, im Lehrlingsschutz, im KonsumentInnenschutz und auch im Rahmen der AKNÖ-Steuerrückholaktion über 78 Millionen Euro auf direktem Weg erbracht werden. Vom mittleren niederösterreichischen Einkommen von 1.931 Euro brutto gerechnet, beträgt die AK-Umlage derzeit 6.13 Euro netto.

Die AK-Umlage sichert kompetente Beratung für die Mitglieder der NÖ Arbeiterkammer.

Leistungsbilanz in zehn Wirkungsfeldern

Die Leistungsbilanz der AKNÖ ist nach den oben genannten zehn Wirkungsfeldern aufgegliedert. Sie zeigt, welche Leistungen wir innerhalb der verschiedenen Themenbereiche für die ArbeitnehmerInnen erbracht haben. Dass unsere Bilanz nicht nur aus Zahlen, Daten und Fakten besteht, sondern aus vielen einzelnen Geschichten von ArbeitnehmerInnen und AKNÖ-Beschäftigten, zeigen die Kurzgeschichten, die am Anfang jedes Themenkapitels stehen. Sie dokumentieren den Arbeitsalltag der AKNÖ-Fachleute anhand von Fallbeispielen und Veranstaltungen des vergangenen Jahres.

Jede/-r niederösterreichische Beschäftigte zahlt im Schnitt 6,13 Euro netto an AK-Umlage.

Kein Geld mehr: Fleischerbetrieb zahlte Beschäftigte in Naturalien!

Ein Weinviertler Fleischhauer bezahlte seine acht MitarbeiterInnen mit Wurst und Fleisch anstatt ordentlicher Löhne. Die AKNÖ schaltete sich ein und half den Betroffenen.

Fotolia

Wurst statt Geld als Lohn! Das dachte sich ein Weinviertler Fleischhauer. Dank AKNÖ kam er damit nicht durch!

Die MitarbeiterInnen eines Weinviertler Fleischereibetriebs sind vom Chef im wahrsten Sinn des Wortes abgespeist worden. Drei Monate sahen sie keinen Lohn. Dann zahlte der Chef in Wurstwaren. Geld gab's keines. „Das war klar illegal", erklärt AKNÖ-Rechtsberater Kurt Zach.

„Für Oktober habe ich zwar eine Lohnabrechnung, aber keine Zahlung erhalten. Auf den Lohn im November habe ich eine Stange Wurst im Wert von neun Euro erhalten. Für Dezember wurde ich mit Fleischwaren im Wert von 256 Euro abgespeist." Der Bericht eines 29-Jährigen erinnert an die Zeiten, als die „Ziegelböhm" mit Blechgeld bezahlt wurden, das sie nur in Geschäften im Eigentum ihrer Arbeitgeber einlösen konnten. Allein, diese Aussage wurde Anfang Februar 2013 bei der NÖ Arbeiterkammer getätigt. Drei seiner KollegInnen berichteten Ähnliches. Eine Mitarbeiterin wurde mit Schweinefleisch im Wert von 1.423 Euro „bezahlt." Eine Rechnung listet penibel auf, was sie bekommen hat.

AKNÖ intervenierte beim Fleischhauer

Dem Betrieb muss irgendwann Ende September 2012 das Geld ausgegangen sein. Seit Oktober hatten die MitarbeiterInnen kein Geld gesehen. Mit Jahresende wurden sie gekündigt. Endabrechnung? Weihnachtsgeld? Darauf warteten sie vergebens und wandten sich Anfang 2013 an die AKNÖ.

Für geleistete Arbeit gebührt Geld!

„Die Vorgangsweise ist klar illegal gewesen. So etwas haben wir noch nie erlebt", so Zach. „Löhne und Gehälter müssen in Geld bezahlt werden. Wenn ein Arbeitgeber das nicht kann, muss er eben Insolvenz anmelden." Das ist beim betroffenen Betrieb übrigens nicht passiert. „Wir klagten die ausständigen Löhne und Gehälter nach erfolgloser Intervention vor dem Arbeits- und Sozialgericht ein", so der Experte. Mit Erfolg: Vor Gericht wurde ein Vergleich erzielt. Die Betroffenen erhielten die ausstehenden Löhne und Gehälter fast vollständig ausbezahlt.

Rasche Hilfe für ArbeitnehmerInnen.

Für die NÖ Arbeiterkammer steht unbürokratische Hilfe in Arbeitsrechtsfragen an erster Stelle. Die Expertinnen und Experten der 23 Bezirks- und Servicestellen in ganz Niederösterreich stellen gemeinsam mit den Rechtsschutzbüros der AKNÖ sicher, dass die Mitglieder rasch zu ihrem Recht kommen. Alleine durch Beratungen und Interventionen wurden 2013 rund 4,9 Millionen Euro für die Mitglieder eingebracht. Dazu kommen noch 6,7 Millionen Euro, die durch die Vertretung vor Gericht erkämpft wurden. Und für über 4.400 Betroffene konnten nach Insolvenzen knapp 42 Millionen gesichert werden. Mehr Infos unter: noe.arbeiterkammer.at/beratung

AKNÖ

Arbeitsverhältnisse

Arbeitsverhältnisse – das Kerngeschäft der AKNÖ

Die Zahlen für das Jahr 2013 zeigen klar: Die AKNÖ leistet im Bereich Beratung und Rechtsschutz wertvolle Arbeit für die Mitglieder. Das sieht man einerseits an der konstant bleibenden Anzahl der Beratungen in den 21 Bezirksstellen und der AKNÖ-Zentrale. Andererseits hat die Zahl der Rechtsschutzanträge nach erfolgloser Intervention um rund acht Prozent zugelegt. Es wird offenbar immer schwieriger für unsere Mitglieder, zu ihrem Recht zu kommen. Der Gang vor das Arbeits- und Sozialgericht und der Rechtsschutz der AKNÖ sind für sie oft der letzte Ausweg. Die AKNÖ erhebt seit drei Jahren den Anteil der von der AKNÖ bei den vier niederösterreichischen Landesgerichten vertretenen ArbeitnehmerInnen im Vergleich zu allen Arbeitsrechtsverfahren, die bei diesen Gerichten eingebracht worden sind. Die Statistik zeigt: Zwei von drei Gerichtsfällen im Arbeitsrecht wurden von der AKNÖ bei den Landesgerichten eingebracht. Ein starker Beweis für unsere Vertretungskompetenz.

67 Prozent der Arbeitsrechtsverfahren bei den vier niederösterreichischen Landesgerichten wurden von den AKNÖ-ExpertInnen eingebracht.

Schwerpunkte

2013 war dem großen Thema „Probleme im Gastgewerbe“ gewidmet. Untersuchungen zeigen, dass im Gastgewerbe 45 Prozent der Beschäftigten falsch angemeldet sind. Betroffen davon sind vor allem Teilzeitbeschäftigte, Personen mit kurzen Beschäftigungen und weibliche Beschäftigte. Falsche Anmeldungen stellen nicht nur Sozialbetrug seitens der Unternehmen und Dienstgeber dar. Es kann im schlimmsten Fall zu sehr negativen individuellen Auswirkungen auf die Pension(shöhe) der DienstnehmerInnen führen. Auswirkungen auf die Arbeit der AKNÖ-ExpertInnen hatte 2013 auch eine nachhaltige Gesetzesänderung für das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz. Im Mittelpunkt stand die Einführung von Überbrückungsgeld in Höhe des Kollektivvertragslohns für arbeitslose BauarbeiterInnen, die kurz vor dem Pensionsantritt stehen. Änderungen im Urlaubsrecht (Anpassung der Verjährungsfristen an das allgemeine Urlaubsgesetz) und Abfertigungsrecht (Auszahlung im Todesfall zu 100 Prozent) wurden ebenfalls neu geregelt. Die Baubranche wird darüber hinaus auf Dauer von der im Falle der Kündigung einer/eines Beschäftigten fälligen Auflösungsabgabe befreit.

Arbeitsrechtliche Probleme im Gastgewerbe haben die ExpertInnen der AKNÖ stark beschäftigt.

Beratungs- und Vertretungsleistungen im Bereich Arbeitsverhältnisse

	Fälle 2013
Beratungen für ArbeitnehmerInnen (Beratungen, Interventionen)	134.267
Vertretungen von ArbeitnehmerInnen bei Gerichten und Behörden	6.538
Interessenpolitische Vertretung (Gesetzesbegutachtungen)	21

So wie die Kremser Bezirksstellenleiterin Doris Schartner haben alle AKNÖ-ExpertInnen im Jahr 2013 rund 134.000 arbeitsrechtliche Beratungen von Mitgliedern durchgeführt.

Leistungsbilanz im Wirkungsfeld Arbeitsverhältnisse

Beratung und Rechtsschutz bei arbeitsrechtlichen Problemlagen der Mitglieder sind im Dienstleistungsbereich die Säulen der NÖ Arbeiterkammer. Hier finden die meisten Fachberatungen statt. Hier werden auch die größten Beträge für die Mitglieder gesichert und in vielen Fällen auch vor Gericht erstritten.

Im Jahr 2013 sank die Zahl der wegen Insolvenzen vertretenen Mitglieder um 14 Prozent, allerdings stieg der Wert der gesicherten Beträge um sechs Prozent.

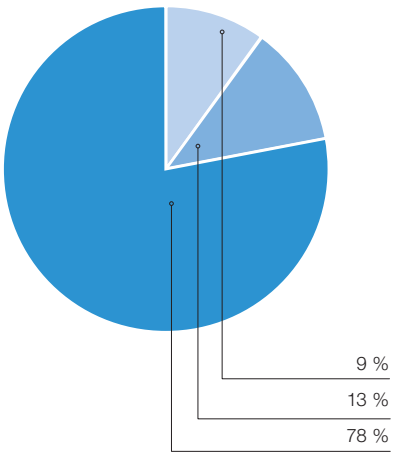
Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der persönlichen Beratungen und Interventionen mit über 134.200 Fällen trotz eines leichten Rückgangs um rund 1,7 Prozent stabil geblieben. Die Anzahl der Vertretungen vor Gerichten und Behörden ist bedingt durch einen Rückgang der Insolvenzvertretungen um rund 7,8 Prozent zurückgegangen.

Für ArbeitnehmerInnen gesicherte Beträge im Bereich Arbeitsverhältnisse 2013

	Betrag in Euro
Beratung im Arbeitsrecht (inkl. Lehrlings- und Jugendschutz)	4.925.367
Vertretung von ArbeitnehmerInnen vor Gericht	6.734.055
Vertretung von ArbeitnehmerInnen bei Insolvenzangelegenheiten	41.964.589

Im Bereich der Insolvenzvertretungen war nämlich im Jahr 2013 ein Minus bei der Anzahl der Betriebe von zwölf Prozent, bei der Anzahl der vertretenen ArbeitnehmerInnen von fast 14 Prozent zu bemerken. Allerdings wurde bei den gesicherten Beträgen im Insolvenzfall ein Plus von sechs Prozent verzeichnet. Die großen Insolvenzen aus 2013 (Alpine Bau GmbH und dayli) wurden aufgrund der AK-Zuständigkeiten von der AK Wien und AKOÖ bezüglich der Dienstnehmeransprüche vertreten. Die AKNÖ hat hier gemeinsam mit den Fachgewerkschaften Betriebsversammlungen in Niederösterreich durchgeführt und die ArbeitnehmerInnen informiert.

Aufteilung gesicherte Beträge



Insolvenzvertretungen
Arbeitsrecht (vor Gericht)
Arbeitsrecht (Beratung und Intervention)

Interessant ist, dass die meisten Insolvenzvertretungen in den Monaten Juli und Dezember durchgeführt werden, in den Monaten in denen das Urlaubs- bzw. Weihnachtsgeld fällig wird. Die DienstnehmerInnen, die vom AKNÖ-Insolvenzreferat vertreten werden, stammen zu 35 Prozent aus der Branche Bau-Holz, zu 30 Prozent aus dem Handel und zu 14 Prozent aus dem Bereich Metallgewerbe/Metallindustrie.

Insgesamt konnten für die niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen und Lehrlinge bei arbeitsrechtlichen Problemen und Insolvenzen rund 54 Millionen Euro gesichert werden. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von über drei Millionen Euro. Im Rahmen von Beratungen und Interventionen konnten 4,9 Millionen, bei Vertretungen vor dem Arbeits- und Sozialgericht 6,7 Millionen und bei Insolvenzvertretungen weitere 42 Millionen Euro für die Mitglieder eingebracht werden. Bei den Lehrlingen wurden im Jahr 2013 über 5.000 Beratungen und Interventionen durchgeführt und insgesamt rund 11.000 Euro gesichert.

Sehr erfreulich ist die stetige Zunahme der Inanspruchnahme von AKNÖ-Publikationen. Hier gab es im Jahr 2013 ein Plus von fast 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt dokumentierte das Logistikzentrum der AKNÖ über 28.700 bestellte Broschüren zum Thema „Arbeitsrecht“, die an Mitglieder und BetriebsrätInnen versendet wurden.

Interessenvertretung

Die ExpertInnen der Abteilung Arbeits- und Sozialrecht haben im Wirkungsfeld Arbeitsverhältnisse 21 Gesetze begutachtet. Eines der begutachteten Gesetze war das Arbeitsrechts-Änderungsgesetz 2013 – ARÄG 2013, mit dem Maßnahmen zur Unterstützung von pflegenden und betreuenden ArbeitnehmerInnen umgesetzt wurden. Um insbesondere die Organisation der Pflegesituation bei einem plötzlich auftretenden Pflegebedarf eines Angehörigen zu erleichtern, wurde mit 1. Jänner 2014 für ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit geschaffen, mit ihrem Arbeitgeber eine Pflegekarenz bzw. Pflegeteilzeit für eine Dauer von einem bis drei Monaten zu vereinbaren. Zur finanziellen Absicherung der ArbeitnehmerInnen wurde im Bundespflegegeldgesetz – BPGG ein Pflegekarenzgeld als Einkommensersatz normiert. Diese Regelung ist nach Ansicht der AKNÖ ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings ist in der AKNÖ-Stellungnahme sehr kritisch angemerkt worden, dass für die Inanspruchnahme von Pflegekarenz bzw. Pflegeteilzeit dem Dienstgeber gegenüber kein Rechtsanspruch besteht. Aus Sicht der NÖ Arbeiterkammer wäre das aber eine wesentliche Anspruchsvoraussetzung für eine effektive Erleichterung der Betreuung für die Angehörigen.

Ausblick für 2014

Gerade im Bereich des Arbeitsrechts gibt es im Ende 2013 verabschiedeten Regierungsprogramm positive, aber auch negative Ansätze, deren Umsetzung von den AKNÖ-ExpertInnen im Jahr 2014 kritisch beobachtet und einer Bewertung unterzogen werden wird. Was etwa die bessere Anrechnung von Vordienstzeiten für einen höheren Urlaubsanspruch betrifft, fordert die AKNÖ, dass die 6. Urlaubswoche jedenfalls nach 25 Arbeitsjahren, spätestens aber mit 43 Jahren zustehen sollte. Auf der anderen Seite soll der Verbrauch von Urlaub in der Kündigungsfrist neu geregelt werden. Die Probezeit soll laut Regierungsprogramm von einem auf drei Monate verlängert werden. Hier wird sich die AKNÖ die gesetzliche Regelung sehr genau ansehen, wenn es zum Begutachtungsverfahren kommt.

2014 werden die ExpertInnen die im Regierungsprogramm vorgesehenen Gesetzesvorhaben im Rahmen der Begutachtungsverfahren sehr genau prüfen und bewerten.

Das Regierungsübereinkommen sieht zudem vor, dass beim Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz neben dem Grundlohn auch die anderen Lohnbestandteile einbezogen werden sollen und die ArbeitnehmerInnen einen Rechtsanspruch auf alle Dokumente wie Dienstzettel, Sozialversicherungsanmeldung oder Lohnabrechnungen haben sollen. Dadurch ließe sich die Einklagbarkeit von Ansprüchen sichern und mehr Rechtssicherheit für die ArbeitnehmerInnen erreichen. Auch die Umsetzung dieser Maßnahmen wird von den ExpertInnen der AKNÖ überprüft werden.

Die AKNÖ kritisierte, dass trotz gesetzlicher Verbesserungen für die Inanspruchnahme von Pflegekarenz bzw. Pflegeteilzeit dem Dienstgeber bzw. der Dienstgeberin gegenüber kein Rechtsanspruch besteht.

Unsere Pensionen: Sind sie in Zukunft noch finanzierbar?

Seit Jahren hören wir in den Medien: Unsere Pensionen sind nicht sicher. Wir müssen alle länger arbeiten und zusätzlich auch noch privat vorsorgen. Doch stimmt das?

Fotolia

Das umlagefinanzierte Pensionssystem beruht auf dem Gedanken des Generationenvertrags. Es hat sich in der Vergangenheit sehr bewährt.

Wer heute im Ruhestand ist, dessen gesetzliche Pension bezahlen die jetzt Erwerbstätigen mit ihrem Beitrag. Für ihre eigenen Pensionen werden die nächsten Generationen in gleicher Weise aufkommen. „Das Umlageverfahren hat sich bei der Pensionsfinanzierung bewährt“, erklärt AKNÖ-Experte Dr. Alfred Obermair. Es beruht auf dem „Generationenvertrag“. Das Vertrauen in dieses solidarische System wird aber zunehmend auf die Probe gestellt. Wegen steigender Lebenserwartung, Männer werden derzeit im Durchschnitt 78 Jahre, Frauen 83 Jahre alt, hört man seit Jahren in den Medien, dass unsere Pensionen gefährdet sind. Der einzige Ausweg sei das Hinaufsetzen des Antrittsalters und die Kürzung von Pensionen. Wer im Alter den Lebensstandard halten möchte, müsse selbst vorsorgen. Banken und Versicherungen haben mit Vorsorgeprodukten gute Geschäfte gemacht. Die Versprechen der auf dem System der Kapitaldeckung beruhenden privaten Vorsorgeprodukte klingen auf den ersten Blick oft sehr verlockend.

Private Vorsorge benachteiligt Menschen mit niedrigen Einkommen

Auf den zweiten Blick zeigt sich, dass private Pensionssysteme NiedrigverdienerInnen benachteiligen, da sich diese eine private Vorsorge gar nicht leisten können. „Ein Umstieg auf ein kapitalgedecktes System würde vor allem heute Erwerbstätige stark benachteiligen. Sie müssten auf Jahrzehnte die laufenden Pensionen finanzieren und gleichzeitig ihre eigene private Pensionsversorgung bezahlen“, so Obermair.

Mehr BeitragszahlerInnen und höhere Einkommen sichern Pensionen

Wie stärkt man das staatliche auf dem Umlageverfahren basierende Pensionssystem? „Beim Umlagesystem spielt nicht nur das Verhältnis zwischen Alt und Jung, sondern auch zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern eine wichtige Rolle“, erklärt der AKNÖ-Experte. Dieses Verhältnis wird sich weit weniger dramatisch verändern als bei den Altersgruppen. Und hier gilt es anzusetzen, so Obermair: „Je niedriger die Arbeitslosigkeit ist, je mehr Menschen, vor allem auch ältere Menschen und Frauen, beschäftigt sind und je höher die Einkommen sind, desto höher sind die Beitrags- und Steuereinnahmen – und damit die Finanzierungsbasis für die Pensionen.“ Das sichert nachhaltig die Pensionen aller ArbeitnehmerInnen.

Wussten Sie, dass

- **sich die ASVG-Pensionen der ArbeitnehmerInnen zu 80 Prozent durch Eigenbeiträge finanzieren? Das ist der höchste Anteil aller PensionistInnen.**
- private Pensionsfonds auf den Börsen oft gegen die Interessen der ArbeitnehmerInnen spekulieren? Auch gegen die Interessen jener ArbeitnehmerInnen, die bei ihnen selbst versichert sind.
- private Pensionssysteme Besserverdienende bevorzugen? Sie können sich höhere Prämien leisten und haben damit Anspruch auf höhere Pensionen.

Soziale Sicherheit und Absicherung

Schwerpunkte

Gleich zu Beginn des Jahres 2013 hat die AKNÖ ein sozialpolitisch heißes Eisen angegriffen. Ausgehend von der Amazon-Affäre in Deutschland wurden die Praktiken heimischer Leiharbeitsfirmen unter die Lupe genommen. Stein des Anstoßes waren die häufig praktizierten einvernehmlichen Beendigungen von Dienstverhältnissen im Krankenstand, die neben unerwünschten arbeitsrechtlichen auch unerwünschte sozialversicherungsrechtliche Folgen haben und nichts anderes als Umgehungsgeschäfte darstellen.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt betraf die psychische Gesundheit am Arbeitsplatz. Die mit Jänner 2013 in Kraft getretene Novelle des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes (ASchG) sieht eine stärkere Betonung der Prävention und Evaluierung psychischer Belastungen am Arbeitsplatz vor. Seitens der AKNÖ wurde in diesem Zusammenhang thematisiert, dass der Großteil aller Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen mittlerweile auf psychischen Ursachen beruht.

Zudem beschäftigten die mit 2013 in Kraft getretenen neuen Bestimmungen zur Korridorpension sowie der erschwerte Zugang zum Pensionsvorschuss die AKNÖ-ExpertInnen. So ist die AKNÖ wesentlich daran beteiligt gewesen, dass der Pensionsvorschuss für PensionswerberInnen, die ein aufrechtes Dienstverhältnis haben, allerdings von der Krankenkasse ausgesteuert sind, wieder in Kraft gesetzt wurde. Intensiv wurden zudem einerseits die Einführung des Pensionskontos mit der Kontoerstgutschrift und andererseits der „Invaliditätspension Neu“ diskutiert und analysiert. Beide Maßnahmen wurden grundsätzlich in den Begutachtungen und Stellungnahmen durch die AKNÖ begrüßt, allerdings wurde auf gewisse Härten und Unklarheiten, die noch im Jahr 2013 vor dem Inkrafttreten der geplanten Regelungen bestanden, hingewiesen und diese teilweise auf Initiative der AKNÖ beseitigt.

Das Thema „Pensionen“ ist ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt der SozialrechtsexpertInnen der NÖ Arbeiterkammer.

Um die zentralen sozialen Themen auch im Jahr 2013 allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der NÖ Arbeiterkammer zugänglich zu machen, wurden 120 Beraterinnen und Berater in sogenannten Follow-up-Schulungen mit allen wichtigen Informationen, insbesondere im Hinblick auf die „Invaliditätspension Neu“, Umstellung auf das Pensionskonto, Kontoerstgutschrift, auf den neuesten Wissensstand gebracht und vorbereitet. Basis für all diese Schulungen ist der jedes Jahr seitens der AKNÖ herausgegebene Ratgeber Sozialrecht.

120 BeraterInnen der AKNÖ werden jedes Jahr mit Schulungen auf den aktuellsten Stand des Sozialrechts gebracht. Damit wird die hohe Beratungsqualität und -expertise der AKNÖ gesichert.

Der „Ratgeber Sozialrecht" ist eine der Broschüren, die die AKNÖ im Wirkungsfeld soziale Sicherheit herausgibt.

Beratungs- und Vertretungsleistungen im Bereich soziale Sicherheit und Absicherung

	Fälle 2013
Beratung von ArbeitnehmerInnen	30.485
Vertretung von ArbeitnehmerInnen bei Gerichten und Behörden	988
Interessenpolitische Vertretung (Gesetzesbegutachtungen)	29

Dienstleistungen

In der zweiten Hälfte des Jahres 2013 war eine große Unsicherheit der Mitglieder in Bezug auf die große Pensionsreform erkennbar. So fragten viele Betroffene, was ab 1. Jänner 2014 mit ihren befristeten Pensionen passiert, wie das mit der Kontoerstgutschrift funktioniert oder wo und wann man Einsicht ins Pensionskonto nehmen kann. Schriftliche Anfragen zum Sozialrecht wurden von den ExpertInnen in rund 400 Mails behandelt, manche Anfragen aber auch per Post und Fax. Die Anzahl der persönlichen Beratungen war 2013 mit rund 30.500 nahezu ident mit 2012, allerdings sind die Rechtsschutzanträge mit 988 Fällen um 15 Prozent zurückgegangen. Es ist anzunehmen, dass die Pensionsreformen hier bereits den Niederschlag finden. Der für Spezialfragen eingerichtete Sozialrechts-Telefonpool konnte 2013 an die 600 Anrufe entgegennehmen.

Erfreulich: 2013 wurden um 30 Prozent mehr Broschüren, Folder und Handbücher bestellt als noch 2012. So hat die AKNÖ im Jahr 2013 bereits zum dritten Mal das sozialstatistische Handbuch herausgegeben, das alle relevanten Daten im Sozialbereich für Niederösterreich enthält. Es stellt eine wesentliche Grundlage der sozialpolitischen Interessenvertretung dar.

Interessenvertretung

Im Bereich der Interessenvertretung ging es neben den eingangs erwähnten Schwerpunktthemen „Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz" und „Pensionen" vor allem um die Novellierung der Verwaltungsverfahren, insbesondere die Schaffung eines Bundesverwaltungsgerichtshofes. Dabei stand der bessere Zugang zum gesetzlichen Richter in Verwaltungsverfahren entsprechend der Menschenrechtskonvention im Zentrum. Die ExpertInnen der AKNÖ haben sich hier sowohl inhaltlich als auch organisatorisch damit auseinandergesetzt, sind doch auch AKNÖ-MitarbeiterInnen mit juristischem Hintergrund als LaienrichterInnen im Einsatz.

Im Jahr 2013 haben AKNÖ-Sozialrechtsexperte Max Weh und seine KollegInnen rund 30.500 ArbeitnehmerInnen beraten.

Sämtliche Maßnahmen, politische Vorhaben sowie Stellungnahmen zu Gesetzesbegutachtungen wurden im dafür vorgesehenen Ausschuss für Sozialpolitik und Arbeitsrecht ausführlich diskutiert und beschlossen. Dazu gehörte auch das Thema „Mindestsicherung" samt dem NÖ Mindestsicherungsgesetz. Nach Ansicht der SozialexpertInnen wird das mit September 2012 in Kraft getretene Mindestsicherungsgesetz in Niederösterreich nicht verfassungskonform vollzogen. Insbesondere die Anrechnung der erhöhten Familienbeihilfe entspricht laut den AKNÖ-ExpertInnen nicht der Artikel-15a-BVG-Vereinbarung. Trotz sachlich fundierter Einwände der AKNÖ kam es zu keiner Änderung der Praxis. Erst durch eine Medien- und Aufklärungskampagne Mitte des Jahres und direkte Gespräche mit den Mitgliedern der Landesregierung wurde ein Umdenken herbeigeführt. Im Schulterschluss mit Behindertenverbänden gelang es der AKNÖ, nunmehr mit Wirksamkeit 2014 die Anrechnung der erhöhten Familienbeihilfe bei der Berechnung der Mindeststandards zu eliminieren.

Fotolia

Die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung ist ein wichtiges Anliegen der AKNÖ.

Die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung stellt ein zentrales Thema bei den sozialpolitischen Aktivitäten der AKNÖ dar. Oftmalig wurde darauf hingewiesen, dass die UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderung in Niederösterreich eine wenig gelebte Realität darstellt. Insbesondere Menschen mit Behinderung werden am Arbeitsmarkt nach wie vor, wie sich auch bei der Evaluierung des Behinderteneinstellungsgesetzes durch die AKNÖ im Vorjahr gezeigt hat, benachteiligt. Weitere Initiativen wurden diesbezüglich im Jahr 2013 gesetzt. Es gilt, die Evaluierung des Behinderteneinstellungsgesetzes durch das Sozialministerium im Jahr 2014 abzuwarten und weitere Akzente zu setzen.

2013 war ein Jubiläumsjahr für einen großen sozialpolitischen Meilenstein in Österreich, nämlich die Einführung des Pflegegeldes im Jahr 1993 durch einen vormaligen Präsidenten der NÖ Arbeiterkammer, Josef Hesoun.

Ausblick für 2014

Im Mittelpunkt der sozialpolitischen Aktivitäten werden vor allem die durchgeführten Änderungen im Pensionsrecht und die damit verbundenen Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen stehen. Deswegen sind für 2014 verschiedene Veranstaltungen rund um das Thema „Pensionsrecht" geplant. Ziel wird es sein, die neue Rechtssituation kritisch zu hinterfragen und die Unterstützung unserer Mitglieder durch eine verstärkte Kooperation mit Gebietskrankenkassen (GKK), Pensionsversicherungsanstalt (PVA) und Arbeitsmarktservice (AMS) zu suchen.

Die Auswirkungen der Änderungen im Pensionsrecht werden 2014 von den AKNÖ-ExpertInnen kritisch hinterfragt werden.

Fotolia

„Zukunft.Arbeit.Leben“ – die Bildungsmesse für Jugendliche

Über 7.400 Jugendliche besuchten mit ihren Lehrkräften und Eltern die AKNÖ-Bildungsmesse „Zukunft.Arbeit.Leben“. Sie fand 2013 in St. Pölten und erstmals auch in Bad Vöslau statt.

Bei der AKNÖ-Jugend- und Bildungsmesse können sich Jugendliche bei Lehrlingen und SchülerInnen über Bildungs- und Berufswege nach der Pflichtschule informieren.

Palatschinken backen, Reifen wechseln, schweißen und verschiedene Metalle bearbeiten – an Möglichkeiten, ihr praktisches Geschick zu testen, mangelte es den Jugendlichen bei der Messe „Zukunft.Arbeit.Leben“ nicht. Daneben konnten sie sich aber auch bei weiterführenden Schulen über Ausbildungswege nach der Pflichtschule informieren. „Der Bedarf an Information ist auf jeden Fall groß“, erklärt Robert Hörmann, der Cheforganisator der AKNÖ-Jugendmesse, und ergänzt: „Viele wissen einfach nicht, welche Ausbildungsmöglichkeiten es gibt. So bleiben leider Talente ungenutzt.“ Das zu ändern, ist ein Ziel der AKNÖ-Jugendmesse.

Modernes Messekonzept

Mit seinem jungen Team setzt Hörmann deshalb seit 2008 ein modernes Messekonzept in die Tat um, bei dem es 2013 gleich zwei Premieren gab. Zum einen fand sie erstmals an zwei Orten – St. Pölten und Bad Vöslau – statt. Und zum anderen nahmen neben den ÖGB-Fachgewerkschaften auch ausgewählte Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, als Aussteller an der Messe teil. Hörmann: „Wir haben uns entschlossen, die Messe auch den Schulen, Eltern und Jugendlichen im bevölkerungsstarken Süden von Niederösterreich anzubieten. Das ist eine wirkliche Verbesserung für die Jugendmesse, denn einerseits erreichen wir nun noch mehr Jugendliche und ihre Eltern und andererseits kommen Jugendliche direkt mit regionalen Betrieben in Kontakt und können vor Ort mit deren Lehrlingen über ihre Erfahrungen bei der Ausbildung reden.“ Neben der jugendadäquaten Gestaltung bietet die „Zukunft.Arbeit.Leben“ sowohl Infotage für angemeldete Schulklassen aus Niederösterreich als auch einen öffentlichen Infotag für Eltern und ihre Kinder an. „Schließlich spielen Eltern bei der Berufs- und Ausbildungswahl eine große Rolle. Deshalb bieten wir bei den öffentlichen Infotagen zusätzlich Vorträge für die Eltern zu den Themen ‚Lehre‘ und ‚weiterführende Schulen‘“, so Hörmann.

Unterstützung bewährter Partner

Bei der Messe setzt die AKNÖ neben Schulen und Unternehmen auf bewährte Partner. So unterstützen etwa der NÖ Landesschulrat, das AMS NÖ, die NÖGKK, die AUVA, der ÖGB NÖ, die Gewerkschaften Bau-Holz, PRO-GE, vida und GPA-djp die AKNÖ bei der Messe.

AKNÖ-Messe „Zukunft.Arbeit.Leben“ 2013

- 25. bis 28. September 2013 in der Thermenhalle Bad Vöslau
- 2. bis 7. November 2013 im VAZ St. Pölten
- 7.400 BesucherInnen (Jugendliche, Eltern, Lehrkräfte)
- 50 Aussteller (AMS, NÖGKK, AUVA, ÖGB NÖ und Fachgewerkschaften, Unternehmen, Schulen, ARBÖ)
- Ziel: Jugendliche und ihre Eltern über zur Verfügung stehende Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten informieren

Bildung

Schwerpunkte

2013 standen die Themen „Schulbetreuung“ und „Berufsorientierung“ im Vordergrund. Über 330 Vorträge von AKNÖ-ExpertInnen in Schulen zu Lehrverträgen, Praktika, Arbeitsrecht und VerbraucherInnenschutz, 152 Bewerbungstrainings und 38 Planspiele für Schulen sowie die AKNÖ-Jugendmesse „Zukunft.Arbeit.Leben“ halfen Jugendlichen bei der Vorbereitung auf ihren Bildungs- oder Berufsweg. So konnten über 19.000 Jugendliche erreicht werden.

Schwerpunkte 2013 waren regionale Schulbetreuung und Berufsorientierung.

Dienstleistungen

Weitere Projekte, an denen sich die AKNÖ beteiligte, waren „Work::sounds“ mit HTL- und HAK-SchülerInnen und „30 Jahre Arbeitswelt & Schule“. Zudem wurde der AKNÖ-Schulpreis 2013 zum dritten Mal vergeben. Sechs Schulen wurden für ihre Beiträge zum Thema „Arbeitswelt damals – heute – morgen“ ausgezeichnet. Neben der jährlichen Privatschulkostenerhebung wurden erstmals auch die Kosten bei den Trägern der institutionellen Kleinkindbetreuung in Niederösterreich erhoben und veröffentlicht.

Im Hochschulbereich schrieb die AKNÖ 2013 erstmalig Förderungen für Bachelor-, Master- und Diplomarbeiten aus dem Bildungsbereich aus. Hier konnten 14 Förderzusagen gemacht werden. Weiters wurde die Situation von FH-Studierenden ohne Matura untersucht und der AKNÖ-Wissenschaftspreis an sieben JungakademikerInnen vergeben.

Die AKNÖ lobte für das Schuljahr 2012/2013 einen Schulpreis für niederösterreichische Landesberufsschulen aus. Ausgezeichnet wurden Berufsschulen, die sich mit der Thematik „Jugendliche und der Umgang mit sozialen Netzwerken“ auseinandergesetzt haben.

Die AKNÖ fördert mit dem Wissenschaftspreis NachwuchsforscherInnen, die sich mit arbeitnehmerrelevanten Themen beschäftigten.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich Bildung

	Anzahl
Bildungsberatungen	5.179
Beihilfen, Förderungen, Zuschüsse, Stipendien, Bildungsbonus (Fälle)	2.268
Bewerbungstrainings, Planspiele, Referate, Schulbetreuung (TeilnehmerInnen)	11.615
Jugendmesse „Zukunft.Arbeit.Leben.“ (BesucherInnen)	7.437
Mitwirkung bei Lehrabschlussprüfungen	6.992
Veranstaltungen (BesucherInnen)	14.860
Gesetzesbegutachtungen	57

Fotolia

Im Jahr 2013 veranstaltete die AKNÖ 152 Bewerbungstrainings mit SchülerInnen.

5.600 Lehrlinge im 1. Lehrjahr erhalten 2013 im Zuge ihres Berufsschulbesuchs ein auf ihre Bedürfnisse abgestimmtes Paket, bestehend aus Infomaterial und einem Willkommensgeschenk: Nike-Umhängetasche, Konzert-Gutschein oder Kostenbeitrag zum VOR-TOP-Jugendticket. Jugendliche in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen sollen ab 2014 zusätzlich einen Zuschuss zum Jugendticket bekommen.

Die Erwachsenenbildungsmessen „Tage der Weiterbildung“ erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. 2013 fanden vier Messen statt.

Seit Juni 2011 ist die AKNÖ Teil des vom BMBF und ESF geförderten Projekts für Bildungsberatung in Niederösterreich. Im Rahmen dieses Projekts fanden 2013 vier „Tage der Weiterbildung“ in Ybbs, Gänserndorf, St. Pölten und Gmünd statt. Sie boten Interessierten die Möglichkeit, sich über Bildungsangebote und Fördermöglichkeiten zu informieren.

Direkte Unterstützungsleistungen im Bereich Bildung

	Betrag in Euro
AKNÖ-Bildungsbonus	92.427
AKNÖ-Bildungsbonus-spezial	106.189
Sozialfonds Bildung	1.749

Fotolia

Mehr als zwei Drittel aller NutzerInnen des AKNÖ-Bildungsbonus waren Frauen.

Insgesamt wurden 2013 Bildungsförderungen in Höhe von rund 200.000 Euro an AKNÖ-Mitglieder ausbezahlt. So haben die ersten AKNÖ-Mitglieder den neuen Bildungsbonus-spezial für die Schwerpunkte Gesundheit und Nostrifikation sowie die Förderung der Berufsreifeprüfung geltend gemacht. Änderungen gab es beim klassischen Bildungsbonus: Arbeitslose Mitglieder erhalten seit 1. Februar 2013 75 Prozent statt wie vorher 50 Prozent der Kurskosten bis maximal 200 Euro rückerstattet. Die förderbaren Kursinhalte wurden um demokratiepolitische Kurse erweitert, das Spektrum der geförderten Sprachkurse weiter ausgebaut. Im Sommer 2013 wurde zudem der Bildungsbonus evaluiert. 85 Prozent der NutzerInnen waren mit dem Angebot zufrieden. Für 43 Prozent war der Bildungsbonus ausschlaggebend für den Kursbesuch. Am häufigsten wurde der Bildungsbonus für Sprachkurse eingelöst, gefolgt von EDV- und Gesundheitskursen. Mehr als zwei Drittel der EinlöserInnen waren weiblich. Zudem wurden Teilnehmerinnen des FIT-Programms des AMS für Frauen bei längeren Ausbildungen im technischen Bereich von der AKNÖ mit einem Zuschuss in Höhe von 366 Euro unterstützt, ebenso TeilnehmerInnen einer niederösterreichischen Arbeitsstiftung. Diese Maßnahme hat sich bereits in der Krise 2008 bewährt.

Interessenvertretung

Im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung hat sich die AKNÖ für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Qualität in den Einrichtungen ausgesprochen. Dazu gehören kindgerechte Betreuungsschlüssel und Gruppengrößen sowie Aufwertung und Höherqualifizierung der KindergartenpädagogInnen. Erfreut zeigte sich die AKNÖ von der Ankündigung der neuen Bundesregierung, dass ein zweites kostenloses Kindergartenjahr kommen soll. Aber noch ist ungeklärt, für welche Kinder und zu welchen Bedingungen. Auch der geplante Ausbau der Nachmittagsbetreuung geht ihr nicht weit genug.

Weiters fordert die AKNÖ verstärkt die flächendeckende Umstellung auf kostenlose, verschränkte ganztägige Schulen bis zum Ende der Pflichtschulzeit mit verpflichtendem Be-

such an drei Schultagen pro Woche und optionalem Betreuungsangebot an den übrigen Tagen. Begrüßt wird zudem die geplante Aufstockung der Fachhochschulplätze, doch ein dazugehöriger Entwicklungs- und Finanzierungsplan ist weiterhin nicht abzusehen.

Die AKNÖ setzte sich 2013 für die Ausdehnung der Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 24 Jahre ein. Das beinhaltet die Entwicklung spezieller Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme auch für AbbrecherInnen und AbsolventInnen von AHS, BMHS, Universitäten und Fachhochschulen sowie für Lehrlinge, die ihre Lehrzeit zwar absolviert, jedoch ihre Lehrabschlussprüfung nicht positiv abgeschlossen haben. Im Rahmen der Qualitätssicherung in der Lehrausbildung hat die AKNÖ unter anderem erreicht, dass es künftig mit der WKNÖ zu gemeinsamen Erhebungen bei Lehrabbrüchen sowie bei auffälligen DurchfallerInnen-Quoten bei Lehrabschlussprüfungen kommen wird.

Die AKNÖ setzt sich für die Ausdehnung der Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 24 Jahre ein.

Interessenpolitische Erfolge des letzten Jahres waren im Bereich der Weiterbildung die Einführung des Fachkräftestipendiums zur Sicherung des Lebensunterhalts während der Zeit der Qualifikation in einem Mangelberuf sowie die Schaffung der Bildungsteilzeit. Aufrecht bleibt hier die Forderung nach einer Woche bezahlter Bildungsfreistellung für alle Beschäftigten.

Ausblick für 2014

Der Bildungsbonus-klassisch wird um 20 Euro auf maximal 120 Euro, für Eltern in Karenz auf maximal 170 Euro und für Mitglieder mit einem AMS-Bezug auf maximal 220 Euro erhöht. AKNÖ-Mitglieder, welche die Berufsreifeprüfung absolvieren, bekommen je Modul anstatt 100 nun 120 Euro für die Kosten der Vorbereitungskurse refundiert. Weiters werden beim Bildungsbonus-spezial neue Schwerpunkte gesetzt: Vorbereitungskurse zur außerordentlichen Lehrabschlussprüfung und Vorbereitungskurse für den Besuch einer Fachhochschule bzw. eines Kollegs/Aufbaulehrgangs werden mit 50 Prozent der Kosten bis zu 400 Euro gefördert. In der Lehrlingsarbeit wird es um die Umsetzung der Vereinbarungen zur „Qualitätssicherung in der Lehrausbildung“ gehen. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Unterstützung des Übergangs in den Arbeitsmarkt im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Im Bereich Schulbetreuung und Berufsorientierung wird ein neues Planspiel das Thema „Sozialpartnerschaft“ für SchülerInnen sicht- und erlebbar machen. Die Jugendmesse „Zukunft.Arbeit.Leben“ wird weiterentwickelt. Der Schulpreis für Berufsschulen wird sich dem wichtigen Thema „Jugendliche in der Schuldenfalle“ widmen. In der Grundlagenarbeit werden die berufliche Weiterbildung, die Lehrausbildung und das sozial selektive österreichische Schulsystem thematisiert.

2014 wird der Bildungsbonus-klassisch auf maximal 120 Euro erhöht.

Fotolia

Die Qualitätssicherung in der Lehrausbildung ist ein wichtiges Anliegen der AKNÖ.

Echte Männer gehen in Karenz!

Wickeltisch statt Schreibtisch. Das gilt auch für Männer. Doch sie tun sich schwer in Väterkarenz zu gehen. Wir haben mit Silvia Lechner-Stingl, Leiterin der AKNÖ-Frauenpolitik, über Väterkarenz und die Erfahrungen, die Männer und Frauen damit machen, geredet.

Silvia Lechner-Stingl, Leiterin der AKNÖ-Frauenpolitik: „Viele Männer befürchten Nachteile für Einkommen und Karriere, wenn sie in Karenz gehen."

Wie viele Väter beziehen Kinderbetreuungsgeld und sind in Karenz?

Lechner-Stingl: Österreichweit sind etwa 4,4 Prozent aller KindergeldbezieherInnen männlich. Bei uns in Niederösterreich ist der Prozentsatz etwas niedriger und liegt bei knapp vier Prozent. Aus zahlreichen Beratungsgesprächen weiß ich jedoch, dass zwei Drittel der Männer sehr wohl in Karenz gehen wollen, aber aus den unterschiedlichsten Gründen zögern, sei es wegen finanzieller Bedenken, Sorgen um ihre berufliche Zukunft und ihre Karrierechancen oder wegen Unsicherheiten, etwa wie das unmittelbare Arbeitsumfeld – die Vorgesetzten und die Kollegen – reagieren wird. Unser Ziel lautet deshalb auch: Bis zum Jahr 2015 sollen zumindest 20 Prozent aller KindergeldbezieherInnen Väter sein.

Welche Auswirkungen sind durch mehr Väter in Karenz zu erwarten?

Lechner-Stingl: Alle, ob Väter, Mütter, Kinder, profitieren. Väter können in dieser Zeit eine intensivere Beziehung zu ihrem Kind aufbauen. Für Mütter wird es wiederum leichter, in der Arbeitswelt Fuß zu fassen.

Welche Anreize können helfen, um die Zahl der Karenzväter zu steigern?

Lechner-Stingl: Seit dem Jahr 2010 gibt es in Österreich den Papamonat im öffentlichen Dienst. Dort ist er ein Erfolgsmodell. Deshalb ist es an der Zeit, dieses Modell auch für alle in der Privatwirtschaft Beschäftigten umzusetzen.

Wie werden private Unternehmen darauf reagieren?

Lechner-Stingl: Die Unternehmen sind gefordert, neue Strategien zu entwickeln, die Männer motivieren, eine Karenz in Anspruch zu nehmen. Die Unternehmen können nicht nur Flexibilität von den MitarbeiterInnen einfordern, sie müssen auch ihnen gegenüber flexibler werden. Die Betriebe müssen sich ihrer gesellschaftlichen Anforderung stellen, denn nur so kann es zu einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern kommen.

AKNÖ fordert mehr und bessere Kinderbetreuungsplätze

Damit Mütter und Väter Beruf und Familie besser unter einen Hut bekommen, müssen in Niederösterreich Kinderbetreuungsplätze noch weiter ausgebaut werden. Denn derzeit fehlen 5.179 Plätze für 0- bis 2-jährige Kinder. Besonders für unter 2,5-Jährige gibt es zu wenige Einrichtungen und zu wenige Angebote. Ein weiteres Problem stellen die Öffnungs- und Schließzeiten der Betreuungseinrichtungen dar. Ein Großteil der Einrichtungen hat am Nachmittag zu und länger als fünf Wochen im Jahr geschlossen.

Chancen(un)gleichheit

Schwerpunkte

Alle Menschen brauchen gleiche Chancen. Und es gibt tatsächlich viel zu tun. Frauen werden in vielen Bereichen nach wie vor benachteiligt: Sie sollen Beruf und Familie unter einen Hut bringen, die Kinder betreuen, den Haushalt managen und Geld verdienen. Das geht oft leider nur auf Teilzeitbasis. Weil zu wenig Zeit für den Job bleibt, es zu wenige Kinderbetreuungseinrichtungen gibt oder weil Firmen aus Kostengründen für Frauen keine ganztägigen Arbeitsplätze anbieten. Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie war und ist daher ein Schwerpunkthema. Ebenso gilt es, Benachteiligungen von AlleinerzieherInnen, die ungleichen Chancen für Junge und Alte, für Menschen mit Behinderungen oder MigrantInnen aufzuzeigen und Lösungsansätze zu finden, damit Diskriminierungen aller Art verhindert werden.

Dienstleistung

Um positive Veränderungen zu erreichen, ist der persönliche Kontakt zu den Menschen entscheidend. So wurden zum ersten Mal Beratungstage für AlleinerzieherInnen in den Bezirksstellen Baden, Wiener Neustadt und Neunkirchen abgehalten. Gleichzeitig hat die AKNÖ auch AlleinerzieherInnen mit niedrigen Einkommen finanziell geholfen. Mit dem „Sozialen Bau- und Wohngeld“ unterstützte die AKNÖ 47 AlleinerzieherInnen mit insgesamt fast 16.000 Euro, damit diese dringend notwendige Reparaturen im Haushalt finanzieren konnten.

Darüber hinaus wurden im März unter dem Titel „Wo[man] & Work“ gemeinsam mit dem AMS NÖ WiedereinsteigerInnentage veranstaltet und Beratungen zu Fragen des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Elternkarenz angeboten. Mehr Mädchen in technische Berufe! – darüber gab die AKNÖ bei der Jugendmesse „Zukunft.Arbeit.Leben“ Auskunft. Bei den Messen in Bad Vöslau und St. Pölten wurden Mädchen motiviert, technische Lehrberufe zu ergreifen, die bessere Karrierechancen und bessere Bezahlung bringen.

Bei den AKNÖ-Jugendmessen „Zukunft. Arbeit.Leben“ wurden Mädchen motiviert, technische Lehrberufe zu ergreifen.

Interessenvertretung

Die Gleichbehandlungsgesetz-Novelle 2013 war Anlass, die Broschüre zum Thema zu überarbeiten. Anhand von Fallbeispielen wird auf die vielfältigen und oft unerkannten Arten von Diskriminierungen in der Arbeitswelt aufmerksam gemacht. Für die AKNÖ als Interessenvertretung ist es wichtig, die ArbeitnehmerInnen darüber zu informieren, bei Vorfällen zu beraten und notfalls vor Gericht zu vertreten.

Ausblick für 2014

Das Thema „Neue Wege zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ wird eine Fachtagung in St. Pölten beschäftigen. Die Beratungstage für AlleinerzieherInnen werden in weiteren Bezirken fortgesetzt, genauso wie der Beratungstag für WiedereinsteigerInnen in Zusammenarbeit mit dem AMS NÖ. Ein neuer Themenschwerpunkt wird sich mit psychischen Erkrankungen bei Frauen befassen. Hier sind Infoabende gemeinsam mit dem ÖGB NÖ geplant. Wohin sich Frauen in Notsituationen, z. B. bei Gewalt in der Familie, wenden können, darüber soll eine Broschüre Auskunft geben. Wie eine neue Kultur von Arbeitszeit aussehen könnte, wird 2014 einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt bilden. Dabei werden Überstundenabbau, Reduktion der Teilzeitarbeit bei Frauen und neue Formen des Arbeitens thematisiert.

AKNÖ-Ausbildungsoffensive für FunktionärInnen & BetriebsrätInnen

Bewährte Bildungsangebote fortsetzen und die Schulungen landesweit ausbauen. Das ist die Maxime der neuen Abteilung für BetriebsrätInnen- und FunktionärInnenausbildung in der AKNÖ.

Dr. Josef Leitner, Leiter der Abteilung BetriebsrätInnen- und FunktionärInnenausbildung, bei einem Referat vor BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen

Rund 6.000 der AKNÖ-Mitglieder sind BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen. „Für sie wollen wir ein Ausbildungsprogramm bieten, damit sie gut gerüstet für den betrieblichen Alltag sind und die Anliegen der Beschäftigten bestmöglich vertreten“, hat sich Dr. Josef Leitner, Leiter der Abteilung BetriebsrätInnen- und FunktionärInnenausbildung, ein ambitioniertes Ziel gesteckt.

Gebündeltes Wissen

Den Schlüssel dazu sieht Leitner in der Bündelung der Ausbildungsschienen des ÖGB, der Fachgewerkschaften und der AKNÖ. Letztere kann mit der BetriebsrätInnenakademie (BRAK) und der Kompetenzakademie (KOMPAK) für Betriebsratsvorsitzende und deren StellvertreterInnen auf zwei wegweisende Angebote verweisen.

Mehr regionale Ausbildungen

Großes Augenmerk legt Leitner auf die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung von BetriebsrätInnen vor Ort. Bei regionalen Schulungen werden grundlegende Informationen zu Arbeits- und Sozialrecht und zur Wirtschaftspolitik vermittelt sowie zu Spezialthemen externe ExpertInnen eingeladen.

Bildungsangebot erweitert

Ab September 2014 wird es zudem ein weiteres neues Bildungsangebot für ArbeitnehmervertreterInnen geben. In der interessenpolitischen Akademie (intAK) können dann KammerrätInnen und ArbeitnehmervertreterInnen Fach-, Persönlichkeits- und Spezialseminare besuchen. Das Spektrum reicht etwa von Kursen für VertreterInnen in der NÖGKK über Persönlichkeitsweiterbildung bis zu Kursen zu wirtschaftlichen Themen.

Infos nach Bedarf

Bildungsarbeit wird künftig von einer starken Interaktion zwischen BetriebsrätInnen, FunktionärInnen und ExpertInnen geprägt sein. Rufseminare, also bedarfsorientierte Schulungen und Infoveranstaltungen nahe bei den BetriebsrätInnen, sind nur ein Beispiel, wie das in die Praxis umgesetzt wird.

Ausbildungen für InteressenvertreterInnen

Das AKNÖ-Ausbildungsangebot für BetriebsrätInnen und FunktionärInnen:

- BetriebsrätInnenakademie (BRAK) und Follow-ups
- **Aufbaulehrgang für betriebsrätliche Arbeit (ALBA)**
- **Interessenpolitische Akademie (intAK)**
- **Sicherheits- und Gesundheitsakademie (SIGE)**
- **Wissen.Information.Diskussion – Kurse in den Regionen**
- **Rufseminare und Coachings**
- sowie zahlreiche Kurse und Workshops zur Erweiterung der fachlichen und sozialen Kompetenzen

Betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung

Schwerpunkte

Schwerpunkte im Bereich der überbetrieblichen und betrieblichen Interessenvertretung waren vor allem der ArbeitnehmerInnenschutz und die betriebliche Gesundheitsförderung sowie die verstärkte Ausbildung von FunktionärInnen und BetriebsrätInnen.

Dienstleistungen

Die Verminderung der Gesundheitsgefährdung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben sind Ziele der AKNÖ. Deshalb wurden gemeinsame Betriebsbegehungen mit Arbeitsinspektoraten und Beratungen vor Ort durchgeführt. Mit Bezirksfortbildungsveranstaltungen und Seminaren der Sicherheits- und Gesundheitsakademie wurden weiters BetriebsrätInnen und Sicherheitsvertrauenspersonen sowie alle am ArbeitnehmerInnenschutz Beteiligten zum Thema „ArbeitnehmerInnenschutz und betriebliche Gesundheitsvorsorge“ sensibilisiert. Insgesamt fanden 28 Seminare zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz statt. Die AKNÖ-ExpertInnen haben zudem Betrieben geholfen, Gesundheitsförderungsprojekte umzusetzen. Das Informationsangebot wird ergänzt durch die Wandzeitung SVP-News für alle Sicherheitsvertrauenspersonen und BetriebsrätInnen.

Die AKNÖ bietet weiters mit dem Gesundheitsbus ein Angebot, das es DienstnehmerInnen ermöglicht, am Dienstort kostenlos in nur 20 Minuten berufsbedingte Risikofaktoren für z. B. Herz-, Kreislauf- und Stoffwechselerkrankungen frühzeitig zu erkennen und zeitgerecht einzulenken. Dabei werden Blutwerte erhoben, Ohren- und Lungenfunktion überprüft und die Rückenhaltung vermessen. 2013 wurde das Angebot von 3.368 KollegInnen angenommen.

Die SVP-News: kompakte Infos über den neuesten Stand der gesetzlichen Grundlagen und betrieblichen Lösungsmöglichkeiten

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung

	Anzahl
Betriebsbetreuungen	2094
BetriebsrätInnenberatung (pers./schriftl.)	469
Überprüfungen von Betriebsratsfonds	1003
BetriebsrätInnen-Consulting – Bilanzanalysen	245
Beratungen bei Betriebsbegehungen – ArbeitnehmerInnenschutz	2.027
Untersuchungen von ArbeitnehmerInnen im Gesundheitsbus	3.368
Veranstaltungen der Sicherheits- und Gesundheitsakademie (SIGE)	28
Gesetzesbegutachtungen	1

Die Verminderung von Gesundheitsgefährdungen und die Verbesserung von Arbeitsbedingungen in den niederösterreichischen Betrieben sind wichtige Ziele der AKNÖ.

Fotolia

br|news

AUSNAHMEZUSTAND
Interview: Wie der Betriebsrat von Triumph International mit Werkschließungen und Massenkündigungen umgeht. Seite 2

STIPENDIUM
Wer künftig einen neuen Beruf erlernen will, bekommt ab 1. Juli dieses Jahres finanzielle Unterstützung vom AMS. Seite 5

3|2013 Servicezeitung für BetriebsrätInnen

DAS WAHRE GESICHT

Das ist aber rasch gegangen: Das Team Stronach zeigt sein wahres Gesicht. Offen wird die Abschaffung der Gewerkschaften gefordert und Betriebsräte brauche man auch nicht. Diese seien die Blockierer und Bremser, wird einfach behauptet. Auch wenn das falsch ist. Selbst die größten Kritiker müssen eingestehen, dass der Erfolg österreichischer Unternehmen auf der funktionierenden Sozialpartnerschaft beruht. Gewerkschaften stehen aber für mehr. Arbeit, die nicht mehr lebensgefährlich ist, soziale Sicherheit, die ein Altern in Würde ermöglicht und bei Krankheiten jedem hilft – all das haben starke Gewerkschaften erkämpft.

Und das lassen wir uns nicht mehr weginehmen. Wer mehr für die Menschen erreichen will, setzt auf Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen – innerbetrieblich und überbetrieblich.

Hermann Haneder
AKNÖ-Präsident

AKNÖ-Service
Tipps, Hintergründe, Argumentarien, Kurse, Termine, Newsletter. Die AKNÖ bietet Betriebsrätinnen und Betriebsräten einen umfassenden Online-Service.
noe.arbeiterkammer.at/betriebsrat

Erwachsenenbildung: TrainerInnen stehen unter starkem Druck
Ringen um bessere Arbeitsbedingungen
Seite 3

AKNÖ und ÖGB vor Ort im ganzen Land
Der Neunkirchner AKNÖ-Bezirksstellenleiter Gerhard Windbichler (r.) besuchte im Rahmen der großen Infotour die Mitarbeiterinnen der Huyck-Wangner Austria GmbH und blickte, begleitet von der Betriebsratsvorsitzenden Andrea Schreimser (2. v.r.), hinter die Kulissen der Herstellung von Industrieöfen und Sieben im Gloggnitzer Werk. Einen ausführlichen Rückblick und Bilder zur Info-Tour 2013 gibt es auf Seite 7.

AKNÖ-SOFORTHILFE FÜR HOCHWASSER-OPFER
EFFIZIENTE UND UNBÜROKRATISCHE HILFE. Das brauchen die Geschädigten der jüngsten Hochwasserkatastrophe am dringendsten. Bis zu 1.000 Euro erhalten AKNÖ-Mitglieder für die unmittelbare Wohnsanierung, es werden aber auch Schäden an notwendigen Haushaltsgeräten wie etwa Eiskästen, Waschmaschinen und so weiter ersetzt. Lukriert wird das Geld übrigens aus dem erst im Vorjahr ins Leben gerufenen sozialen Bau- und Wohngeld der AKNÖ. „Im Vergleich zu früheren Hochwasserhilfen können wir die Hilfe damit fast verdreifachen", sagt AKNÖ-Präsident Hermann Haneder. Alle Infos zur AKNÖ-Direkthilfe erfahren Betroffene in den AKNÖ-Bezirksstellen, wo auch die Antragsstellung auf raschestem Wege abgewickelt wird. Weitere Informationen finden Sie unter noe.arbeiterkammer.at

Von der BR-News gab es 2013 sechs Ausgaben mit einer Auflage von rund 40.000 Exemplaren.

Bildungs- und Informationsangebote für BetriebsrätInnen und FunktionärInnen sind ein weiteres wesentliches Angebot der AKNÖ. So versendet die AKNÖ regelmäßig die Zeitung „BR-News" an die niederösterreichischen BetriebsrätInnen und informiert über neue für sie relevante Gesetze und politische Entwicklungen. 2013 gab es sechs Ausgaben mit einer Gesamtauflage von fast 40.000 Exemplaren.

Im Rahmen der Bildungsaktivitäten haben an 84 Abenden AKNÖ-ExpertInnen bei der Gewerkschaftsschule des ÖGB zu Fach- und interessenpolitischen Themen referiert. Darüber hinaus wurden die BetriebsrätInnen-Kurse „Wissen.Information.Diskussion" konzeptionell neu ausgerichtet. Es wurden 36 Kurse mit 536 TeilnehmerInnen veranstaltet. Die AKNÖ organisierte auch die Teilnahme von 134 BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen an Ausbildungen im Bildungszentrum Wien (VÖGB und AK Wien).

2013 startete die AKNÖ für fremdsprachige BetriebsrätInnen erstmals den Aufbaulehrgang für betriebsrätliche Arbeit (ALBA) zur Verbesserung ihrer sprachlichen, fachlichen und sozialen Kompetenzen. Damit sollen die AbsolventInnen in die Lage versetzt werden, überzeugend und selbstbewusst aufzutreten. Der im November 2013 mit 16 TeilnehmerInnen gestartete Lehrgang endet im April 2014. Den XXI. Kernlehrgang der überregional hoch geschätzten AKNÖ-BetriebsrätInnenakademie (BRAK) haben insgesamt 24 TeilnehmerInnen erfolgreich absolviert. Bei drei Follow-up-Veranstaltungen zum Kernlehrgang nahmen 53 BetriebsrätInnen teil. Und die neu ins Leben gerufene Kompetenz-Akademie (KOMPAK) ist ein Erweiterungsangebot für AbsolventInnen der BRAK und SOZAK und spricht jene Personen an, die mit Führungsverantwortung in den Interessenvertretungen betraut sind. In zehn aufeinander aufbauenden Modulen werden die AbsolventInnen trainiert, Management- und Führungsaufgaben im Betriebsratsgremium verantwortungsbewusst und zielorientiert wahrzunehmen. Die Ausbildung endet mit dem Abschlusszertifikat „Operative Führungskraft".

Die AKNÖ-BetriebswirtschaftsexpertInnen führten im Jahr 2013 245 Bilanzanalysen für BetriebsrätInnen durch.

Zur Unterstützung der BetriebsrätInnen bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation ihres Betriebes bietet die AKNÖ Bilanzanalysen an. 2013 wurden 245 Analysen durchgeführt. Ein weiteres Service ist der AK-Unternehmensmonitor, eine Analyse von 274 veröffentlichten Jahresabschlüssen in Österreich tätiger Unternehmen. Der AKNÖ obliegt zudem die Revision der Betriebsratsfonds. 2013 wurden 1.003 Revisionen durchgeführt und 181 BetriebsrätInnen, KassierInnen und für die Verwaltung zukünftiger Fonds Verantwortliche geschult.

Ferdinand Nemesch wurde von AKNÖ-Präsident Markus Wieser für sein Lebenswerk als Betriebsrat in der OMV Schwechat mit dem BetriebsrätInnen-Award von AKNÖ und ÖGB geehrt.

Die niederösterreichischen BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen beweisen täglich unermüdlichen Einsatz für ihre KollegInnen. Zur Würdigung ihrer Leistung verlieh die AKNÖ am 13. November 2013 zum zweiten Mal den BetriebsrätInnen-Award in den Kategorien Widerstand/Betriebsratsgründung, Wachstum/Mitgliederwerbung/Organisationsstärke, Fortschritt, Zivilcourage sowie fürs Lebenswerk an insgesamt 13 BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen.

Interessenvertretung

Unter dem Motto „AKNÖ goes international“ organisierte die AKNÖ ein Vernetzungstreffen, das als Informationsplattform für international tätige BetriebsrätInnen dient. Dabei werden fachliche Inputs von ExpertInnen, wie z. B. Gesetzesänderungen auf europäischer Ebene oder auch aktuelle interessenpolitische Schwerpunkte auf europäischer Ebene, diskutiert.

Wesentlicher Bestandteil der Interessenvertretung sind die unter dem Motto „AKNÖ goes international“ abgehaltenen Vernetzungstreffen für BetriebsrätInnen und ExpertInnen.

Ausblick für 2014

Die Jugendarbeit wird ein Schwerpunkt der AKNÖ für das Jahr 2014. Gemeinsam mit der Österreichischen Gewerkschaftsjugend und den Fachgewerkschaften soll versucht werden, für Jugendliche Freizeit- und Sport-Angebote zu entwickeln und anzubieten, um Kontakte zu zu vertiefen und für sie einen Mehrwert zu schaffen. Ein zweiter Schwerpunkt wird die neue AKNÖ-Ausbildungsschiene „intAK“, die interessenpolitische Akademie für ArbeitnehmervertreterInnen in einer öffentlichen Institution, KammerrätInnen der AKNÖ und GewerkschaftsvertreterInnen, sein, um sie mit dem in einer sich dynamisch wandelnden Arbeitswelt notwendigen Rüstzeug auszustatten. Es werden sowohl zur BetriebsrätInnenakademie als auch zu allfälligen weiteren umfassenden Ausbildungen Folgeveranstaltungen mit auffrischendem oder fortbildendem Charakter durchgeführt. Die Sicherheits- und Gesundheitsakademie (SIGE) wird das umfassende Aus- und Weiterbildungsprogramm, das neben den Schulungen für Sicherheitsvertrauenspersonen und Seminaren zu den Themen „Mobbing“, „Burn-out“ und „Suchtprävention“ auch „Ergonomie am Arbeitsplatz“ zum Inhalt haben wird, fortsetzen. Viele Projekte im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung direkt in den Betrieben werden das „SIGE“-Angebot abrunden. Ab 2014 werden zudem neu Rufseminare und Coachings für Betriebsratskörperschaften und FunktionärInnengruppen von AKNÖ, ÖGB NÖ und Fachgewerkschaften angeboten, sofern das bestehende Ausbildungsangebot der AKNÖ den aktuellen Bedarf nicht erfüllt. Als Besonderheit bietet die AKNÖ auch Coachings für Betriebsratskörperschaften zur Bewältigung von betrieblichen Sondersituationen an.

Die stolzen AbsolventInnen des 21. BRAK-Lehrgangs. Damit sie und ihre KollegInnen immer das neueste Rüstzeug für ihre Tätigkeit besitzen, wird die Ausbildung von BetriebsrätInnen und FunktionärInnen seitens der AKNÖ weiter intensiviert.

„Mir wer'n kan Richter brauchen!“

Diese Redensart setzt die Kfz-Schlichtungsstelle von AKNÖ und WKNÖ seit 2004 in die Tat um. Sie bringt Streitfälle zwischen AutobesitzerInnen und Kfz-Betrieben zu einem gütlichen Ende.

Herwig Rezek, Leiter der AKNÖ-Konsumentenberatung: „Wenn es zum Streit zwischen Pkw-BesitzerInnen und Werkstätten kommt, ist die Schlichtungsstelle der AKNÖ und der WKNÖ ein wichtiges Instrument, um den Beteiligten weitere Kosten und Ärger zu ersparen.“

In Niederösterreich gibt es über eine Million zugelassene Pkws und rund 1.400 aktive Reparaturbetriebe. Daher ist es nicht verwunderlich, dass es zwischen den AutobesitzerInnen und den Betrieben auch einmal zu Streitigkeiten nach Autoreparaturen oder dem Autokauf kommen kann.

Oft reicht ein Telefonat

Mehr als 15.000 Beschwerden über mangelhafte Autoreparaturen oder Probleme nach dem Autokauf hat die AKNÖ-Konsumentenberatung seit dem Start der Kfz-Schlichtungsstelle im Jahr 2004 registriert. „Die meisten dieser 15.000 Beschwerden konnten durch ein Telefonat der AKNÖ-KonsumentenberaterInnen mit der betreffenden Kfz-Werkstätte gelöst werden“, erklärt Herwig Rezek, Leiter der AKNÖ-Konsumentenberatung. Fälle, die auf dem Interventionsweg nicht gelöst werden konnten, wurden in der Kfz-Schlichtungsstelle behandelt.

Es zählen nicht nur Fakten – auch viel Einfühlungsvermögen ist gefragt

Kommt es zum Schlichtungsverfahren, bringen beide Parteien beim Termin in der Schlichtungsstelle den ExpertInnen und JuristInnen von Arbeiter- und Wirtschaftskammer ihren Fall vor. Ein/e GutachterIn ist ebenfalls vor Ort, um das Fahrzeug zu besichtigen. „Beim Termin zählen nicht nur Fakten, sondern auch psychologisches Einfühlungsvermögen. Denn es prallen oft die unterschiedlichen Sichtweisen der erhitzten Gemüter aufeinander. Meist kommt es jedoch zu einer gütlichen Einigung“ weiß AKNÖ-Experte Rezek.

Die meisten Beschwerden können außergerichtlich gelöst werden. Mit ihrer Mediationsfunktion schafft die Schlichtungsstelle eine Win-win-Situation für Betriebe und AutobesitzerInnen. Beide kommen zu einer schnellen Entscheidung und ersparen sich unnötige Prozesskosten. Die Schlichtung selbst ist kostenlos. Kosten fallen nur dann an, wenn Betriebe oder KonsumentInnen ein Sachverständigengutachten anfordern.

Kfz-Schlichtungsstelle – eine Bilanz

- 444 Schlichtungsverfahren
- Einsparung von rund 500.000 Euro
- 144-mal war eine Begutachtung vor Ort notwendig
- Die Streitwerte beliefen sich von 60 Euro für Reifenreklamationen bis zu 18.000 Euro für die Rückabwicklung eines Gebrauchtwagenkaufs
- 70 Prozent der Schlichtungsfälle kamen aus dem Süden Niederösterreichs
- Die meisten Schlichtungen betrafen Garantie und Gewährleistung
- Hauptsächlich handelte es sich um mechanische Gebrechen. Elektronikprobleme sind in den letzten Jahren aber immer häufiger Grund für Schlichtungen

KonsumentInnenschutz

Schwerpunkte

Aus konsumentenrechtlicher Sicht waren 2013 Finanzdienstleistungen, Wohnen, Telefonie und Internet die Bereiche, die den niederösterreichischen KonsumentInnen die größten Probleme bereiteten. So haben sich mehr als 3.600 KonsumentInnen mit Fragen wegen laufender Bank- und Finanzgeschäfte an die ExpertInnen der AKNÖ gewandt. Auch das Thema „Lebenshaltungskosten“, konkret Wohnen, Heizen, Energie, Baumängel und Sanierungen, beschäftigte die NiederösterreicherInnen. Insgesamt gab es hier über 7.000 Anfragen. Mit Fragen aus dem Bereich Internet und Telefonie haben sich über 5.500 KonsumentInnen an die AKNÖ gewandt.

Dienstleistungen

Mehr als 1,3 Millionen Euro – so viel hat die AKNÖ-Konsumentenberatung für Niederösterreichs KonsumentInnen im Vorjahr gesichert. Das ist eine Steigerung von 15 Prozent gegenüber dem Jahr 2012. Für 1.381 NiederösterreicherInnen mussten die AKNÖ-ExpertInnen dazu bei Firmen intervenieren, weil diese nicht bereit waren, auf berechtigte Anliegen der KonsumentInnen zu reagieren. In fünf Fällen unterstützte die AKNÖ ihre Mitglieder vor Gericht. Dabei steht jedoch die Maxime, die auftretenden Probleme in erster Linie außergerichtlich durch Verhandlungen mit den Firmen zu lösen, im Vordergrund. Bei einem Großteil der Fälle kommt die AKNÖ damit auch zu einer Lösung und das AKNÖ-Mitglied schnell zu seinem Recht. Ergänzend dazu wird sehr stark auf Aufklärungsarbeit und Kooperationen mit anderen Organisationen und Institutionen gesetzt, um die VerbraucherInnen über Gefahren und Risiken zu informieren. Rund 51.500 KonsumentInnen aus Niederösterreich wurden von den KonsumentenschützerInnen persönlich, telefonisch und per E-Mail beraten.

Die AKNÖ-ExpertInnen mussten rund 1.400-mal bei Unternehmen intervenieren, um die Rechte der KonsumentInnen zu sichern.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich KonsumentInnenschutz

	Anzahl
Beratungen im KonsumentInnenschutz (inkl. Wohnrecht)	51.539
Interventionen im KonsumentInnenschutz (inkl. Kreditverträgen)	1.381
Rechtshilfe für KonsumentInnen	5
Sitzungen der Schlichtungsstellen	29
Gesetzesbegutachtungen	19
Preiserhebungen	22
Versicherungsvergleiche für Mitglieder	1.293
Beratungen bei Messen (sieben Veranstaltungen)	976

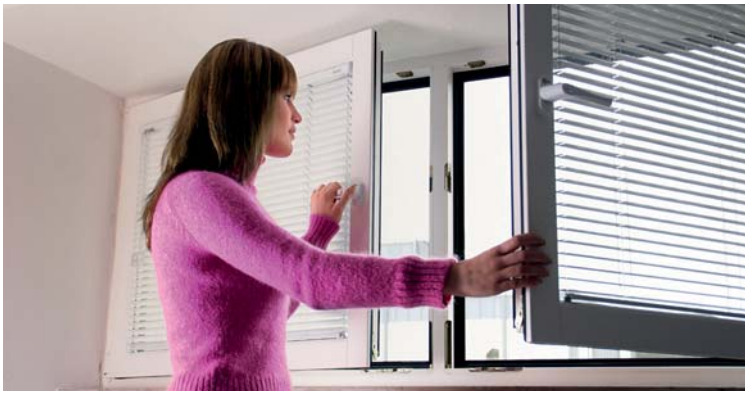
51.500 Beratungen haben Mag. Martina Weiland-Pachali und ihre KollegInnen von der AKNÖ-KonsumentInnenberatung 2013 durchgeführt.

Beschwerden rund ums Thema Internet nehmen ab. Die Präventionsarbeit der AKNÖ-KonsumentenschützerInnen wirkt.

Wegen überhöhter Handyrechnungen, horrender Summen für Datendienste sowie ungebetener Werbeanrufe (Cold Callings) wandten sich fast 2.800 Menschen an die AKNÖ. Die mit 1. Mai 2012 in Kraft getretene Kostenbeschränkungsverordnung hat seither zu einer Verringerung der Anfragen zum Thema „Kosten für Datendienste“ geführt. Telefonie, SMS/MMS sind durch diese Regelung jedoch nicht erfasst. Hier gibt es weiterhin zahlreiche Beschwerden. Bei den Anfragen zum Thema Internet zeigt sich aber, dass die Präventionsarbeit der AKNÖ greift. Hier ist ein konstanter Rückgang der Anfragen seit dem Jahr 2010 auf nunmehr 2.760 Beschwerden zu beobachten. Die AK hat mit Musterverfahren gegen unseriöse Website-Anbieter dazu beigetragen, die klassische Internetabzocke einzudämmen. Schwerpunkt der Anfragen im vergangenen Jahr war deshalb vor allem das Thema „Onlineshopping“.

Baumängel, nicht eingehaltene Vereinbarungen, überschrittene Fristen seitens der Baufirmen: HäuslbauerInnen und all jene, die ihr Eigenheim sanieren, haben mit verschiedenen Problemen zu kämpfen. Wegen der meist hohen Streitwerte und Sachverständigenkosten ist das Durchsetzen von Gewährleistungsansprüchen schwierig. Viele KonsumentInnen schrecken vor Klagen zurück, weil sie finanziell nicht in der Lage sind, langwierige Prozesse zu führen. Mit über 1.600 Anfragen ist das Thema „Bauen und Sanieren“ für die AKNÖ-KonsumentenberaterInnen ein „Dauerbrenner“. Und mehr als 4.600 KonsumentInnen erkundigten sich zu Themen rund um das Wohnen. Die Schwerpunkte lagen auf Mietzinsvorschreibungen bzw. -erhöhungen sowie auf den Problematiken rund um Schimmel und mangelhafte Heizungen, Baumängel, Umbauten oder auch Betriebskosten.

Bei den über 3.600 Anfragen aus dem Bereich der Finanzdienstleistungen drehte sich der Hauptteil um Kredite und Veranlagungen. Ein Problem, mit dem die KonsumentInnen in jüngster Zeit konfrontiert wurden, sind unseriöse Anbote für Finanzanlagen oder vermeintlich günstige Kredite, die sich später jedoch als teure Finanzberatungsverträge erweisen. Noch immer bereiten Fremdwährungskredite und ihre Folgen vielen NiederösterreicherInnen große Probleme. In diesem Zusammenhang sind die an endfällige Kredite gebundenen Tilgungsträger das brennendste Problem. Knapp 600 KonsumentInnen erkundigten sich zum Thema „Private Pensionsvorsorge“. Sie beschäftigte vor allem die immer noch schwache Performance der fondsgebundenen Lebensversicherungen. Weiters kritisieren AKNÖ-KonsumentenberaterInnen, dass es derzeit keine Möglichkeit einer vorzeitigen Auflösung der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge gibt. 775-mal wurden Informationen zu den Sachversicherungen nachgefragt. Dabei standen vor allem berechtigte Schadenersatzansprüche,



Fotolia

Bauen, Sanieren und Wohnen – Probleme rund um Schimmel, mangelhafte Heizungen, Baumängel oder auch Betriebskosten standen 2013 auf der Tagesordnung der AKNÖ-KonsumentenberaterInnen.

Gesicherte Beträge im Bereich KonsumentInnenschutz

	Betrag in Euro
Interventionen im KonsumentInnenschutz (inkl. Kreditverträgen)	1.187.645
Versicherungsvergleiche	142.230

die von den Versicherungen abgelehnt wurden, im Mittelpunkt des Interesses. Rund 1.300-mal beantworteten die AKNÖ-ExpertInnen die Frage nach der günstigsten Autoversicherung. Weitere 370 KonsumentInnen holten sich Rat rund um den Autokauf und 882 wandten sich an die AKNÖ, weil es Probleme bei der Reparatur ihres Autos gab.

Interessenvertretung

Gerade die erwähnten sozialpartnerschaftlichen Schlichtungsstellen, vor allem in den Bereichen Kfz-Technik und Rauchfangkehrer, sind ein eindeutiger Beweis, dass der Spagat zwischen Interessenvertretung – verstanden als Versuch, die generelle Situation unserer Mitglieder in bestimmten Lebensbereichen zu verbessern – und der „klassischen" (einzelfallbezogenen) KonsumentInnenberatung möglich ist und auch sehr erfolgreich sein kann. Im Rahmen der Interessenvertretung finden sich aber noch andere Erfolge. Im Dezember 2013 stimmte das Europäische Parlament einer Gesetzesinitiative zu, womit die langjährige Forderung der AKNÖ nach einem gesetzlichen Anspruch auf ein Girokonto erfüllt wird. Damit werden alle NiederösterreicherInnen einen Rechtsanspruch auf ein Girokonto bekommen, den es bislang nicht gegeben hat. Das Recht auf ein Basiskonto beendet den Ausschluss vieler Menschen vom wirtschaftlichen Leben. Das Basiskonto soll grundlegende Zahlungsfunktionen umfassen, also Lastschriften, Überweisungen oder auch Onlinezahlungen.

Die AKNÖ setzte sich für ein Recht auf ein Girokonto ein. Das EU-Parlament und die EU-Kommission haben sich dafür ausgesprochen und im Dezember 2013 einer entsprechenden Gesetzesinitiative zugestimmt.

Ausblick für 2014

Die NÖ Arbeiterkammer hat 2013 begonnen, in Kooperation mit dem Land NÖ die Leistungen auszubauen, und bietet die Wohnrechtsberatung flächendeckend für alle NiederösterreicherInnen an. Im Jahr 2014 wird dem bereits 2013 gesetzten Schritt eine weitere Ausbaustufe mit Ausweitung der Serviceleistung folgen. In Sachen Schlichtungsstellen wird die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer verstärkt werden. Die Umsetzung der EU-Verbraucherrechterichtlinie in österreichisches Recht wird zudem die KonsumentenschutzexpertInnen der AKNÖ beschäftigen. Die im Sommer 2014 in Kraft tretenden neuen Bestimmungen werden zu einem intensiven Beratungsbedarf führen, auf den die AKNÖ-Konsumentenberatung vorbereitet sein wird.

Fotolia

Über 1.300 KonsumentInnen ließen sich von der AKNÖ über die günstigste Autoversicherung aufklären.

AKNÖ-WirtschaftsexpertInnen: Stütze der Interessenvertretung

Ohne sie wäre Interessenvertretung nicht möglich – die Analysen der AKNÖ-WirtschaftsexpertInnen sind eine wesentliche Grundlage der politischen Tätigkeit der KammerrätInnen.

Wenn die AKNÖ-KammerrätInnen in einer Resolution an die Bundesregierung Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen einfordern, tun sie das oft auf Basis der Studien und Analysen der AKNÖ-ExpertInnen.

Wann immer die KammerrätInnen in der Vollversammlung der NÖ Arbeiterkammer in einer Resolution eine politische Forderung an die Landes- oder Bundesregierung richten, dann stehen dahinter auch von den AKNÖ-ExpertInnen aufbereitete Zahlen, Daten und Fakten zur Lage der ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich. Das trifft besonders auch bei komplexen wirtschaftspolitischen Themen und Sachverhalten zu.

Expertisen für die Selbstverwaltung

„Eine wichtige Aufgabe unserer Expertinnen und Experten ist, die Mitglieder der Selbstverwaltung vom Präsidenten abwärts über den Vorstand bis zu den Kammerrätinnen und Kammerräten mit Informationen über die Situation der Beschäftigten zu versorgen“, erklärt Mag. Helmut Guth, Direktor der NÖ Arbeiterkammer. Die Expertise der AKNÖ-WirtschaftsexpertInnen ist vor allem auch für die Arbeit der KammerrätInnen im Ausschuss für Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Infrastrukturpolitik von besonderer Bedeutung, denn dort werden Stellungnahmen zu wichtigen Gesetzesvorhaben und Verordnungen beraten und erstellt.

„Übersetzung“ komplexer Sachverhalte

Für Mag. Claudia Tschernutter, Leiterin des AKNÖ-Referats Wirtschaftsanalysen und Arbeitsmarktpolitik, und ihre KollegInnen sind Arbeitslosen- und Beschäftigtenzahlen, Budgetdefizite, Staatsschulden sowie Konjunkturkennzahlen das tägliche Brot. „Es geht dabei nicht nur darum, die wirtschaftlichen Entwicklungen zu erfassen, sie zu analysieren und zu bewerten. Es geht vor allem darum, die Ergebnisse in eine verständliche Sprache zu übersetzen, damit die politischen Vertreterinnen und Vertreter in der AKNÖ fundierte Entscheidungen im Sinne der arbeitenden Menschen treffen können“, so Tschernutter. Die Expertisen der AKNÖ werden aber nicht nur von den EntscheidungsträgerInnen nachgefragt, sondern auch von den Medien. Das zeigten etwa auch 2013 die rege Berichterstattung über die jährlich erscheinende Einkommensanalyse sowie die Studie „NÖ und seine Regionen“.

Wirtschaftspolitische Analysen der AKNÖ

- Einkommensanalyse: Die AKNÖ-Einkommensanalyse erscheint einmal jährlich und zeigt die Entwicklung der Löhne und Gehälter in NÖ auf.
- Niederösterreich und seine Regionen: Diese Studie legt die regionalen Entwicklungen des Arbeitsmarkts und der Wirtschaft in NÖ dar.
- Monatsbericht: Der AKNÖ-Monatsbericht ist ein laufender Konjunkturmonitor.
- Unternehmensmonitor: umfassende Analyse der Jahresabschlüsse niederösterreichischer Unternehmen.
- Factsheets zu: Landwirtschaft in NÖ, Vermögensverteilung, Einkommen.

Wirtschaft

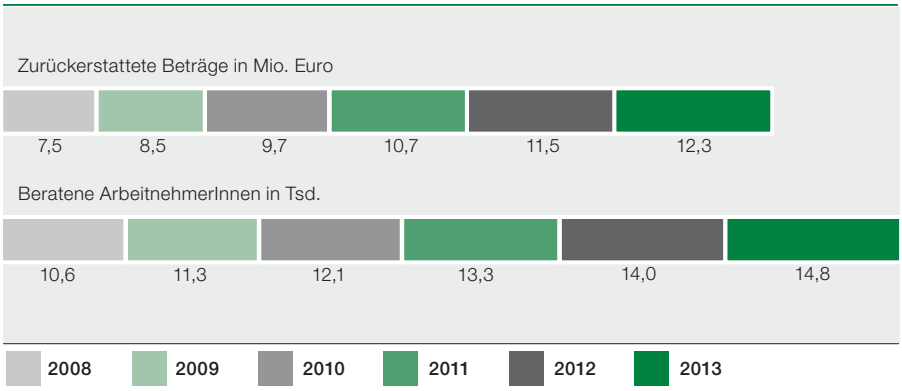
Schwerpunkte

Das Thema „Steuern“ war 2013 aus wirtschaftspolitischer Sicht der Arbeitsschwerpunkt der AKNÖ-ExpertInnen. Einerseits erfreute sich die AKNÖ-Steuersparaktion, eine der Topdienstleistungen der AKNÖ – eines ungebrochenen Zulaufs, andererseits war und ist das Thema „Verteilungsgerechtigkeit“ in erster Linie ein einkommens- und steuerpolitisches Problem, das von den AKNÖ-WirtschaftsexpertInnen in Studien und Analysen bewertet wird. Ein weiteres Thema war unter anderem auch die Entwicklung der Preise bei Wohnen und Energie.

Dienstleistungen

Ein voller Erfolg mit neuen Rekordergebnissen – das war die Steuerrückholaktion der AKNÖ auch 2013 wieder. 14.811 Mitglieder – das sind um sechs Prozent mehr als noch 2012 – haben von Ende Februar bis Mitte Juni 2013 mithilfe der AKNÖ ihre Arbeitnehmerveranlagung gemacht und 12,3 Millionen Euro an Steuergutschriften bekommen. Das waren um rund sieben Prozent mehr Gutschriften als noch 2012. Die wichtigsten Abschreibpositionen der NiederösterreicherInnen waren der Alleinverdienerabsetzbetrag, der Kinderfreibetrag, Sonderausgaben in Form von Versicherungen, Hausbau, Spenden, das Pendlerpauschale, Fahrtkosten in Zusammenhang mit dem Beruf, Ausgaben bei Krankheit, für Kuren und Pflege sowie die Kinderbetreuung. Fast alle Veranlagungen wurden per Finanzonline durchgeführt.

Steuerrückholaktion der AKNÖ



Betrachtet man die 2013 zurückgeholten Beträge nach Bezirken, so wurden von den 12,3 Millionen Euro allein mehr als zwei Fünftel in den Bezirken St. Pölten, Melk, Amstetten und

Die AKNÖ-Steuersparaktion brach 2013 alle Rekorde – auch in St. Pölten, wo AKNÖ-Präsident Markus Wieser und Elisabeth Holub den AKNÖ-Bezirksstellenleiter Andreas Windl (im Hintergrund) bei den Steuerspartagen in der AK-Bezirksstelle besuchten.

Wiener Neustadt gesichert. Rund 1,7 Millionen Euro konnten im Bezirk St. Pölten, 1,34 Millionen im Bezirk Melk, 1,25 Millionen im Bezirk Amstetten und 1,13 Millionen in Wiener Neustadt für die Mitglieder zurückgeholt werden. Übrigens: Seit dem Start der Aktion im Jahr 2002 wurden bisher fast 79 Millionen Euro an Steuergutschriften für die Mitglieder erreicht. Viele von ihnen wurden motiviert, auch in Zukunft ihre Arbeitnehmerveranlagung zu machen.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich Wirtschaft

	Anzahl
Beratungen von Mitgliedern im Rahmen der Steuerrückholaktion	14.811
Beratungen von Mitgliedern in Steuerangelegenheiten	15.262
Gesetzesbegutachtungen	69
Gewerberechtliche Stellungnahmen	425

Interessenvertretung

Die Steuerrückholaktion der AKNÖ hat noch einen anderen – für die Interessenvertretung nicht unwichtigen – Nebeneffekt gehabt. Es werden durch diese Aktion die steuerlichen Ungerechtigkeiten nicht nur für die AKNÖ-ExpertInnen, sondern auch für die beratenen Mitglieder immer sichtbarer. So etwa die Schieflagen bei Pendlerpauschale oder Kinderbetreuungskosten. PendlerInnen und AlleinerzieherInnen mit geringen Einkommen bekommen wenig oder gar nichts vom Finanzamt zurück, gut Verdienende profitieren hingegen wesentlich mehr. Daher fordert die AKNÖ: Gleiches Pendlergeld für alle! Statt Pendlerpauschale soll es unabhängig vom Gehalt und vom Verkehrsmittel ein kilometerabhängiges Pendlergeld als Steuer-Absetzbetrag geben, damit auch BezieherInnen von kleineren Einkommen profitieren. Die Bundesregierung und das Finanzministerium haben 2013 eine Reform des Pendlerpauschale durch- und den Pendlereuro eingeführt. Dieser erfüllt aber nur teilweise die Forderung der AKNÖ und macht das System komplizierter und undurchschaubarer für die PendlerInnen.

Neben dem Kontakt mit den Mitgliedern sind auch die von der AKNÖ durchgeführte Studien und Analysen Grundlage interessenpolitischer Forderungen. So werden etwa im „Monatsbericht“ der AKNÖ die Entwicklung der Konjunktur, des Arbeitsmarktes und des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich und im Unternehmensmonitor die Entwicklung der Unternehmen in Niederösterreich aufgezeigt. Darüber hinaus zeigte die AKNÖ mit ihren wirtschaftspolitischen Analysen der regionalen Entwicklungen auch 2013 wieder auf, dass Niederösterreich

Fotolia

Viele NiederösterreicherInnen müssen zur Arbeit pendeln. Das Pendlerpauschale benachteiligt aber KleinstverdienerInnen. Deshalb fordert die AKNÖ ein kilometerabhängiges Pendlergeld als Steuerabsetzbetrag.

nach wie vor ein Land der zwei Geschwindigkeiten ist. Das wohl bekannteste und bedeutendste wirtschaftspolitische Instrument, das von der AKNÖ herausgegeben wird, ist aber die Einkommensanalyse für Niederösterreich. Für diese Analyse werden Einkommensdaten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger und der Statistik Austria herangezogen und mit der Teuerungsrate sowie dem Wirtschaftswachstum in Verbindung gesetzt. Die Einkommensanalyse 2013 für das Jahr 2012 ergab zum dritten Mal in Folge ernüchternde Zahlen. Im Durchschnitt verdienten die NiederösterreicherInnen 2012 um sechs Euro netto weniger als im Vorjahr.

Die AKNÖ-Einkommensanalyse zeigt auf, wie sich die Einkommen in Niederösterreich entwickeln.

Interessenpolitisch haben die ExpertInnen der AKNÖ sich auch mit der Entwicklung der Strom- und Gaspreise befasst und haben hier aufgrund der gesunkenen Großhandelspreise auf weitere Preissenkungen bei den KonsumentInnen gedrängt. Bei Arbeitsmarktthemen stand vor allem das Problem der Arbeitsplätze von älteren ArbeitnehmerInnen sowie eine Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie für Jugendliche bis 24 Jahre am Programm.

Die wirtschaftspolitische Grundlagenarbeit der NÖ Arbeiterkammer mündete 2013 auch in zahlreichen Factsheets zu den Themen: Landwirtschaft in Österreich, Ausgaben für Wohnen und Energie, Einkommensverteilung, Vermögensentwicklung, Inflation und ihre Auswirkungen sowie Staatsdefizit und Staatsverschuldung in Österreich. Diese Infoblätter dienen vor allem zur Information von BetriebsrätInnen und FunktionärInnen zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themenbereichen. Neben der Grundlagenarbeit hat die Niederösterreichische Arbeiterkammer im Jahr 2013 auch 69 wirtschaftlich relevante Gesetze begutachtet sowie 425 gewerberechtliche Stellungnahmen und die Beurteilung von Anträgen zur Bewilligung von Landes- und Bundesfördermitteln durchgeführt. Die bei der ECO-PLUS eingebrachten Anträge für Regionalisierungsprojekte wurden ebenfalls begutachtet. Weiters wirkten die AKNÖ-ExpertInnen bei der Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik, des Territorialen Beschäftigungspaktes und bei Arbeitsstiftungen aktiv mit und nahmen an der Arbeit der Wirtschaftsförderungsgremien teil.

Ausblick 2014

Die AKNÖ-Steuersparaktion wird auch 2014 wieder durchgeführt. Mit Spannung werden zudem wieder die Ergebnisse der Einkommensanalyse und vor allem – auch im Hinblick auf mögliche steuerpolitische Aspekte und Forderungen – die Daten der von der AKNÖ für 2014 vorgesehenen Pendleranalyse erwartet.

AKNÖ-Experte Dipl. Geogr. Thomas Kronister und seine KollegInnen aus der Abteilung Wirtschaftspolitik haben 2013 69 wirtschaftlich relevante Gesetze kritisch begutachtet.

Mobile Pflege: bessere Arbeitsbedingungen nötig!

Die mobile Krankenpflege entlastet Heime und Spitäler und damit die öffentlichen Haushalte der Bundesländer. Doch dabei wird zu wenig auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten geachtet. Ein Leitfaden zur Erhebung der Belastungen soll helfen, das zu ändern.

AKNÖ-Expertin Gabriele Schiener und AKNÖ-Vizepräsidentin Brigitte Adler (Bild Mitte) präsentierten bei einer Pressekonferenz den neuen Leitfaden für bessere Arbeitsbedingungen.

Sie sind sprichwörtlich bei Wind und jedem Wetter unterwegs, ihre Zeitpläne sind minutengenau und notgedrungen sehr knapp bemessen. Und, oft fehlt es in den Haushalten ihrer PatientInnen an den einfachsten Hilfsmitteln, problematisch ist auch die Hygiene der zu betreuenden Menschen.

Umfassendes Leistungsspektrum

Die mobilen Pflege- und Betreuungsdienste pflegen und betreuen Menschen mit körperlichen, geistigen und psychischen Erkrankungen, Menschen mit Behinderungen, Schwerkranke und Sterbende und helfen im Wohnumfeld der betreuten Menschen bei der Rehabilitation. Dieses umfangreiche Leistungsspektrum bringt mit sich, dass Beschäftigte in der mobilen Pflege und Betreuung, meistens Frauen, bei ihrer täglichen Arbeit hohen Anforderungen und Belastungen ausgesetzt sind. „Sie sind deshalb stärker belastet als viele andere Berufsgruppen“, weiß AKNÖ-Vizepräsidentin Brigitte Adler.

Psychischen Druck vermeiden helfen

Nachgefragt, wie groß diese Belastung ist, hat aber offenbar lange Zeit niemand. „Auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der mobilen Pflege wurde bisher zu wenig geachtet. Das muss sich ändern“, fordert AKNÖ-Vizepräsidentin Brigitte Adler. Die AKNÖ unterstützt deshalb eine Initiative, die das Arbeitsinspektorat 2012 gestartet hat, um die Arbeitsbelastungen und Arbeitsbedingungen zu erheben. Gemeinsam mit anderen Partnern wurde im Sommer 2013 ein Leitfaden erstellt, um die physischen und psychischen Belastungen der in der mobilen Krankenpflege Beschäftigten zu ermitteln.

„Damit können die Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie die Dienstgeber Schritt für Schritt überprüfen, wo Erleichterungen bei den Arbeitsgängen möglich und sinnvoll sind, um vor allem psychische Belastungen zu verringern“, so AKNÖ-Expertin Gabi Schiener.

Mobile Pflege in NÖ

Im Rahmen der mobilen Pflege werden österreichweit rund 140.000 Personen betreut. Niederösterreich ist im Bundesländervergleich – sowohl was die Anzahl der betreuten Personen als auch die Betreuungspersonen selbst anbelangt – hinter Wien an zweiter Stelle.

Zahlen laut Statistik Austria:

- 26.342 betreute Personen
- 4.034 Betreuungspersonen (2.732 Vollzeitäquivalente)
- 3.347.935 Leistungsstunden

Gesundheit

Schwerpunkte

Im Jahr 2013 legte die NÖ Arbeiterkammer den Fokus ihrer Tätigkeiten im Gesundheitsbereich einerseits auf die konkrete berufliche Situation der ArbeitnehmerInnen, die in den Gesundheits- und Sozialberufen tätig sind, und andererseits auf die aktuelle Gesundheitsreform mit all ihren Auswirkungen auf die reale Gesundheitsversorgung der Menschen in Niederösterreich. Im Zentrum standen hierbei die Versorgungsqualität im stationären und mobilen Bereich und die grundsätzliche Verbesserung der Arbeits- und Gehaltsbedingungen der in diesem Bereich Tätigen sowie die Kommunikation und kritische Analyse wesentlicher Neuerungen im Berufsrecht der medizinischen Assistenzberufe.

Weitere wichtige Themen waren neben der avisierten Registrierung insbesondere gezielte Informationen über die geplante Akademisierung ausgewählter Gesundheitsberufe und die Herausforderungen der demografischen Entwicklung, Stichwort „Aktives Altern“ und „Ambient Assisted Living“. Die Zusammenarbeit mit der PatientInnenanwaltschaft, der Ärztekammer NÖ, den NÖ Fachhochschulen sowie der Donau-Universität Krems wurde weitergeführt, aber auch mit internationalen wissenschaftlichen und gesundheitspolitischen Einrichtungen wurde kooperiert (in Israel, Russland und Deutschland).

Dienstleistungen

Das Aus- und Weiterbildungsangebot im Bereich des Gesundheitswesens und des ArbeitnehmerInnenschutzes ist auch im Jahr 2013 qualitativ kontinuierlich ausgebaut worden. Die AKNÖ-Sicherheits-und Gesundheitsakademie (SIGE) intensivierte mit den AKNÖ-ExpertInnen in 18 durchgeführten Seminaren auch den inhaltlichen Anspruch: Insgesamt 283 Teil-

Leistungen im Bereich Gesundheit

	Anzahl
Gesundheitsberatungen	614
Veranstaltungen Sicherheits- und Gesundheitsakademie (SIGE)	18
Gesetzesbegutachtungen	29
Auflage Zeitung AM PULS (5/Jahr)	200.422
Sonstige Veranstaltungen	11
BesucherInnen bei sonstigen Veranstaltungen	308

Für die AKNÖ stand 2013 die Versorgungsqualität im stationären und mobilen Bereich sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten im Vordergrund.

AM PULS

Nr. 3 / Juni 2013 Zeitschrift für Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe herausgegeben von AKNÖ und ÖGB

Erste Kinder-Reha-Klinik: Es kommt Bewegung rein

Gründer der Elterninitiative Markus Wieser: „Beste Qualität für Kinder und Arbeitsplätze" / S. 4

Endlich: 8,1 % KV-Erhöhung für Arztangestellte

Lebenshilfe-Wahl: Alle Mandate an BRV Weingartner

Pflegefrühling im Zeichen von Hoffnung und Zuversicht

Aufgrund der hohen Nachfrage nach der Zeitschrift AM PULS gab es 2013 eine zusätzliche Ausgabe.

nehmerInnen erweiterten und vertieften ihr Wissen in den verschiedenen Disziplinen, wie Arbeitsmedizin und -psychologie, Sicherheit am Arbeitsplatz und gesundes Führen. Wesentlich waren hierbei auch neue Angebote im Bereich des aktiven und gesunden Alterns, wobei hier mit vielen praktischen Übungen der Blick auf die Ressourcenstärkung und Förderung der Resilienz gelenkt wurde. Zusätzlich zum Ausbildungsangebot gehören auch die Beratungen zu den ganz wesentlichen Dienstleistungen, die die AKNÖ ihren Mitgliedern bietet.

2013 stieg der Bedarf der Beratungen um über 80 Prozent auf 614 Anfragen. Zentrale und diffizile Fragestellungen waren hierbei die Änderungen im Berufsrecht, wie zum Beispiel im Medizinischen Assistenzberufe-Gesetz, sowie Beratungen über die Möglichkeiten zur Verringerung der emotionalen Erschöpfung, die ergonomisch richtige Gestaltung von Arbeitsplätzen und Ansprüche auf Kostenersatz für Arbeitskleidung.

Drei große Veranstaltungen im Gesundheitsbereich sollen für das Jahr 2013 exemplarisch genannt werden: der überaus gelungen durchgeführte 3. Tag der NÖ Gesundheitsberufe, der erneut gemeinsam mit der NÖ Ärztekammer in St. Pölten stattfand, die zweitägige Frauenmesse „Gesundheit für Sie", die unter hoher Besuchsbeteiligung gemeinsam mit den niederösterreichischen Gesundheitspartnern stattfand, und die Kooperation mit Ministerien sowie der bilateralen russisch-österreichischen Wirtschaftskommission, auf deren Einladung die Expertise der AKNÖ zum Thema „Gesundheit, Alter und Beschäftigung" Vorträge zur österreichischen Gesundheitsreform in Lipezk hielt und so auch im Jahr 2013 erfolgreich das EU-Jahr des „Aktives Altern" weiterführen konnte.

Die AKNÖ-Zeitung für Gesundheitsberufe AM PULS stieß im Jahr 2013 auf so hohes Interesse, dass die Auflage erneut erhöht werden musste, konkret von 154.500 auf rund 200.000 Exemplare, und im Berichtsjahr wurde erstmalig auch eine fünfte Nummer dieser bei den Beschäftigten in Gesundheitsberufen sehr beliebten Zeitschrift herausgegeben.

Auch die Nutzung der Publikationen im Gesundheitsbereich schnellte in die Höhe: 15.026 Broschüren und Druckwerke – wie beispielsweise der kompakte Leitfaden für die mobile Pflege und Betreuung, an dessen inhaltlicher Konzeption die AKNÖ maßgeblich beteiligt war – wurden an AKNÖ-Mitglieder verschickt, und insgesamt 6.681 Downloads an gesundheitsorientierten Informationsmaterialien konnten auf der Homepage der AKNÖ verzeichnet werden.

Fotolia

Die Expertise der AKNÖ zu den Themen Gesundheit, Alter und Beschäftigung wird auch international nachgefragt.

Interessenvertretung

Alleine im Bereich Gesundheitswesen erhöhte sich die Anzahl der Begutachtungen von Gesetzen und Verordnungen auf 29 teils sehr umfangreiche Schriftstücke, unter anderem zur GuKG- und MTD-Novelle, zum Gesundheitsreformgesetz und zur Novelle der NÖ Sozialbetreuungs-Ausbildungsverordnung sowie zum NÖGUS-Gesetz. Gemeinsam mit der NÖ Ärztekammer arbeitete die AKNÖ auch weiterhin an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen des ärztlichen und nicht ärztlichen Personals. Wesentlich war hierbei auch die Auswertung des St. Pöltner Appells, der von den Betroffenen mit hohem Engagement vorangetrieben worden war und dessen Ergebnisse im Zentrum der politischen Forderungen standen.

Die AKNÖ-GesundheitsexpertInnen haben 29 Gesetzesbegutachtungen durchgeführt.

An der Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans für Bewegung (NAP) war die Niederösterreichische Arbeiterkammer maßgeblich beteiligt. Eine weitere intensive interessenpolitische Zusammenarbeit erfolgte im Projekt „Invalidität im Wandel II“ des BMASK sowie am Projekt „Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen“ und in der Plattform der WKO zum Thema Gesundheitswirtschaft. Zudem arbeitete die NÖ Arbeiterkammer intensiv an der Etablierung des Pflegekonsiliums – der Plattform der Berufsverbände für Pflege und der Arbeiterkammern – und in der niederösterreichischen Plattform für „Betriebliche Intervention und Gesundheitsförderung“ mit.

Ausblick 2014

Die Situation der Beschäftigten in Niederösterreich wird auch 2014 im Mittelpunkt der Aktivitäten im Gesundheitswesen und ArbeitnehmerInnenschutz stehen. Insbesondere Fragen des betrieblichen Eingliederungsmanagements sowie der altersgerechten Anpassung der Arbeitswelt stehen im Vordergrund. Die technischen Vorbereitungen zur Registrierung der nicht ärztlichen Gesundheitsberufe wurden bereits getroffen, die erneute parlamentarische Beschlussfassung bleibt abzuwarten. Weitere zentrale Themen werden sein: Fragen der Weiterentwicklung der Berufsrechte der Gesundheitsberufe sowie Fragen der Wissenschaftsstrategie für nicht ärztliche Gesundheitsberufe, die Bewertung der Umsetzung der Gesundheitsreform – Stichwort Barrierefreiheit, Gesundheitsbelastungen insbesondere auch der älteren ArbeitnehmerInnen und besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen wie Jugendliche und Kinder, die Rolle der Arbeits- und Organisationspsychologie sowie Vorarbeiten und Maßnahmen für den Erhalt der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz.

Ein zentrales Thema wird 2014 die Frage der Weiterentwicklung der Berufsrechte in den Gesundheitsberufen sein.

Hochwasser 2013: rasche und direkte Hilfe für AKNÖ-Mitglieder

Das Hochwasser im Juni 2013 hat verheerende Schäden in Niederösterreich angerichtet und die Existenzen vieler ArbeitnehmerInnen bedroht. Die AKNÖ konnte ihren Mitgliedern schnell und unbürokratisch mit bis zu 1.000 Euro helfen.

Rasche Hilfe ist doppelte Hilfe. AKNÖ-Präsident Markus Wieser und der Bezirksstellenleiter Peter Reiter überreichten Familie Steinbauer persönlich die 1.000 Euro Hochwasserhilfe.

Die Familie Steinbauer zählt zu den Hochwasseropfern in Melk. Fast der gesamte Wohnraum wurde zerstört und vor allem das Erdgeschoss muss komplett renoviert werden. Ein Fall für die AKNÖ-Hochwasserhilfe. AKNÖ-Präsident Markus Wieser und Bezirksstellenleiter Peter Reiter besuchten die Familie nach dem Hochwasser und überbrachten die 1.000 Euro Hochwasserhilfe persönlich. „Man ist sehr betroffen, wenn man die schwere Situation der Menschen sieht. Wir freuen uns, dass wir helfen konnten.“ So wie Familie Steinbauer konnte die AKNÖ schnell und unbürokratisch weiteren 88 Menschen und Familien, deren Existenzen durch das Hochwasser bedroht waren, mit bis zu 1.000 Euro helfen. Damit konnten Mitglieder dringend notwendige Haushaltsgeräte ersetzen, Malerarbeiten oder andere Reparaturen finanzieren.

Sofortige Hilfe vor Ort

Die rasche Hilfe und unproblematische Antragstellung standen bei der AKNÖ-Hochwasserhilfe im Vordergrund. „Wir sind für unsere Mitglieder auch in schwierigen Zeiten da. Mit der AKNÖ-Hochwasserhilfe konnten wir ihnen vor Ort helfen und sie in einer schwierigen Lebenssituation unterstützen“, erklärt AKNÖ-Präsident Markus Wieser. Insgesamt wurde in den Bezirken Amstetten, Krems, Hainburg, Tulln, Hollabrunn, Melk, St. Pölten und Waidhofen/Thaya 57.400 Euro an die Mitglieder ausbezahlt. Bei vielen der bewilligten Anträge konnte mit dem Maximalbetrag von 1.000 Euro geholfen werden.

Information über die Serviceangebote

Besonders stark war Melk vom Hochwasser betroffen – massive Zerstörungen und Schäden an Häusern, Einrichtungen und Geräten. „Rund 70 Prozent der AKNÖ-Hochwasserhilfe wurden deshalb in Melk ausbezahlt“, so Reiter. Die AKNÖ konnte 54 ArbeitnehmerInnen in Melk mit insgesamt rund 40.000 Euro helfen.

AKNÖ-Hochwasserhilfe einst und jetzt

Die AKNÖ-Hochwasserhilfe hat ihren Ursprung im Jahr 2002. Die „Jahrhundertflut“ hielt Österreich in Atem und schnelle Hilfe wurde benötigt. Die AKNÖ konnte ihren Mitgliedern mit Soforthilfen und zinsfreien Krediten helfen. 2002 wurde Mitgliedern mit insgesamt über einer Million Euro geholfen, 2.500 Soforthilfen und rund 700 zinsenfreie Kredite wurden vergeben. Damals wurden von der AKNÖ auch Info-Veranstaltungen über die steuerliche Absetzbarkeit von Schäden mit über 1.000 Hochwasseropfern in allen betroffenen Gebieten abgehalten. Das war die Geburtsstunde einer der erfolgreichsten Aktionen, der AKNÖ-Steuersparwochen, die auch 2014 wieder angeboten werden.

Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen

Schwerpunkte

Die landesweite Info-Tour war im Jahr 2013 vom Umfang und der Zahl des eingesetzten Personals aus betrachtet wohl die größte Aktion der NÖ Arbeiterkammer. Dabei wurden von 2. April bis 31. Mai 2013 über 4.600 Betriebe besucht und die MitarbeiterInnen direkt vor Ort einerseits über die Leistungen der AKNÖ und über die 2014 bevorstehende AK-Wahl informiert. Andererseits haben die Beschäftigten die Möglichkeit erhalten, im direkten Kontakt mit AKNÖ- und ÖGB-NÖ-MitarbeiterInnen ihre Sorgen und Probleme darzulegen. Bei der Info-Tour wurden von 809 Teams rund 147.000 Beschäftigte direkt angesprochen und fast 230.000 Infopakete verteilt.

Eine gemessen am personellen Aufwand der Info-Tour kleine, aber nicht minder wichtige Aktion war die Hochwasserhilfe für AKNÖ-Mitglieder. Denn kurz nach dem Ende der Info-Tour der AKNÖ standen Anfang Juni Teile Niederösterreichs aufgrund von Unwettern unter Wasser. Das Hochwasser bedrohte viele Ortschaften, vor allem entlang der Donau. Die AKNÖ konnte betroffenen Mitgliedern mit Mitteln aus dem Katastrophenfonds rasch und unbürokratisch helfen.

Im Rahmen ihrer interessenpolitischen Tätigkeiten setzte sich die AKNÖ für eine umfassende, hochwertige, effiziente, sozial orientierte und für alle leistbare Versorgung der Bevölkerung mit den entsprechenden Dienstleistungen, wie Bahn- und öffentlicher Personennahverkehr, Energie, Wasser, Müllabfuhr und Kindergärten, ein.

Dienstleistungen

Die AKNÖ stellt mit ihrem Bezirksstellennetz und zahlreichen ExpertInnen eine wesentliche Anlaufstelle dar, wenn es um allgemeine rechtliche Auskünfte oder etwa auch um Anliegen der PendlerInnen oder um Probleme mit Grundwasser und Lebensmitteln geht. Neben rund 220.000 KundInnen-Kontakten konnten in den 21 Bezirksstellen sowie Fachabteilungen der AKNÖ über 1.600 Beratungen zu den Themen „Pendeln“, „Umwelt“, „Energie“, „Verkehr“ und „Öffentliche Leistungen“ durchgeführt werden. Die Mitglieder informierten sich über die Wasser- und Lebensmittelqualität sowie über das Abfallwirtschaftsgesetz und die Müll-, Kanal- und Wassergebühren. Und: Nach wie vor wird Unmut über die in Niederösterreich eingehobene Seuchenvorsorgegebühr geäußert.

AKNÖ-Bezirksstellenleiterin Danja Wanner (Mitte) tourte mit ihrem Team durch die Betriebe im Bezirk Baden. Insgesamt besuchten 809 Info-Tour-Teams 4.600 Betriebe mit 147.000 Beschäftigten in Niederösterreich.

In regelmäßigen Kontakten mit den ÖBB und dem VOR wurden die Probleme der niederösterreichischen PendlerInnen diskutiert und die AKNÖ hatte die Möglichkeit, auf Probleme aufmerksam zu machen und Verbesserungen einzufordern. Auch im Jahr 2013 wurden PendlerInnen, welche keinen Zugang zum Internet haben, mit Fahrplaninformationen versorgt, die ausgedruckt und per Post übermittelt wurden. Bei persönlichen und telefonischen Beratungen standen neben den Fragen zum Thema „Wasser" vor allem Anfragen zur Lebensmittelqualität im Mittelpunkt. Wichtige Umweltthemen betrafen aber auch das Abfallwirtschaftsgesetz sowie die Müll-, Kanal- und Wassergebühren.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen

	Anzahl
Auskünfte (Kundenkontakte)	219.083
Beratung sonstige Themen	1.447
Beratung Umwelt, Energie, Verkehr	105
PendlerInnen-Beratungen	65
Gesetzesbegutachtungen	240
LaienrichterInnen-Einsätze	445
JubilarInnen-Ehrungen	137

Interessenvertretung

Seit Jahren ist auch die wissenschaftliche Enquete „Dialogforum Hirschwang" ein Fixpunkt für Grundlagenarbeit und Interessenvertretung der AKNÖ. Im Herbst 2013 wurden unter dem Titel „Überversorger – Unterversorger – Nahversorger" die Entwicklungsperspektiven der Gemeinden von WissenschafterInnen, FunktionärInnen und AKNÖ-ExpertInnen diskutiert und analysiert. In fünf Workshops wurde über Gemeindekooperationen oder -fusionen, Finanzausgleich, Daseinsvorsorge, Arbeitsplätze durch Investitionen und internationale Vernetzung von Gemeinden nachgedacht. Die Ergebnisse der Workshops wurden in einem Tagungsband publiziert.

So wie die Expertise der AKNÖ-ExpertInnen von WissenschafterInnen und GewerkschafterInnen sehr geschätzt wird, ist sie auch aus dem politischen Diskurs in Niederösterreich nicht mehr wegzudenken. Die AKNÖ hat im Jahr 2013 die Dokumentation und Analyse des Angebots an institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen fortgesetzt. Sie zeigt: In Niederöster-

Das Dialogforum Hirschwang stellt einen Beitrag zur Grundlagenforschung der AKNÖ dar. 2013 wurde in fünf Intensiv-Workshops an den Entwicklungsperspektiven von Gemeinden gearbeitet.

reich fehlt noch immer eine flächendeckende Versorgung mit passenden Öffnungszeiten und genügend Krippenplätzen. So sind noch immer Einrichtungen für unter 2-Jährige im Vergleich zu den Kindergärten kaum vorhanden: 1.092 Kindergärten stehen lediglich 38 Krippen und 109 altersgemischte Einrichtungen gegenüber. Damit hat sich im Jahresvergleich keine Verbesserung der Situation ergeben. Die AKNÖ fordert deshalb mehr Engagement des Landes in den ländlichen Regionen.

Das Angebot an leistbarem Wohnraum in Niederösterreich ist ein wesentlicher Schwerpunkt der interessenpolitischen Aktivitäten der AKNÖ, da die Menschen immer mehr ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben müssen. Hier fordert die AKNÖ die (Wieder-)Einführung der Zweckbindung der Mittel für die Wohnbauförderung, um mehr leistbaren Wohnraum zu schaffen und wirtschaftliche Impulse zu setzen. Gleichzeitig ist auch der Ausbau der Subjektförderschiene der Wohnbauförderung, sprich der Wohnbeihilfe, als Ergänzung zur Objektförderung über Darlehen, Zins- und Annuitätenzuschüsse erforderlich.

Im Verkehrsbereich war die AKNÖ in Begutachtungsverfahren für Konzessionserteilungen und -enthebungen von Kraftfahrlinien eingebunden. Die ExpertInnen der Arbeiterkammer und des ÖGB sind seit 2009 Mitglieder der Prüfungskommission des Landes NÖ für die Abnahme der Prüfung zum Nachweis der Grundqualifikationen für die gewerbsmäßige Beförderung von Gütern mit Lkws sowie der Personenbeförderung mit Bussen.

Die AKNÖ-VertreterInnen leisteten auch bei der Beurteilung von Umweltgütekriterien und Lebensmittelgütezeichen sowie in der Gentechnikkommission wertvolle Arbeit. Darüber hinaus sind AKNÖ-ExpertInnen 445-mal als LaienrichterInnen im Einsatz gewesen und haben im Bereich Gesellschaftspolitik und öffentliche Leistungen 240 Gesetzesbegutachtungen durchgeführt.

Die AKNÖ veröffentlichte auch 2013 wieder ihre Analyse „Institutionelle Kinderbetreuung in NÖ“.

Ausblick auf 2014

Das Dialogforum Hirschwang 2014 wird sich mit der Zukunft der Arbeit befassen. Im Rahmen eines Gebührenmonitorings werden die Kosten für Ver- und Entsorgung von Wasser, Abwasser und Müll dokumentiert und analysiert sowie neue verkehrspolitische Standpunkte für die Ostregion erarbeitet. Die neue AKNÖ-PendlerInnen-Analyse 2014 wird zudem Grundlagen für die interessenpolitischen Forderungen der AKNÖ liefern. Kooperationen mit wissenschaftlichen Einrichtungen werden mit dem Ziel fortgesetzt, Diplomarbeiten, Bachelor- und Masterarbeiten, die sich mit arbeitnehmerrelevanten Problemen beschäftigen, zu fördern.

ÖBB/Robert Deopito

2014 wird die NÖ Arbeiterkammer wieder eine neue PendlerInnen-Analyse präsentieren, die auch als Grundlage für verkehrspolitische Forderungen der AKNÖ dienen wird.

Ein großes Fest für Jung & Alt

Die Familienfeste von AKNÖ und ÖGB punkten mit einem reichen Angebot an Spiel, Spaß und Unterhaltung. 2013 fanden vier Feste in den Vierteln Niederösterreichs statt.

Viel Spaß hatten vor allem die Kids bei den vier AKNÖ/ÖGB-Familienfesten.

Hochwasserfolgen in Stockerau, Regen in Sigmundsherberg, Rekordbesuche in Wiener Neustadt und Wieselburg. Die Familienfest-Reihe der Niederösterreichischen Arbeiterkammer und des ÖGB NÖ zog bei abwechselnder Großwetterlage eine tolle Bilanz.

Sport, Spiel und Spaß

Trotz Nachwirkungen der Hochwasserkatastrophe in Niederösterreich kamen Mitte Juni zum Familienfest am Gelände des Stockerauer Sportzentrums „Alte Au“ knapp 200 BesucherInnen. Und auch in Sigmundsherberg tat der Regen der guten Laune keinen Abbruch. Dort kamen 500 BesucherInnen zum Spektakel rund ums Eisenbahnmuseum. Dagegen lockte ein perfekter Spätsommersonntag fast 1.100 BesucherInnen ins Wiener Neustädter Stadion, wo die Nachwuchskicker des SC Wiener Neustadt unter der AKNÖ-Patronanz erfolgreich ihre Meisterschaftsspiele austrugen. Außerdem konnten die Kids auf einer Kart-Bahn ihre Geschicklichkeit unter Beweis stellen. Alle BesucherInnen-Rekorde brach Mitte Oktober dann die Veranstaltung in Wieselburg. Es kamen über 1.200 Menschen zum Fest am Messegelände. Sport, Spaß, Spiel und die Quizveranstaltungen sorgten jedenfalls für viel Spannung und Unterhaltung bei den vier Veranstaltungen. Insgesamt kamen zu den Veranstaltungen in Stockerau, Sigmundsherberg, Wiener Neustadt und Wieselburg rund 3.000 BesucherInnen, darunter auch zahlreiche Ehrengäste wie etwa Wiener Neustadts Bürgermeister Mag. Bernhard Müller. „Wir sind für die Menschen nicht nur starke Partner in der Arbeitswelt, wir sind auch starke Partner der Familien“, fasste AKNÖ-Präsident Markus Wieser die hinter den Festen stehende Idee zusammen.

Hitverdächtige vida-Palatschinken

Als Megahit bei den vier Veranstaltungen erwiesen sich die Palatschinken am Stand der Gewerkschaft vida. Sie waren der absolute kulinarische Renner und gingen mehrere Tausend Mal über die Theke.

AKNÖ/ÖGB-Familienfest

Mit einem ansprechenden Kinderprogramm, einem interessenpolitischen Quiz nach dem Vorbild der „Millionenshow“ und einem vielfältigen Rahmenprogramm von Fachgewerkschaften und Kooperationspartnern konnten die AKNÖ/ÖGB-Familienfeste in allen vier Vierteln Niederösterreichs eine Punktlandung verzeichnen.

- 23. Juni 2013, Stockerau: 200 BesucherInnen
- 24. August 2013, Sigmundsherberg: 500 BesucherInnen
- 8. September 2013, Wiener Neustadt: 1.100 BesucherInnen
- 20. Oktober 2013, Wieselburg: 1200 BesucherInnen

Kultur, Freizeit und Sport

Schwerpunkte

Im Jahr 2013 hat die AKNÖ gemeinsam mit dem ÖGB die 2011 begonnene Veranstaltungsreihe „Begegnung in der Region“ unter dem neuen Namen „AKNÖ/ÖGB-Familienfest“ in allen vier niederösterreichischen Vierteln fortgeführt. Im November 2013 fand als Pilotprojekt der erste AKNÖ/ÖGB-Kart-Grand-Prix statt und übertraf alle Erwartungen: Innerhalb weniger Tage war der Bewerb mit 180 TeilnehmerInnen ausgebucht! Wegen des großen Interesses an der „Formel 1“ für ArbeitnehmerInnen wird 2014 ein niederösterreichweiter Kart-Bewerb durchgeführt. Daneben erfreuten sich vor allem die Betriebssportangebote der AKNÖ einer regen Teilnahme. Auch im Kulturbereich beschritt die AKNÖ neue Wege.

Über 3.100 Personen nahmen 2013 an den Sportwettbewerben der AKNÖ teil.

Wintersporttage

Die AKNÖ/ÖGB-Wintersporttage erfreuen sich von Jahr zu Jahr größerer Beliebtheit – für Wintersportfans bieten die Wintersporttage alles, was das Herz begehrt: Gratis-Skifahren, -Snowboarden oder -Langlaufen in einem niederösterreichischen Skigebiet. 2013 konnten zwei Wintersporttage in Karlstift und in Puchenstuben mit 1.200 Sportbegeisterten abgehalten werden. Ein vorgesehener dritter Wintersporttag in Hollenstein musste wegen Schneemangels abgesagt werden.

Sportbewerbe

Ob beim Betriebsfußballcup oder bei den Kegelmeisterschaften – was bei den Sportbewerben von AKNÖ und ÖGB zählt, sind Spielfreude, Ehrgeiz und Teamplay. Neben dem Fußballcup und dem Kegelwettbewerb veranstaltete die AKNÖ auch einen Hallenfußballcup für SeniorInnen und eine Stocksportmeisterschaft. Dabei wurden über 100 Sportveranstaltungen organisiert. Insgesamt nahmen an den Sportbewerben über 3.100 Personen teil. Als zusätzliches Service in Kooperation mit den AKNÖ-Bezirksstellen war im Programm: eine Fackelwanderungen (250 TeilnehmerInnen) und eine Sportartikeltauschbörse, die von 500 Personen genutzt wurde.

Kulturveranstaltungen

Im Kulturbereich der AKNÖ war 2013 ein Jahr der großen Veränderungen. Unter dem Motto „Wir fördern Kultur“ wurde ein neues auf Sponsoring basiertes Kulturprogramm der AKNÖ auf die Beine gestellt. Die AKNÖ hat mit zahlreichen Kulturschaffenden in Niederösterreich, wie Gemeinden, Kulturvereinen und Wirtshausbühnen, Kooperationen vereinbart. Insgesamt wurden so 460 Veranstaltungen mit 31.160 Euro unterstützt, die von 93.000 Personen besucht wurden. 7.500 AKNÖ-Mitglieder nutzten mit dem Mitgliedsausweis, der AKNÖ-Servicekarte, den Rabatt von bis zu 20 Prozent beim Kauf der Eintrittskarten.

Die AKNÖ fördert mit einem neuen Sponsoring-Konzept 460 Kulturveranstaltungen in Niederösterreich.

Leistungen im Bereich Kultur, Freizeit und Sport

	Anzahl
TeilnehmerInnen bei vier Veranstaltungen „AKNÖ/ÖGB-Familienfest“	3.000
TeilnehmerInnen Sportwettbewerbe	3.100
TeilnehmerInnen bei zwei Wintersporttagen	1.200

Standortentwicklung

IST AUFBAUEND.
Thomas Gerstbrein, arbeitet für das Veranstaltungsservice
HAT EINEN PLAN.
Christian Fürst, sorgt für den reibungslosen Ablauf bei Veranstaltungen
MACHT EINDRUCK.
Barbara Großschmidt, setzt Druckaufträge für Broschüren & Plakate um

Standortentwicklung St. Pölten

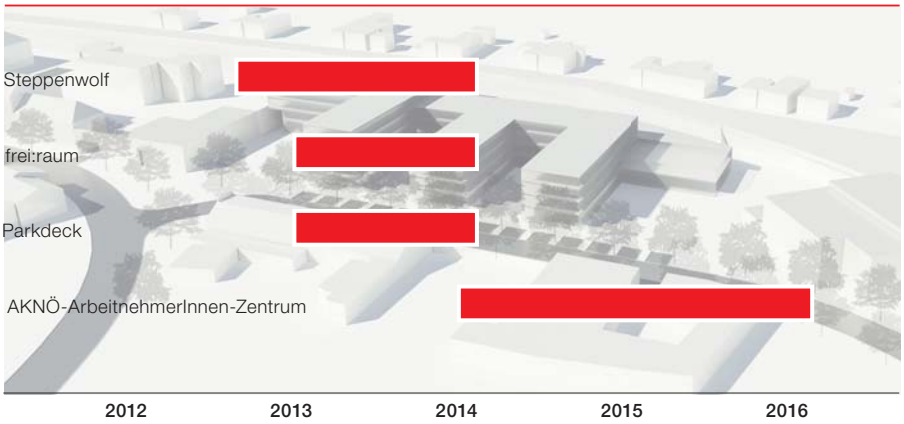
Bei der Gleichenfeier am 22. April 2013 staunten die Gäste über den raschen Baufortschritt und besichtigten die neue Skatehalle ebenso wie die Beratungsbüros des Jugendzentrums Steppenwolf.

Das ArbeitnehmerInnen-Zentrum nimmt Gestalt an

Das gesamte Bauvorhaben der AKNÖ in der Landeshauptstadt St. Pölten am Areal Herzogenburgerstraße ist in der Planung in drei Teilprojekte gegliedert worden. Ausschlaggebend dafür war die vertraglich mit der Stadt St. Pölten vereinbarte Integration der am Grundstück bereits bestehenden Einrichtungen Jugendzentrum Steppenwolf und Kulturhalle frei:raum.

Das AKNÖ-Bauprojekt

Der Zeitplan



Beide Einrichtungen waren aber ungünstig für die Errichtung des Bürogebäudes der AKNÖ situiert. Daher wurde eine Standortverlegung am Areal beschlossen und das Bauvorhaben in entsprechende Phasen unterteilt, um einen möglichst langen Betrieb der Einrichtungen während des gleichzeitigen Neubaus zu ermöglichen. Als günstige Standorte wurden die Verlagerung des Jugendzentrums nach Norden und die Integration der Kulturhalle in das Parkdeck der AKNÖ beschlossen.

Steppenwolf und frei:raum bereits fertig

Als erstes Baulos wurden daher die Abbrucharbeiten und Fundamentierungsarbeiten am Hauptareal sowie der Neubau des Jugendzentrums Steppenwolf nach dem Spatenstich 2012 gestartet. Das Jugendzentrum wurde gemeinsam mit den Betreibern nach den Vorstellungen der NutzerInnen geplant und umgesetzt. Trotz eines besonders kalten und schneereichen Winters 2012/2013 konnte der Rohbau im Frühjahr fertiggestellt werden. Am 22. April konnte sich die Arbeiterkammer bereits bei den Bauarbeitern mit einer stimmungsvollen Gleichenfeier bedanken.

Mit der Insolvenz der Firma Alpine kam im Frühsommer allerdings der Baufortschritt fast zum Stillstand, es konnten aber die noch offenen Gewerke durch neuerliche Ausschreibungen oder Direktvergaben nach eingehender juristischer Prüfung rasch weitergeführt werden. Im Dezember 2013 wurde das Gebäude so weit übergeben, dass das Team des Jugendzentrums mit den eigenen Übersiedlungs- und vor allem Innenausbauten durchstarten konnte.

Die Schlüsselübergabe durch AKNÖ-Präsident Markus Wieser an Bürgermeister Mag. Matthias Stadler und die Leiterin des Jugendzentrums Steppenwolf, DSA Barbara Obernigg, symbolisierte den Startschuss des neuen Steppenwolf.

Startschuss für Bauabschnitt 2 war im Frühsommer 2013. Der Bau des Parkdecks wurde an die Firma Goldberg-Rhomberg vergeben, die österreichweit mit einem neuen und günstigen System für Parkdecks für Furore sorgt. In dieses Parkhaus wurde der Neubau der Jugendkulturhalle frei:raum integriert. Hier war das Planungs- und das Umsetzungsteam vor besonders große Herausforderungen gestellt, galt es doch einen Konzertsaal wieder zu errichten, der in Österreich wegen seiner guten Akustik einen Namen hatte. Gleichzeitig sollten beim Neubau die Erfahrungen aus dem laufenden Betrieb einfließen, um Bewährtes zu erhalten, aber dort Neues zu planen, wo es notwendig war. So wurde der Eingang zur Kulturhalle zum Beispiel im hinteren Teil des Areals geplant, um künftig die Lärmbelästigung für AnrainerInnen nochmals zu minimieren.

Nach der Schlüsselübergabe für den neuen frei:raum sind noch zahlreiche Innenausbauten zu erledigen.

Der Baufortschritt war rasch und am 17. September 2013 konnte die AK alle Verantwortlichen und vor allem die Bauarbeiter zu einer Gleichenfeier einladen. Der Bau wurde im Dezember übergeben, der Umzug aus den alten Räumen musste über den Jahreswechsel

Der neue frei:raum bietet in Zukunft rund 300 BesucherInnen Platz bei Konzerten, Lesungen und Vorträgen.

2013/2014 erfolgen. Neben den Jugendzentren hatte die Stadt St. Pölten am Gelände auch noch die veterinärmedizinische Untersuchungsanstalt der Stadt untergebracht. Diese wurde 2013 vollständig abgesiedelt und auch eine im Gebäude befindliche Wohnung aufgelöst. Mit Ende November war dieses Gebäude dann auch frei und konnte abgerissen werden. Zum Jahreswechsel 2014 war das gesamte Areal schließlich für den Hochbau des Bürogebäudes bereit, sodass der dritte und finale Bauabschnitt für das neue ArbeitnehmerInnen-Zentrum am 7. Jänner 2014 gestartet wurde.

Beim Hochbau des Bürogebäudes haben sich die AKNÖ-Gremien für eine EU-weite Vergabe an einen Totalunternehmer entschieden. Die Bietergemeinschaft Gerstl-Steiner gab das beste Angebot ab.

EU-weite Vergabe an Totalunternehmer

Für den Hochbau des Bürogebäudes haben sich die Gremien der Niederösterreichischen Arbeiterkammer zur Vergabe an einen Totalunternehmer entschieden. Diese Vergabe soll gewährleisten, dass es zu einer Einhaltung der Kosten kommt und gleichzeitig ein Großteil der Wertschöpfung des Neubaus in der Ostregion verbleiben kann. Dabei wurde nicht nur der Hochbau ausgeschrieben, sondern auch schon die Gebäudetechnik für den späteren Betrieb. Das soll sicherstellen, dass nicht nur günstig gebaut wird, sondern auch die Betriebskosten über den Lebenszyklus des Gebäudes niedrig bleiben. Damit kann das Ziel verwirklicht werden, dass der Neubau der AKNÖ-Zentrale durch günstigere Betriebskosten mittelfristig wirtschaftlicher wird als der Verbleib in den derzeit genutzten alten Gebäuden in der Windmühlgasse in Wien. Die EU-weite Ausschreibung wurde als mehrstufiges Verfahren durchgeführt. Letztendlich gab die Bietergemeinschaft Gerstl-Steiner das beste Angebot ab. Die renommierten Bauunternehmen sind in Niederösterreich, Wien und Oberösterreich beheimatet und haben mit ihren Referenzprojekten unter Beweis gestellt, ein solches Bauvorhaben abwickeln zu können. Am 17. Dezember 2013 konnte der Vorstand der AK Niederösterreich formell die Vergabe bestätigen und der Hochbau für das Bürogebäude im ArbeitnehmerInnen-Zentrum St. Pölten gestartet werden.

Die neue Welt des Arbeitens

Der Neubau der Zentrale in St. Pölten soll nicht nur eine örtliche Veränderung bringen. Der Neubau bietet auch die Chance, einige Arbeitsprozesse zu durchleuchten und durch die verbesserte Infrastruktur in einem modernen Bürogebäude auch neue Arbeitsformen zuzu-

Die neue Welt des Arbeitens hat auch Auswirkungen auf die Gestaltung von Arbeitsräumen in der neuen AKNÖ-Zentrale.

lassen. Es wurde daher Anfang 2013 das Programm „Neue Welt des Arbeitens (New World of Work 2020)“ begonnen. Dieses enthält zahlreiche Einzelprojekte, wie sich die Arbeitsprozesse in der NÖ Arbeiterkammer bis zum Jahr 2020 entwickeln sollen. Dabei werden neue Technologien ebenso zum Einsatz kommen wie veränderte Arbeitsformen.

Und weil diese Arbeitsformen auch andere Büroaufteilungen erfordern oder ermöglichen, wurde im Herbst 2013 zusätzlich das Programm „Activity based working“ gestartet. In diesem Programm überlegen sich die einzelnen Organisationseinheiten sehr genau, ob sogenannte Kombibüros ihre Arbeitsprozesse ideal unterstützen oder ob andere Raumeinteilungen geeigneter sind.

Gemeinsam mit den einzelnen Organisationseinheiten werden seit Herbst 2013 Workshops zum Thema „Activity based working“ durchgeführt.

Mit beiden Projekten wird die AKNÖ nicht nur die eigenen Arbeitsprozesse optimieren und für die Zukunft ausrichten. Sie gewinnt durch eigene Erfahrungen aber auch höhere Beratungskompetenz für ihre Mitglieder, die sich in einer ändernden Arbeitswelt ebenfalls solchen Transformationen gegenübersehen.

Das ArbeitnehmerInnen-Zentrum im Detail

Das Gebäude

- 4 Stockwerke und Untergeschoß
- Bruttogeschoßfläche: 18.000 m²
- Nettogeschoßfläche: 16.150 m²
- Barrierefreier Zugang
- Barrierefreiheit im Haus
- Flexible, reversible Bürobereiche mit offenen Kommunikationsflächen

Steppenwolf

- Jugendzentrum der Stadt St. Pölten

Der Bürobetrieb

- Beratungszentrum
- Wartebereiche für KundInnen
- Offener Empfang
- Moderne Büroräume
- 250 Arbeitsplätze
- Besprechungszimmer in allen Stockwerken
- Teeküchen in den Bürobereichen

ÖGNI
AUSTRIAN SUSTAINABLE BUILDING COUNCIL

Ökologie und Standards

- Niedrigstenergiehaus-Standard
- Gebäudezertifizierung nach ÖGNI-Silber vorgesehen
- Nutzung von erneuerbaren Energiequellen
- Heizung über Grundwasser-Wärmepumpe und Fernwärme (Spitzenabdeckung)
- Thermische Solaranlage zur Ergänzung in der Übergangszeit und für Warmwasser im Sommer
- Fotovoltaik: 300 m², Leistung 40 kWp
- Modernste Haustechnik und elektrotechnische Anlagen

Das Veranstaltungszentrum

- 3 flexible Säle für bis zu 420 Personen
- Seminarbereich mit 3 flexiblen Seminarräumen
- Workshopbereich für Schulklassen
- Speisesaal/Bistro mit Cafeteria und Terrassenflächen

Das Logistikzentrum

- Hauseigenes Lager- und Logistikzentrum
- Hausinterne Kopierstraße

frei:raum und Parkdeck

- Kulturhalle der Stadt St. Pölten
- Parkdeck mit 276 Stellplätzen und E-Tankstellen

ÖGB | Niederösterreich

bfi

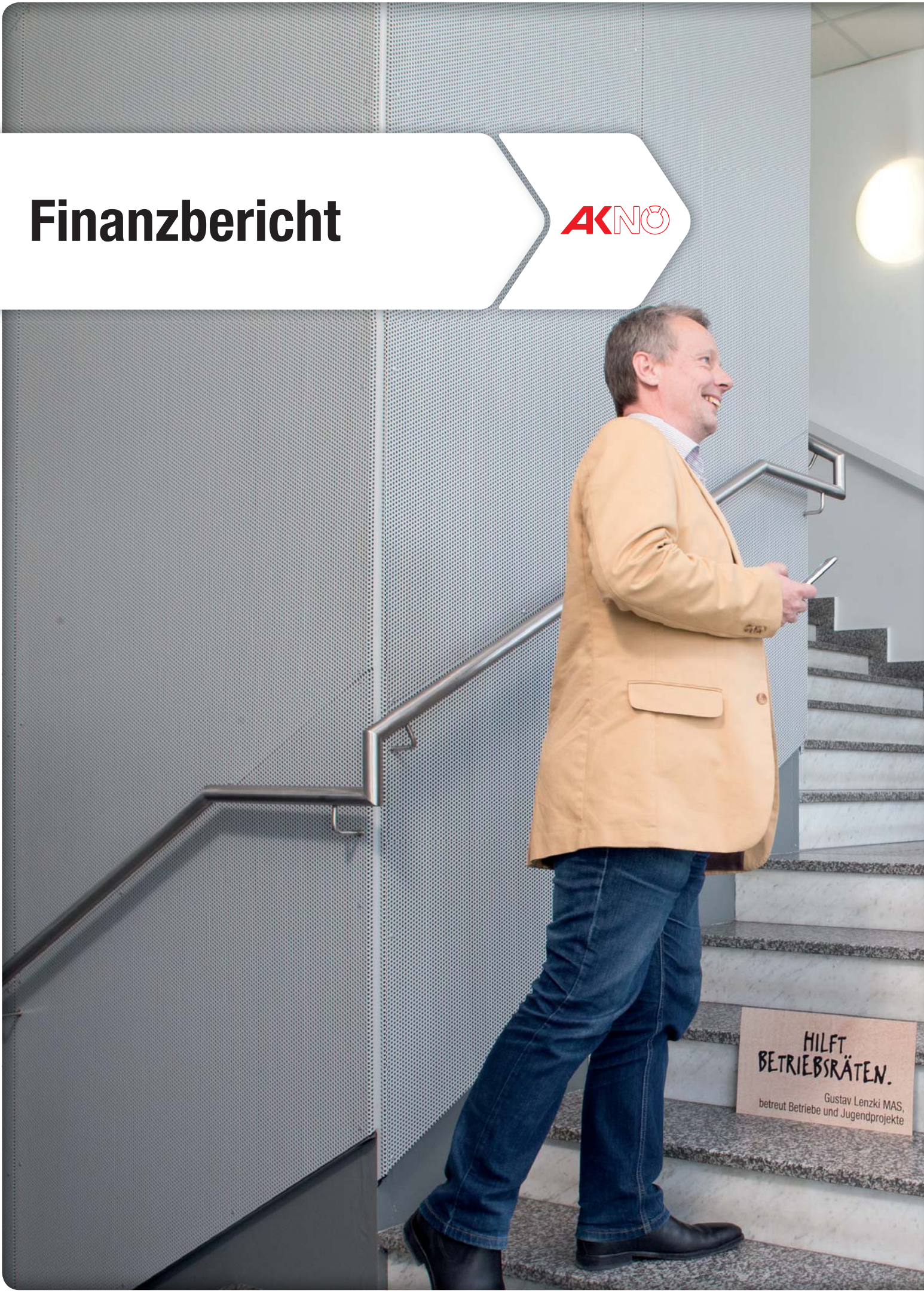
Die Mieter

- ÖGB Niederösterreich, Landesorganisation
- bfi NÖ, Schulungszentrum
- Eigener Zugang
- Moderne Computerschulungsräume

Die Lage

- Im Herzen von St. Pölten
- 5 Gehminuten vom Hauptbahnhof
- Direkter, witterungsgeschützter Zugang zum Parkdeck

Finanzbericht



GIBT WISSEN WEITER.
Claudia McGrath, bildet BetriebsrätInnen und FunktionärInnen aus.
GEHT DEN DINGEN AUF DEN GRUND.
Mag.(FH) Saveta Zorkić, erstellt Wirtschaftsstudien und -analysen
SORGT FÜR GESUNDE ARBEIT.
Gabi Schiener, Expertin für Gesundheit am Arbeitsplatz

Der AKNÖ-Finanzbericht

Bericht zum Rechnungsabschluss

Rechtsgrundlage

Die Organisation sowie der Aufgabenbereich der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich sind durch das Arbeiterkammergesetz 1992 (BGBl. Nr. 626/1991 in der geltenden Fassung) geregelt. Die Niederösterreichische Arbeiterkammer als Körperschaft öffentlichen Rechts ist zur Vertretung und Förderung der sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der niederösterreichischen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer berufen.

Gemäß § 10 Abs. 1 AKG gehören der Kammer alle im Bundesland Niederösterreich beschäftigten unselbstständig Erwerbstätigen, mit Ausnahme der im § 10 Abs. 2 AKG angeführten Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer, an. Als Aufsichtsbehörde ist das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zuständig. Der Wirkungsbereich der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich erstreckt sich auf das Bundesland Niederösterreich. Die Arbeiterkammer ist gem. § 1 Körperschaftssteuergesetz in ihrem gesetzlich definierten Aufgabenbereich sowohl von der Körperschaftssteuer als auch von der Gewerbesteuer befreit.

Infolge des Fehlens der Unternehmereigenschaft ist sie gemäß § 2 Umsatzsteuergesetz weder umsatzsteuerpflichtig noch vorsteuerabzugsberechtigt. Lediglich mit den von ihr unterhaltenen Betrieben gewerblicher Art unterliegt sie sowohl der Ertragssteuer- als auch der Umsatzsteuerpflicht. Hier ist in erster Linie das in einem gesonderten Abrechnungskreis erfasste und über ein Verrechnungskonto mit der Buchhaltung der Kammer verbundene Seminar-Park-Hotel Hirschwang zu erwähnen.

Die Organe der Kammer, Kammerbüro

Die Organe der Kammer sind gemäß § 46 AKG 1992 die Vollversammlung, der Vorstand, das Präsidium, der Präsident, die Ausschüsse, die Fachausschüsse und der Kontrollausschuss. Die wichtigsten OrganwalterInnen bzw. -mitglieder im Wirtschaftsjahr des Rechnungsabschlusses waren:

Präsident:	WIESER Markus
Vizepräsidentin und Vizepräsidenten:	ADLER Brigitte HEMM Franz FIALA Michael PAMMER Horst
Vorstandsmitglieder:	ARTMÄUER Alfred ASPERGER Christine BUDER Thomas

FARTHOFER Christian
FIALA Manfred (ab 14.11.2013)
KAUER Christian
PAMMER Horst (bis 14.11.2013)
PFEIFER Gottfried
PRIESCHING Herta
STERLE Harald
STRAUSSBERGER Erwin
ENGEL Bruno (kooptiert)
HARTMANN Petra (kooptiert)
KUPETSCH Alfred (kooptiert)
LEIDENFROST Franz (kooptiert)
NIEDERMAIER Reinhard (kooptiert ab 1.7.2013)
PFISTER Rene (kooptiert bis 30.6.2013)
SOMMER Johann (kooptiert)
STATTMANN Peter (kooptiert)

Die OrganwalterInnen bzw. -mitglieder der anderen Organe der Selbstverwaltung sind im AKNÖ-Jahresbericht 2013 angeführt.

Die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben notwendigen fachlichen und administrativen Arbeiten hat das Kammerbüro zu leisten. Das Kammerbüro wird gemäß §§ 76 ff. AKG vom Direktor und den Direktor-StellvertreterInnen geleitet.

Die Zeichnung der Geschäftsstücke der Kammer erfolgt durch Präsident und Direktor bzw. Direktor-StellvertreterInnen nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 56 Abs. 1 Ziff. 2 und 77 Abs. 2 Ziff. 5 AKG sowie der Geschäftsordnung der AKNÖ.

Zusammensetzung des Direktoriums im Berichtsjahr:

Direktor: Mag. Helmut Guth

Direktor-StellvertreterInnen:
Mag.ª Bettina Heise (Kommunikation & Marketing), Alfred Kermer (Zusammenarbeit mit betrieblichen und überbetrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretungen), Günter Mayer (Personal & Infrastruktur), Mag. Thomas Wagnsonner (Finanzen, Organisation & Recht)

Die Untergliederung des Kammerbüros ist im Jahresbericht 2013 angeführt. Der Beschäftigtenstand der Arbeiterkammer zum Stichtag exklusive karenzierter und verliehener Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer ist in der Tabelle rechts dargestellt.

Beschäftigungsstand (Vollzeitäquivalent)	Anzahl
Zentrale (ohne Lehrlinge)	263,0
Lehrlinge Zentrale Wien	3,0
Bezirksstellen	117,3
Lehrlinge Bezirksstellen	1,0
Logistikzentrum Vösendorf	10,8
Rechtsschutzbüros	25,8
Seminar-Park-Hotel Hirschwang (SPH)	28,0
Lehrlinge SPH	2,0
PensionistInnen inkl. Anwartschaften	121,0

Erläuterungen zum Rechnungswerk

Der Vorstand genehmigte in seiner Sitzung am 24. April 2014 gemäß § 54 Abs. 3 Ziff. 2 AKG 1992 und § 8 Abs. 2 HO-AKNÖ den Entwurf des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2013 und legte ihn gemäß § 66 Abs. 1 AKG 1992 und § 15 Ziff. 4 in Verbindung mit § 17 Abs. 5 Ziff. 2 GO-AKNÖ der Vollversammlung für deren Tagung am 29. April 2014 zur Beschlussfassung vor. Dem Rechnungsabschluss ist gemäß § 16 HO-AKNÖ ein Bericht zum Rechnungsabschluss anzufügen. In der Vollversammlung am 14. November 2012 wurde der den Rahmen für den vorliegenden Jahresabschluss 2013 bildende Voranschlag 2013 mit einem Ausgabenrahmen von insgesamt 65.618.000,00 Euro beschlossen. In der Vollversammlung am 24. Mai 2013 wurde der Rechnungsabschluss 2012 mit einem Ausgabevolumen von 62.879.312,70 Euro genehmigt.

Vergleichs- und Ertragsrechnung

Vergleichsrechnung

Die wirtschaftliche Lage der Kammer war 2013 einerseits dadurch gekennzeichnet, dass die tatsächlich erzielten Erlöse bei den Kammerumlagen wieder über den Voranschlagswerten blieben und andererseits auch die sonstigen Erträge und die Zinserträge über den Werten des Voranschlages lagen. Die Mehreinnahmen betrugen bei den Kammerumlagen 1,39 Mio. Euro. Die Zinserträge blieben um 0,04 Mio. Euro über dem entsprechenden Voranschlagswert. Aus sonstigen Erträgen betrugen die Mehrerlöse 0,72 Mio. Euro. Die sonstigen Erträge ergaben sich größtenteils durch Verkäufe von Immobilien, Förderungen in der Bildungsberatung, Kostenrefundierungen infolge der Verrechnung mit dem Insolvenzschutzverband der ArbeitnehmerInnen und sonstigen Personalrefundierungen. Hinsichtlich der vom Land Niederösterreich in den vergangenen Jahren regelmäßig gewährten Subventionen für Stipendien und Lehrausbildungsbeihilfen gab es zum Zeitpunkt der Erstellung des Rechnungsabschlusses keine schriftliche Bestätigung einer Zuwendung für das KJ 2013, weshalb die entsprechende Forderung in Höhe von 180.000,00 Euro nicht eingebucht wurde.

Die im Wesentlichen der Kostenstruktur eines Dienstleistungsbetriebes entsprechenden Aufwendungen der Arbeiterkammer konnten im KJ 2013 um insgesamt 2,04 Mio. Euro unter den Werten des Voranschlages gehalten werden. In den Aufwendungen sind finanzwirksame Maßnahmen der Bundesarbeitskammer (§ 9 Abs. 2 Ziff. 3 AKG) in den Positionen „5.2.1 Wirtschaftspolitik“ (108.266,14 Euro), „5.2.2 Konsumentenberatung – Konsumentenpolitik“ (66.449,76 Euro), „5.4.1 Information und Drucklegungen“ (85,804,18 Euro), „5.4.2 Öffentlichkeitsarbeit“ (320.572,80 Euro, davon aus der Rücklage 52.472,80 Euro), „5.4.3 Dokumentationen“ (14.137,22 Euro), „5.5 Fachausschüsse“ (5.167,18 Euro), „5.6.1 Mitgliedsbeiträge“ (117.659,61 Euro), „5.6.2 Subventionen“ (144.603,40 Euro), „5.6.7 Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen“ (57.443,12 Euro), „6.3.2 Bürobedarf und EDV-Aufwand“ (27.083,27 Euro), „6.4.1. Experten- und Prüfungsaufwand für die Verwaltung“ (3.963,68 Euro) und „7.2. Funktionsgebühren“ (1.394,53 Euro) enthalten.

Die Liegenschaftsverwaltungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH erbrachte als hundertprozentige Tochter der AKNÖ Leistungen in Form von Personalbereitstellung für Auskunfts- und Bürotätigkeiten in „5.1.1 Rechtsschutz und Rechtsberatung“ in der Arbeitsrechtsberatung Wien (130.663,36 Euro) und im RSB West (8.965,04 Euro), in „5.1.4 Berufsfürsorge, Gesundheit und Arbeitnehmerschutz“ (14.948,71 Euro), in „5.2.1 Wirtschaftspolitik“ (7.673,11 Euro), in „5.2.2 Konsumentenberatung – Konsumentenpolitik“ (125.129,18 Euro), „5.3.1 Kultur- und Bildungsveranstaltungen“ (35.410,78 Euro), „5.3.2 Berufliche Aus- und Weiterbildung“ (75.334,31 Euro), „5.3.4 Bibliotheken“ (27.138,61 Euro), „5.4.1 Information und Drucklegungen“ (218.347,67 Euro), „5.4.2 Öffentlichkeitsarbeit“ (9.894,78 Euro), „6.1.1 Instandhaltung der Gebäude und technischen Anlagen“ (10.182,29 Euro), „6.1.6 Betriebsaufwand“ (44.753,73 Euro), in „6.4.4 Mitgliederverwaltung“ (101.706,33 EUR) und in „7.5 Aufwand für die Selbstverwaltung – Sonstiges“ (54.469,47 Euro), in Form von Bereitstellung von Reinigungspersonal in „6.1.3 Reinigung“ (941.469,51 Euro) in der Zentrale und in diversen Bezirksstellen und Außenstellen sowie in Form von Bereitstellung von Kraftfahrzeugen in „6.1.6 Betriebsaufwand“ (182.520,51 Euro) und durch die Einmietungen der AKNÖ-Bezirksstellen in den LIDI-Gebäuden in Gmünd, Horn und Lilienfeld für Miete in „6.1.2 Mietaufwand von Gebäuden“ (102.530,41 Euro).

Für das Seminar-Park-Hotel Hirschwang wird ein eigener, unabhängiger Rechnungskreis geführt. Der bei Erträgen von 1.319.886,79 Euro und Aufwendungen von 2.004.523,70 Euro entstandene Betriebsabgang wurde nach Ausnutzung der im Voranschlag in der Position „5.3.6 Seminar- und Bildungseinrichtungen“ geplanten 425.000 Euro durch entsprechende Verwendung der „Rückstellung für Betriebe der Kammer“ abgedeckt. Die Kantine als Betrieb gewerblicher Art mit Einnahmen in Höhe von 114.858,39 Euro und Ausgaben von 222.199,98 Euro (exkl. LIDI-Personalaufwand) wird saldiert dargestellt und ebenfalls durch entsprechende Verwendung der „Rückstellung für Betriebe der Kammer“ abgedeckt.
Im Berichtsjahr gab es keine Überschreitungen, die durch Beschluss des Vorstandes genehmigt werden mussten. Durch die oben genannten Mehreinnahmen bzw. Minderaufwendungen konnten im vorliegenden Jahresabschluss über die von der Vollversammlung im Voranschlag 2013 beschlossenen 10,28 Mio. Euro Zuweisungen zu Rücklagen und Rückstellungen hinaus 4,19 Mio. Euro aus dem Jahresergebnis den Rücklagen und Rückstellungen zugeführt werden. Demgegenüber stehen Ausgaben für Investitionen in Höhe von 8,09 Mio. Euro und Verwendungen von Rücklagen und Rückstellungen in Höhe von 3,83 Mio. Euro.

Ertragsrechnung

1. Kammerumlagen **59.389.426,27 (2012: 57.655.337,95)**

Gegenüber dem Vorjahr war ein Anstieg um 1,73 Mio. Euro das sind 3,01 Prozent, zu verzeichnen. Dies ist vor allem auf einen Anstieg bei Löhnen und Gehältern der Umlagepflichtigen zurückzuführen, da der Mitgliederstand nahezu unverändert blieb.

2. Sonstige Erträge **7.932.450,47 (2012: 4.590.805,36)**

Die Steigerung in dieser Position ist vor allem auf den Verkauf von Grundstücken in Sankt Pölten (Maximilianstraße), Klosterneuburg und Vösendorf (Anton-Benya-Wohnhausanlage

und Logistikzentrum) zurückzuführen. Diese Grundstücksverkäufe standen in direktem Zusammenhang mit der Neuerrichtung der Zentrale in St. Pölten. Dieser Ertrag in Höhe von 5,950 Mio. Euro muss zunächst der Bau- und Investitionsrücklage zugeführt werden und wird in weiterer Folge zwecks Anheben der Beteiligung an der LIDI im Ausmaß dieses Ertrages verwendet. Diese Maßnahme wurde bereits im Voranschlag berücksichtigt.

3. Zinsensaldo 422.059,95 (2012: 633.169,39)

Im Berichtsjahr wurden von der AKNÖ an ihre 100 Prozent-Tochter LIDI Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 7,0 Mio. Euro für die Neuerrichtung der Zentrale in St. Pölten geleistet. Darüber hinaus hat sich auch der Rückgang des Zinsniveaus im Berichtsjahr negativ ausgewirkt.

4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen

Auflösungen von Rücklagen und Rückstellungen waren, wie im Vorjahr, nicht notwendig.

5. Sachaufwand 10.360.759,93 (2012: 8.551.388,40)

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr beim Sachaufwand ist vor allem im Rechts- und Sozialbereich, einerseits durch höhere Rechtsschutzausgaben und andererseits durch eine zweite zusätzliche Veranstaltung „Zukunft.Arbeit.Leben“, und im Bildungsbereich auf eine höhere Ausnützung des Bildungsbonus, auf die Durchführung einer BRAK anstelle einer KOMPAK und die Neueinführung der Position „5.3.6 Seminar- und Bildungseinrichtungen“ – in welcher der Abgang des SPH-Hirschwang dargestellt wird – zurückzuführen.

5.1 Rechts- und Sozialbereich 2.976.921,86 (2012: 2.450.367,57)

Der Anstieg bei „5.1.1 Rechtsschutz und Rechtsberatung“ basiert auf höheren Rechtsschutzkosten. Bei „5.1.2 Lehrlings- und Jugendschutz“ ergab sich der Anstieg durch die Weiterführung des Lehrlingspaketes und einer zweiten Veranstaltung „Zukunft.Arbeit.Leben“. Bei „5.1.3 Sozialpolitik und Sozialberatung“ gab es durch den Wegfall des „Dialogforum spezial“ einen Rückgang bei den Aufwänden. Bei „5.1.4 Berufsfürsorge, Gesundheit und ArbeitnehmerInnenschutz“ (Gesundheitszug und SIGE-Akademie) kam es durch den Wegfall des Zuschusses für den „Verein Kindercity“ zu einem geplanten Rückgang, während bei „5.1.5 Frauen- und Jugendprojekte“ („Begegnung in den Regionen“, „Betriebsräte-Award“) geplante Anstiege bei den Veranstaltungskosten zu höheren Ausgaben führten.

5.2 Wirtschaft, Umwelt- und Konsumentenschutz 778.308,69 (2012: 744.628,36)

Bei „5.2.1. Wirtschaftspolitik“ führten gestiegene Kosten bei den BAK-Aufwendungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem BAK-Büro Brüssel, zu einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg bei „5.2.2 Konsumentenberatung“ ergab sich insbesondere durch höhere Kosten, die durch die BAK verrechnet wurden. Bei „5.2.3 Umweltschutz“, „5.2.4 Arbeitnehmerveranlagungen“ und „5.2.5 Arbeitsmarktprojekte“ kam es jeweils zu einem Rückgang bei den Honoraren.

5.3 Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich 2.799.497,52 (2012: 1.775.632,38)

In dieser Position gab es durchwegs geplante Anstiege. Der Anstieg bei „5.3.2 Berufliche Aus- und Weiterbildung“ ist gegenüber dem Vorjahr mit erhöhten Ausgaben beim Bildungs-

bonus infolge einer Änderung des Fördersystems zu begründen. Bei „5.3.3 Funktionäre- und Betriebsräteschulung“ kam es zu einem Anstieg, da wieder eine Betriebsräteakademie anstelle einer KOMPAK durchgeführt wurde, während die Ausgaben für die Sozialakademie der AK Wien, für sonstige FunktionärInnen-Ausbildung und für die Förderung der Gewerkschaftsschulen fast unverändert blieben. Bei „5.3.1 Kultur- und Bildungsveranstaltungen“ und „5.3.4 Bibliotheken“ kam es jeweils zu einem geringen Anstieg durch höhere Honorare, während bei „5.3.5 Sport“ die Ausgabenhöhe nahezu unverändert blieb. Die neue Position „5.3.6 Seminar- und Bildungseinrichtungen“ dient zur Darstellung des Gebarungsabgangs des Seminar-Park-Hotels Hirschwang. Etwaige Überschreitungen in dieser Position werden durch die „Rückstellung für Betriebe der Kammer“ abgedeckt.

5.4 Information, Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation **2.293.885,49 (2012: 1.989.541,68)**

Bei „5.4.1 Information und Drucklegungen“ gibt es einen Anstieg bei den Honoraren und den von der BAK verrechneten Kosten, bei „5.4.2 Öffentlichkeitsarbeit“ einen Anstieg beim Werbematerial, bei Honoraren, durch die Durchführung einer Info-Tour und höheren BAK-Kosten.

5.5 Fachausschüsse **150.259,57 (2012: 150.599,36)**

Der geringe Rückgang entstand trotz vermehrter Aktivitäten der AKNÖ-Fachausschüsse durch einen Rückgang beim BAK-Fachausschuss MOBI. Die Zuwendungen und Ausgaben für die Fachausschüsse der AKNÖ sind in der folgenden Tabelle ersichtlich:

Fachausschüsse

	Zuwendungen AKNÖ	Sonstige Einnahmen	Einnahmen gesamt	Ausgaben
Bau-Holz	14.899,74	12,32	14.924,38	16.492,82
Angestellte	24.395,04	13,92	24.408,96	24.407,12
TRS	11.401,38	14,31	11.415,69	10.892,88
Agrar-Nahrung-Genuss	8.013,06	12,10	8.025,16	7.899,31
MBE	36.801,32	49,93	36.851,25	37.295,60
Soz./pers. Dienste	8.614,00	5,33	8.619,33	7.227,83
Textil, Bekleidung, Leder	5.492,36	7,17	5.499,53	5.553,12
Grafik-Papier	7.623,10	7,39	7.630,49	8.097,53
Verkehr	2.671,33	6,07	2.677,40	5.280,54
Gesundheit	19.048,44	16,96	19.065,40	21.900,14
Integration				45,50
GESAMT	**138.959,77**	**145,50**	**139.105,27**	**145.092,39**

5.6 Zuwendungen, Unterstützungen und andere Betreuungskosten **1.361.886,80 (2012: 1.440.619,05)**

Hier gab es in Summe einen leichten Rückgang. Fast keine Veränderungen gab es bei „5.6.1 Mitgliedsbeiträge“ und bei „5.6.2 Subventionen und Förderungsbeiträge“. Durch eine Änderung des Fördersystems gab es bei den Lehrausbildungsbeihilfen und Stipendien keine Ausgaben mehr. Während es bei „5.6.5 Hilfsaktionen und Unterstützungen“ kaum eine Ver-

änderung gab, führten bei „5.6.6 Wohnbauförderung“ die Einführung des „Sozialen Bau- und Wohngeldes“ im Vorjahr und die im Berichtsjahr notwendige „Hochwasserhilfe“ und bei „5.6.7 Unterstützung von wahlwerbenden Gruppen“ eine Inflationsanpassung zu einem Anstieg.

6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand 6.823.986,93 (2012: 6.568.648,94)

6.1 Instandhaltung und Betriebsaufwand 3.161.312,17 (2012: 2.918.637,84)

Da Großreparaturen wie die Erneuerung der Autolifte in der Zentrale Wien aus der Rückstellung für Erhaltungs- und Reparaturaufwendungen abgedeckt wurden, kam es in der Position „6.1.1 Instandhaltung der Gebäude und technischen Anlagen“ zu einem Rückgang. In Summe gab es diesem Kapitel allerdings einen Anstieg. Der Anstieg begründet sich bei „6.1.2 Mietaufwand von Gebäuden“ durch die Einmietung der Bezirksstellen Gmünd, Horn und Lilienfeld in Gebäude der LIDI und für das Ausweichlokal in Horn während der Bauphase, in „6.1.3 Reinigung“ durch die Weiterverrechnung der Lohnerhöhungen und des zusätzlichen Reinigungspersonals durch die LIDI. Der Anstieg in der Position „6.1.4 Energieaufwand“ ist sowohl bei Strom (um rund 8.100 Euro) aber vor allem bei den Heizkosten durch Gas und Fernwärme (um rund 71.600 Euro) begründet. Weiters gibt es einen Anstieg bei „6.1.6 Betriebskosten“ durch höhere Mietkosten für Fahrzeuge in Folge der Auslagerung des Fuhrparkmanagements an die LIDI und einen Rückgang bei der Position „6.1.7 Versicherungen“ durch geringere Prämien bei den Kfz-Versicherungen, da die AKNÖ nun weniger Kfz in unmittelbarem Eigentum hat.

6.2 Postgebühren und Fahrtaufwand 2.310.137,77 (2012: 2.270.347,55)

In dieser Position gab es einen Anstieg bei den Postgebühren und Datenleitungskosten, sowie Einsparungen bei den Telefonkosten und bei den Reisespesen.

6.3 Büroaufwand 1.024.551,51 (2012: 1.100.781,18)

In dieser Position gibt es durchwegs Rückgänge bei den Aufwendungen.

6.4 Sonstiger Aufwand 327.985,48 (2012: 278.882,37)

Der Anstieg ist in „6.4.4 Mitgliederverwaltung“ auf steigende Honorare und in der Position „6.4.5 Qualitätsmanagement – OE-Entwicklung“ auf zusätzliche Kosten durch das Projekt „Neues Arbeiten“ zurückzuführen.

7. Selbstverwaltung 883.633,62 (2012: 833.470,35)

Der Anstieg in der Position „7.2 Funktionsgebühren“ ergab sich, da die 10 Prozent-Kürzung bei der Funktionsentschädigung des Präsidenten ab August 2013 weggefallen ist. Bei „7.4 Repräsentation“ erfolgte der Anstieg in Folge von Essenseinladungen des Präsidenten bei den Landeskonferenzen des ÖGB und der Fachgewerkschaften.

8. Personalaufwand 32.607.579,91 (2012: 30.985.134,31)

Der Anstieg bei den Personalkosten erklärt sich durch die Gehaltserhöhungen ab Juni und den Zuwachs an Personal im KJ 2013 sowie durch bereits im Voranschlag geplante höhere Pensions- und Abfertigungszahlungen. Daher wurden keine finanziellen Mittel aus der „Rück-

stellung zur Pensionsvorsorge“ (2012: 309.631,82) bzw. der „Rückstellung für Abfertigungsansprüche“ (2012: 120.134,83) entnommen.

9. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen 14.472.081,77 (2012: 13.415.594,40)
Unter dieser Position sind die Dotierungen diverser Rücklagen bzw. Rückstellungen ausgewiesen. Um die Finanzierung der neuen AKNÖ-Zentrale in St. Pölten zu sichern, wurden rund 8 Mio. Euro der „Bau- und Investitionsrücklage“ zugewiesen. In Zukunft werden alle Auslagerungs- und Verkaufserlöse im Zusammenhang mit Grundstücken und Gebäuden im jeweiligen Jahr dieser Rücklage zugeführt. Die „Rücklage für Katastrophen und Wohnbaudarlehen“ wurde mit 0,21 Mio. Euro dotiert, da zukünftig alle Ausgaben für das „Soziale Bau- und Wohngeld“ und die „Hochwasserhilfe“ aus dieser Rücklage finanziert werden. Die Zuführung zur „Rückstellung zur Pensionsvorsorge“ musste mit 2,70 Mio. Euro dotiert werden, da ungefähr dieser Betrag infolge der Performance der Pensionskasse für das KJ 2013 im KJ 2014 entnommen wird. Alle anderen „Personalrückstellungen“ wurden gemäß der Haushaltsordnung bzw. den gesetzlichen Vorschriften dotiert.

10. Kosten der Umlageneinhebung 886.234,39 (2012: 861.515,39)
Für die aus der Einhebung der Kammerumlage entstehenden Verwaltungskosten verrechnen die Sozialversicherungsträger den Arbeiterkammern einen pauschalen Aufwandsersatz in Höhe von 1,5 Prozent.

11. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer 1.729.660,14 (2012: 1.663.560,91)
Die Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer werden gemäß § 90 AKG von der Arbeiterkammer Wien geführt. Zur Abdeckung der daraus erwachsenden Kosten erhält die Arbeiterkammer Wien von den übrigen Länderkammern eine Vergütung in Höhe von drei Prozent der Erträge aus Kammerumlagen des jeweils vorangegangenen Jahres.

Vermögensbilanz

Die Vermögensbilanz zum 31. Dezember 2013 weist im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2012 eine Steigerung der Bilanzsumme um 4,337 Mio. Euro auf 89,846 Mio. Euro aus.

AKTIVA

Das Anlagevermögen stieg um 6,984 Mio. Euro auf 60,685 Mio. Euro infolge von Zugängen in Höhe von 14,182 Mio. Euro, gegenüber Abschreibungen bzw. Abgängen in Höhe von 7,198 Mio. Euro. Bei den Finanzanlagen ist unter „Beteiligungen an verbundenen Unternehmen“ in Höhe von 16.538.605,80 Euro die Beteiligung an der LIDI ausgewiesen. Dieser Betrag setzt sich aus dem zur Gänze einbezahlten Stammkapital von 35.000 Euro, Gründungskosten von 2.692,17 Euro, eines Gesellschafterzuschusses in Höhe von 14.609.823,63 Euro und der Sacheinlage in Form der BZST-Liegenschaften in Gmünd, St. Pölten, Horn und Lilienfeld in Höhe von 1.891.090 Euro zusammen. (Die Bilanz der LIDI zum 31. 12. 2013 sowie die Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 2013 befinden sich im Abschnitt „Verbundene Unternehmen“). Von der LIDI wurden 2013 durchschnittlich insgesamt 58 Mit-

arbeiterInnen – davon 32 ArbeiterInnen im Bereich Reinigung und 26 Angestellte als Aushilfskräfte zur Spitzenabdeckung im externen Leistungsbereich – an die AKNÖ überlassen. Die „Wertpapiere des Anlagevermögens“ in Höhe von 10.565.975,88 Euro dienen für zukünftige Pensionsleistungen und sind daher gemäß § 94 EstG von der Kapitalertragsteuer befreit. Unter „Sonstige Beteiligungen“ befinden sich Aktienanteile bei niederösterreichischen Kapitalgesellschaften in Höhe von 8.200,87 Euro, die zur Sicherung der Informationsbeschaffung zur Wahrung der Interessen von ArbeitnehmerInnen verwendet werden. Obwohl die „Forderungen an Sozialversicherungen aus Kammerumlagen“ und die „Forderungen aus Leistungen“ angestiegen sind, sank das Umlaufvermögen um 2,721 Mio. Euro auf 27,983 Mio. Euro, da insbesondere die „Sonstigen Forderungen“ zurückgegangen sind. Der „Kassenbestand“ blieb mit 0,0165 Mio. Euro beinahe unverändert, während es bei den „Guthaben bei Banken“ zu einem Rückgang um 2,025 Mio. Euro auf nunmehr 21,303 Mio. Euro kam. Da Festgeldgeschäfte in Höhe von 6,5 Mio. Euro zur Absicherung für zukünftige Pensionsleistungen dienen, sind sie ebenso wie die dafür im Anlagevermögen vorgesehenen festverzinslichen Wertpapiere gemäß § 94 EStG von der Kapitalertragsteuer befreit. Die Rechnungsabgrenzungsposten blieben fast unverändert bei 1,178 Mio. Euro.

PASSIVA

Das „Kapital“ stieg um 1,936 Mio. Euro auf 50,201 Mio. Euro, da die Zugänge infolge von Investitionen in Höhe von 8,094 Mio. Euro die Abschreibungen und Anlagenabgänge in Höhe von 6,158 Mio. Euro überstiegen haben. Die Rücklagen erhöhten sich um 0,052 Mio. Euro auf 10,310 Mio. Euro, da die Dotierungen in Höhe von 8 Mio. Euro für die „Bau- und Investitionsrücklage“ und von 0,210 Mio. Euro für die „Rücklage für Katastrophen und Wohnbaudarlehen“, die Verwendungen für Investitionen aus der „Bau- und Investitionsrücklage“ in Höhe von 8,094 Mio Euro, der „Rücklage für Grundlagenarbeit“ in Höhe von 0,012 Mio. Euro und der „Rücklage für finanzwirksame Maßnahmen der BAK“ in Höhe von 0,052 Mio. Euro überstiegen haben. Die Rückstellungen stiegen um 2,503 Mio. Euro auf 24,098 Mio. Euro. Der Stand der einzelnen Rückstellungen zum Stichtag 31. Dezember 2013 betrug wie folgt:

1.	**Abfertigungsrückstellung**	4.908.019,88	(2012: 4.613.559,12)
2.	**Pensionsrückstellung**	7.787.631,83	(2012: 7.400.347,58)
3.	**Reparatur- und Instandhaltungsrückstellung**	208.922,65	(2012: 399.327,36)
4.	**Wahlrückstellung**	3.538.886,29	(2012: 2.370.060,93)
5.	**Rückstellung für Betriebe der Kammer**	409.599,99	(2012: 376.578,49)
6.	**Sonstige Rückstellungen**	7.244.563,80	(2012: 6.434.922,33
	a. J.-Hesoun-Fachausbildung	652.811,89	(2012: 705.513,89)
	b. Rechtsschutz	717.854,84	(2012: 717.854,84)
	c. Expertenleistungen	161.652,48	(2012: 218.484,55)
	d. Vorsorge gemäß § 12 (5) RILAK und § 19 (2) DBPO	1.521.505,57	(2012: 1.535.290,70)
	e. Vorsorge gemäß § 27 ALVG	243.989,65	(2012: 218.991,03)
	f. Noch nicht konsumierte Urlaube	3.946.749,37	(2012: 3.038.787,32)

Die Vermögensbilanz in Euro

		Aktiva
A. Anlagevermögen		
A.1 Immaterielle Vermögenswerte		146.602,63
A.2 Sachanlagen		
A.2.1 Bebaute Grundstücke	32.714.759,44	
A.2.2 Betriebs- und Geschäftsausstattung	711.263,06	
A.2.3 Anlagen in Bau	0,00	33.426.022,50
A.3 Finanzanlagen		15.065.523,29
A.3.1 Beteiligung an verbundenen Unternehmen	16.538.605,80	
A.3.2 Wertpapiere des Anlagevermögens	10.565.975,88	
A.3.3 Sonstige Beteiligungen	8.200,87	27.112.782,55
Anlagevermögen		**60.685.407,68**
B. Umlaufvermögen		
B.1 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		6.662.861,47
B.2 Wertpapiere und Anteile		0,00
B.3 Kassenbestand und Guthaben bei Banken		21.319.666,43
Umlaufvermögen		**27.982.527,90**
C. Aktive Rechnungsabgrenzung		**1.177.925,07**
BILANZSUMME		**89.845.860,65**

Das Anlagevermögen erhöhte sich im Berichtsjahr 2013 im Vergleich zum Jahr 2012 um rund 7 Mio. Euro. Das Umlaufvermögen verringerte sich um rund 2,7 Mio. Euro.

Die Bilanzsumme stieg 2013 im Vergleich zu 2012 um 4,3 Mio. Euro auf rund 89,8 Mio. Euro.

	Passiva
A. Kapital	**52.201.464,05**
B. Rücklagen	
B.1 Bau- und Investitionsrücklage	9.143.932,74
B.2 Sonstige Rücklagen	1.165.751,56
Rücklagen	**10.309.684,30**
C. Rückstellungen	
C.1 Rückstellung für Abfertigungsansprüche	4.908.019,88
C.2 Rückstellung für Pensionsvorsorge	7.787.631,83
C.3 Rückstellung für Erhaltungs- und Reparaturaufwand	208.922,65
C.4 Rückstellung für Wahlaufwand	3.538.886,29
C.5.1 Rückstellung für Betriebe der Kammer	409.599,99
C.5.2 Sonstige Rückstellungen	7.244.563,80
Rückstellungen	**24.097.624,44**
D. Verbindlichkeiten	
D.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00
D.2 Verbindlichkeiten aus Darlehen	0,00
D.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.394.328,39
D.4 Sonstige Verbindlichkeiten	1.842.759,47
Verbindlichkeiten	**3.237.087,86**
BILANZSUMME	**89.845.860,65**

Das Kapital nahm 2013 um rund 1,9 Mio. Euro auf 52,2 Mio. Euro zu. Die Rücklagen blieben mit rund 4,3 Mio auf dem Vorjahresniveau. Euro. Die Rückstellungen stiegen um rund 2,5 Mio. Euro und die Verbindlichkeiten sanken um rund 150.000 Euro.

Die Ertragsrechnung in Euro

Gegenüber 2012 stieg die Kammerumlage um 3,01 Prozent.

	Erträge 2013
1. Kammerumlagen	59.389.426,27
2. Sonstige Erträge	7.932.450,47
3. Zinsensaldo	442.059,95
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	0,00
Summe Erträge	**67.763.936,69**

Der Sachaufwand stieg 2013 im Vergleich zu 2012 um rund 21 Prozent.

	Aufwendungen 2013
5. Sachaufwand	10.360.759,93
6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand	6.823.986,93
7. Kosten der Selbstverwaltung	883.633,62
8. Personalaufwand	32.607.579,91
9. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen	14.472.081,77
10. Kosten der Umlageneinhebung	886.234,39
11. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer	1.729.660,14
Summe Aufwendungen	**67.763.936,69**

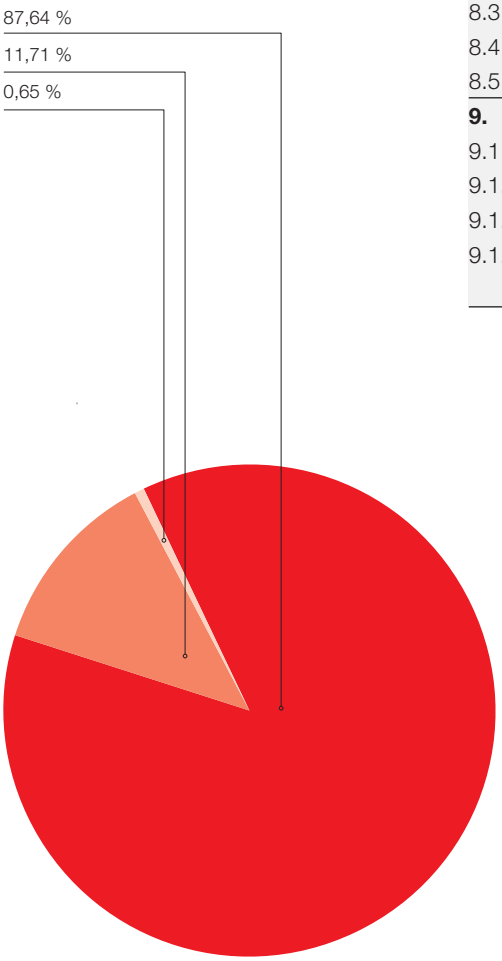
		Erträge und Aufwendungen 2013 im Detail
1. Kammerumlagen		**59.389.426,27**
2. Sonstige Erträge		
2.1 Mieterträge	398.447,97	
2.2 Verkaufserlöse	5.842.595,07	
2.3 Sonstige Erträge	1.691.407,43	7.932.450,47
3. Zinsensaldo		
3.1 Zinsenerträge	463.018,28	
3.2 Kapitalertragsteuer	-20.958,33	442.059,95
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen		
4.1 Auflösung von Rücklagen	0,00	
4.2 Auflösung von Rückstellungen	0,00	0,00
5. Sachaufwand		
5.1 Rechts- und Sozialbereich		
5.1.1 Rechtsschutz und Rechtsberatung	1.093.797,42	
5.1.2 Lehrlings- und Jugendschutz	581.283,99	
5.1.3 Sozialpolitik und Sozialberatung	64.674,03	
5.1.4 Berufsfürsorge, Gesundheit u. Arbeitnehmerschutz	948.925,44	
5.1.5 Frauen- und Jugendprojekte	288.240,98	2.976.921,86
5.2 Wirtschaft, Umwelt- und Konsumentenschutz		
5.2.1 Wirtschaftspolitik	151.468,27	
5.2.2 Konsumentenberatung – Konsumentenpolitik	275.499,62	
5.2.3 Umweltschutz	5.410,04	
5.2.4 Arbeitnehmerveranlagung	329.820,69	
5.2.5 Arbeitsmarktprojekte	16.110,07	778.308,69

Erträge und Aufwendungen 2013 im Detail		
5.3 Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich		
5.3.1 Kultur- und Bildungsveranstaltungen	126.765,28	
5.3.2 Berufliche Aus- und Weiterbildung	804.441,04	
5.3.3 Funktionäre- und Betriebsräteschulung	1.185.924,24	
5.3.4 Bibliotheken	127.624,17	
5.3.5 Sport	129.742,79	
5.3.6 Seminar- und Bildungseinrichtungen	425.000,00	2.799.497,52
5.4 Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation		
5.4.1 Information und Drucklegungen	999.251,59	
5.4.2 Öffentlichkeitsarbeit	1.192.749,07	
5.4.3 Dokumentationen	101.884,83	2.293.885,49
5.5 Fachausschüsse		150.259,57
5.6 Zuwendungen, Unterstützungen und andere Betreuungskosten		
5.6.1 Mitgliedsbeiträge	127.821,16	
5.6.2 Subventionen und Förderungsbeiträge	196.199,40	
5.6.3 Lehrausbildungsbeihilfen	0,00	
5.6.4 Stipendien	0,00	
5.6.5 Hilfsaktionen und Unterstützungen	138.496,91	
5.6.6 Wohnbauförderung	73.384,58	
5.6.7 Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen		
5.6.7.1 AKNÖ	731.000,00	
5.6.7.2 BAK	57.443,12	
5.6.8 Ehrung von ArbeitsjubilarInnen	36.699,38	
5.6.9 Sonstiges	842,25	1.361.886,80
6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand		
6.1 Instandhaltung und Betriebsaufwand		
6.1.1 Instandhaltungen der Gebäude und technischen Anlagen	264.986,20	
6.1.2 Mietaufwand von Gebäuden	742.368,38	
6.1.3 Reinigung	986.483,66	
6.1.4 Energieaufwand	552.282,93	
6.1.5 Abgaben und Gebühren	4.354,07	
6.1.6 Betriebsaufwand	482.027,81	
6.1.7 Versicherungen	128.809,12	3.161.312,17
6.2 Postgebühren und Fahrtaufwand		
6.2.1 Porti, Post- und Telefongebühren	1.585.496,97	
6.2.2 Reise- und Fahrtaufwand	724.640,80	2.310.137,77
6.3 Büroaufwand		
6.3.1 Miete und Instandhaltung von Büromaschinen und Einrichtungen	349.300,09	
6.3.2 Bürobedarf und EDV-Aufwand	662.982,40	
6.3.3 Sonstiger Büroaufwand	12.269,02	1.024.551,51

Die gestiegenen Aufwendungen im Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich sind vor allem auf Investitionen in die FunktionärInnen- und BetriebsrätInnen-Ausbildung sowie in die berufliche Aus- und Weiterbildung zurückzuführen.

Erträge und Aufwendungen 2013 im Detail		
6.4 Sonstiger Aufwand		
6.4.1 Experten- und Prüfungsaufwand für die Verwaltung	81.384,29	
6.4.2 Repräsentation	3.795,75	
6.4.3 Zinsenaufwand und sonstige Bankspesen	22.897,74	
6.4.4 Mitgliederverwaltung	108.790,58	
6.4.5 Qualitätsmanagement – Organisationsentwicklung	110.963,04	
6.4.6 Sonstiges	154,08	327.985,48
7. Aufwand für die Selbstverwaltung		
7.1 Sitzungen, Versammlungen, Ausschüsse und Delegationen	101.603,99	
7.2 Funktionsgebühren	485.077,75	
7.3 Aufwandsentschädigungen für Funktionäre	77.248,47	
7.4 Repräsentation	81.880,64	
7.5 Sonstiges	137.822,77	883.633,62
8. Personalaufwand		
8.1 Löhne und Gehälter	22.414.317,50	
8.2 Sozialaufwand	5.919.029,84	
8.3 Aus- und Fortbildung	288.513,67	
8.4 Pensionszahlungen	3.508.258,13	
8.5 Abfertigungszahlungen	477.460,77	32.607.579,91
9. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen		
9.1 Zuführung zu Rücklagen		
9.1.1 Zuführung zur Bau- und Investitionsrücklage	8.000.278,20	
9.1.2 Zuführung zu sonstigen Rücklagen		
9.1.2.1 Zuführung zur Rücklage für finanzwirksame Maßnahmen der BAK	0,00	

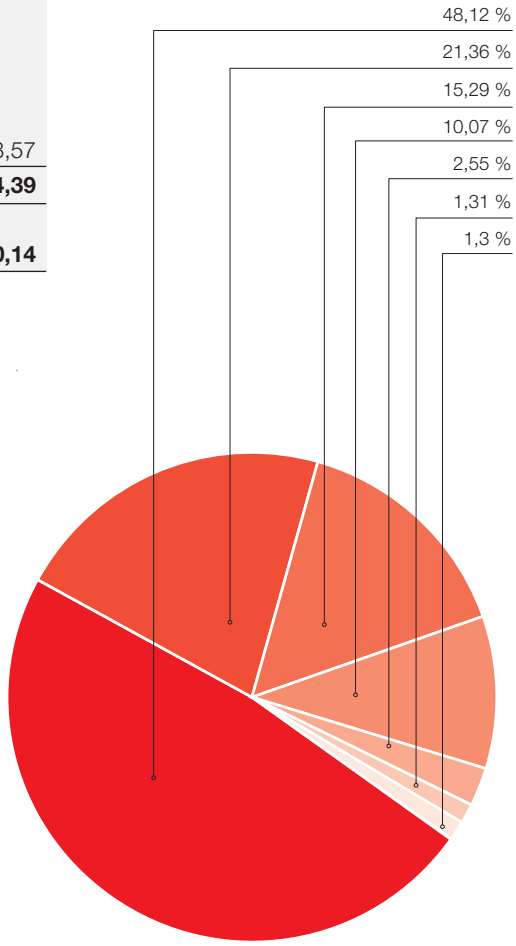
Ertragsstruktur 2013



Die Einnahmen aus der Kammerumlage machten 2013 rund 88 Prozent der Erträge der AKNÖ aus.

Erträge und Aufwendungen 2013 im Detail		
9.1.2.2 Zuführung zur Rücklage für Grundlagenarbeit	0,00	
9.1.2.3 Zuführung zur Rücklage für Katastrophen und Wohnbaudarlehen	210.000,00	8.210.278,20
9.2 Zuführung zu Rückstellungen		
9.2.1 Zuführung zur Pensionsvorsorge	2.700.000,00	
9.2.2 Zuführung zur Abfertigungsrückstellung	294.460,76	
9.2.3 Zuführung zur Reparatur- und Instandhaltungsrückstellung	0,00	
9.2.4 Zuführung zur Wahlrückstellung	1.615.500,00	
9.2.5 Zuführung zu sonstigen Rückstellungen		
9.2.5.1 Zuführung zur Rückstellung für Betriebe der Kammer	400.000,00	
9.2.5.2 Zuführung zur Rechts- und Beratungsrückstellung	0,00	
9.2.5.3 Zuführung zur J.-Hesoun-Fachausbildung-Rückstellung	0,00	
9.2.5.4 Zuführung zur Rechtsschutzrückstellung	0,00	
9.2.5.5 Zuführung zur Rückstellung gem. § 19 (2) DBPO u. § 12 (5) RILAK	223.074,24	
9.2.5.6 Zuführung zur Rückstellung gem. § 27 AIVG	120.806,52	
9.2.5.7 Zuführung zur Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube	907.962,05	6.261.803,57
10. Kosten der Umlageneinhebung		**886.234,39**
11. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer		**1.729.660,14**

Aufwandsstruktur 2013



Personal-, Sachaufwand sowie Betriebs- und Verwaltungsaufwand stellen mit zusammen rund 73 Prozent die größten Aufwandsposten der AKNÖ dar.

Die Leistungsübersicht in Euro

	Erträge 2013
1. Kammerumlagen	59.389.426,27
2. Sonstige Erträge	7.932.450,47
3. Zinsensaldo	442.059,95
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	0,00
Summe Erträge	**67.763.936,69**

	Aufwendungen 2013
5. Dienstleistungen	47.896.668,87
6. Zuwendungen	1.895.657,90
7. Selbstverwaltung	883.633,62
8. Vorsorge für Leistungen	14.472.081,77
9. Kosten der Umlageneinhebung	886.234,39
10. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer	1.729.660,14
Summe Aufwendungen	**67.763.936,69**

		Erträge und Aufwendungen 2013 im Detail
1. Kammerumlagen		59.389.426,27
2. Sonstige Erträge		
2.1 Mieterträge	398.447,97	
2.2 Verkaufserlöse	5.842.595,07	
2.3 Sonstige Erträge	1.691.407,43	7.932.450,47
3. Zinsensaldo		
3.1 Zinsenerträge	463.018,28	
3.2 Kapitalertragsteuer	-20.958,33	442.059,95
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen		
4.1 Auflösung von Rücklagen	0,00	
4.2 Auflösung von Rückstellungen	0,00	0,00
5. Dienstleistungen der Arbeiterkammer		
5.1 Rechts- und Sozialbereich		
Sachaufwand	2.976.921,86	
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	4.399.125,68	
Personalaufwand	20.470.646,85	27.846.694,39
5.2 Wirtschaft, Umwelt- und Konsumentenschutz		
Sachaufwand	778.308,69	
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	1.172.480,80	
Personalaufwand	6.019.723,92	7.970.513,41
5.3 Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich		
Sachaufwand	2.799.497,52	
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	743.252,49	
Personalaufwand	3.946.168,20	7.488.918,21

Erträge und Aufwendungen 2013 im Detail		
5.4 Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation		
Sachaufwand	2.293.885,49	
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	434.802,71	
Personalaufwand	1.711.595,09	4.440.283,28
5.5 Fachausschüsse		150.259,57
6. Zuwendungen, Unterstützungen und andere Betreuungskosten		
Sachaufwand	1.361.886,80	
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	74.325,25	
Personalaufwand	459.445,86	1.895.657,90
7. Aufwand für die Selbstverwaltung		883.633,62
8. Vorsorge für Leistungen		
8.1 Zuführung zu Rücklagen		
8.1.1 Zuführung zur Bau- und Investitionsrücklage	8.000.278,20	
8.1.2 Zuführung zu sonstigen Rücklagen		
8.1.2.1 Zuführung zur Rücklage für finanzwirksame Maßnahmen der BAK	0,00	
8.1.2.2 Zuführung zur Rücklage für Grundlagenarbeit	0,00	
8.1.2.3 Zuführung zur Rücklage für Katastrophen und Wohnbaudarlehen	210.000,00	8.210.278,20
8.2 Zuführung zu Rückstellungen		
8.2.1 Zuführung zur Pensionsrückstellung	2.700.000,00	
8.2.2 Zuführung zur Abfertigungsrückstellung	294.460,76	
8.2.3 Zuführung zur Reparatur- und Instandhaltungsrückstellung	0,00	
8.2.4 Zuführung zur Wahlrückstellung	1.615.500,00	
8.2.5 Zuführung zu sonstigen Rückstellungen		
8.2.5.1 Zuführung zur Rückstellung für Betriebe der Kammer	400.000,00	
8.2.5.2 Zuführung zur Expertenrückstellung	0,00	
8.2.5.3 Zuführung zur J.-Hesoun-Fachausbildung-Rückstellung	0,00	
8.2.5.4 Zuführung zur Rechtsschutzrückstellung	0,00	
8.2.5.5 Zuführung zur Rückstellung gem. § 19 (2) DBPO und § 12 (5) RILAK	223.074,24	
8.2.5.6 Zuführung zur Rückstellung gem. § 27 AIVG	120.806,52	
8.2.5.7 Zuführung zur Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube	907.962,05	6.261.803,57
9. Kosten der Umlageneinhebung		**886.234,39**
10. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der BAK		**1.729.660,14**

Kontrollbericht des Kontrollausschusses zum Rechnungsabschluss 2013

Das Prüfungsergebnis

"CURA" 2330

BESTÄTIGUNGSVERMERK

"Wir haben den beigefügten Rechnungsabschluss der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich (AKNÖ), mit Sitz in Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2013 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Rechnungsabschluss umfasst die Vermögensbilanz zum 31. Dezember 2013 und die Ertragsrechnung für das am 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr.

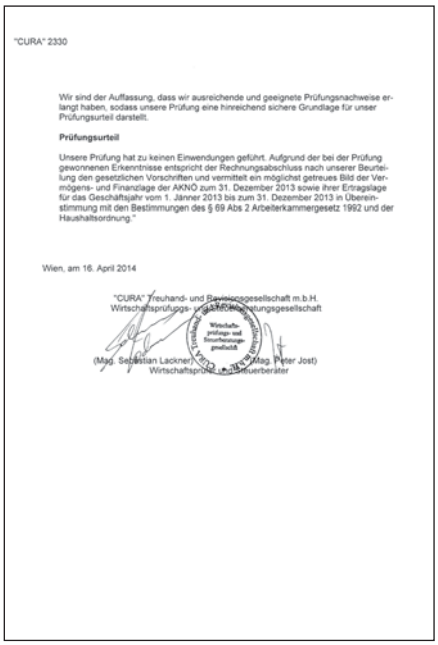
Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Rechnungsabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der AKNÖ sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Rechnungsabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der AKNÖ in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften sowie der Haushaltsordnung vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Rechnungsabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der AKNÖ von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Unsere Verantwortung als Abschlussprüfer und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Rechnungsabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Rechnungsabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Rechnungsabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Rechnungsabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der AKNÖ von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der AKNÖ abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Rechnungsabschlusses.



"CURA" 2330

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Rechnungsabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der AKNÖ zum 31. Dezember 2013 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2013 bis zum 31. Dezember 2013 in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des § 69 Abs 2 Arbeiterkammergesetz 1992 und der Haushaltsordnung."

Wien, am 16. April 2014

"CURA" Treuhand- und Revisionsgesellschaft m.b.H.
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

(Mag. Sebastian Lackner) (Mag. Peter Jost)
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Der Kontrollausschuss hat sich in seiner Sitzung am 25. April 2014 mit dem vom Vorstand der AKNÖ am 24. April 2014 genehmigten Entwurf des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2013 befasst und erstattet nach eingehender Behandlung des Rechnungsabschlusses 2013 der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich folgenden

Rechtsgrundlage

Der Kontrollausschuss ist gemäß § 59 Abs. 5 AKG 1992 i. d. g. F. verpflichtet, einen Kontrollbericht über den Rechnungsabschluss der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich zu erstellen. Nach den Bestimmungen des § 59 Abs. 5 AKG und § 22 Abs. 8 der Geschäftsordnung der AKNÖ hat der Kontrollausschuss diesen Kontrollbericht der Vollversammlung vorzulegen. Die Prüfung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2013 erfolgte gemäß § 59 Abs. 1 und § 62 AKG.

Unterlagen

Die Beurteilung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2013 erfolgte unter Verwendung folgender Unterlagen:

1. Rechnungsabschluss

1.1 Zahlenwerke des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2013 (einschließlich der Aufklärungen und Erläuterungen des Direktors Mag. Guth zu den Zahlenwerken)
   a. Vermögensbilanz
   b. Vergleichsrechnung
   c. Ertragsrechnung
   d. Leistungsübersicht zur Ertragsrechnung

1.2 Bericht zum Rechnungsabschluss 2013 gemäß § 16 der Haushaltsordnung der AKNÖ

2. Bericht des vom Vorstand gemäß § 70 Abs. 1 AKG bestellten Abschlussprüfers („CURA“ Treuhand- und Revisionsgesellschaft m.b.H.) über die Prüfung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2013

3. Beschlüsse, Prüfungsergebnisse und Protokolle der
   - Sitzung des Kontrollausschusses vom 26. Juni 2013
   - Sitzung des Kontrollausschusses vom 4. September 2013
   - Sitzung des Kontrollausschusses vom 2. Oktober 2013
   - Sitzung des Kontrollausschusses vom 6. November 2013
   - Sitzung des Kontrollausschusses vom 11. Dezember 2013
   - Sitzung des Kontrollausschusses vom 22. Jänner 2014
   - Sitzung des Kontrollausschusses vom 12. März 2014

Vom Kontrollausschuss wurde zur Kenntnis genommen, dass im Vorstand der AKNÖ in seiner Sitzung am 24. April 2014 der Entwurf des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2013 unter Anwesenheit aller im Vorstand vertretenen Fraktionen einstimmig (bei zwei Stimmenthaltungen des NÖ AAB-FCG) genehmigt wurde.

Ergebnis

Der Kontrollausschuss stellt fest, dass die gebarungsrelevanten gesetzlichen Vorschriften, die Vorschriften der Haushaltsordnung, der Geschäftsordnung sowie die Organbeschlüsse eingehalten wurden. Weiters stellt der Kontrollausschuss fest, dass die einschlägigen kaufmännischen Bewertungsvorschriften im Rechnungsabschluss für das Jahr 2013 beachtet wurden. Die erforderlichen Nachweise und Aufgliederungen zu den einzelnen Positionen des Rechnungsabschlusses wurden vorgelegt.

Zur form- und fristgerechten Behandlung durch die übrigen Organe der Kammer stellt der Kontrollausschuss fest, dass die Behandlung durch den Vorstand der Kammer sowie die Beschlussfassung des Vorstandes auf Vorlage des Rechnungsabschlusses 2013 an die Vollversammlung zur Beschlussfassung in deren Tagung am 29. April 2014 den Bestimmungen des Arbeiterkammergesetzes entspricht.

Der Rechnungsabschluss für das Jahr 2013 ist hinreichend erläutert, die finanzielle Lage der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich ist im Rechnungsabschluss für das Jahr 2013 ordnungsgemäß dargestellt.

Aufgrund der vom Kontrollausschuss gewonnenen Eindrücke und Erkenntnisse erfolgte die Führung der Geschäfte der Kammer im Jahre 2013 nach den Grundsätzen kaufmännischer Sorgfalt und Vorsicht und unter Einhaltung des von der Vollversammlung beschlossenen Voranschlages.

Organisation

2017-2020
Vision
Collaboration Platform 1.0
Aktives CoWorking
Adaptierung Teleworking
+OGB
SAGT'S IN WORT UND BILD.
Mag. Jugoslav Krminac, Mitarbeiter in der Öffentlichkeitsarbeit
IT-GIRL.
Sandra Molnar, Assistentin in der Informationstechnologie
NACHWUCHSTALENT.
Julia Pinter, Wahlbüro, hat bei der AKNÖ die Lehre zur Bürokauffrau absolviert.

Die Organisation

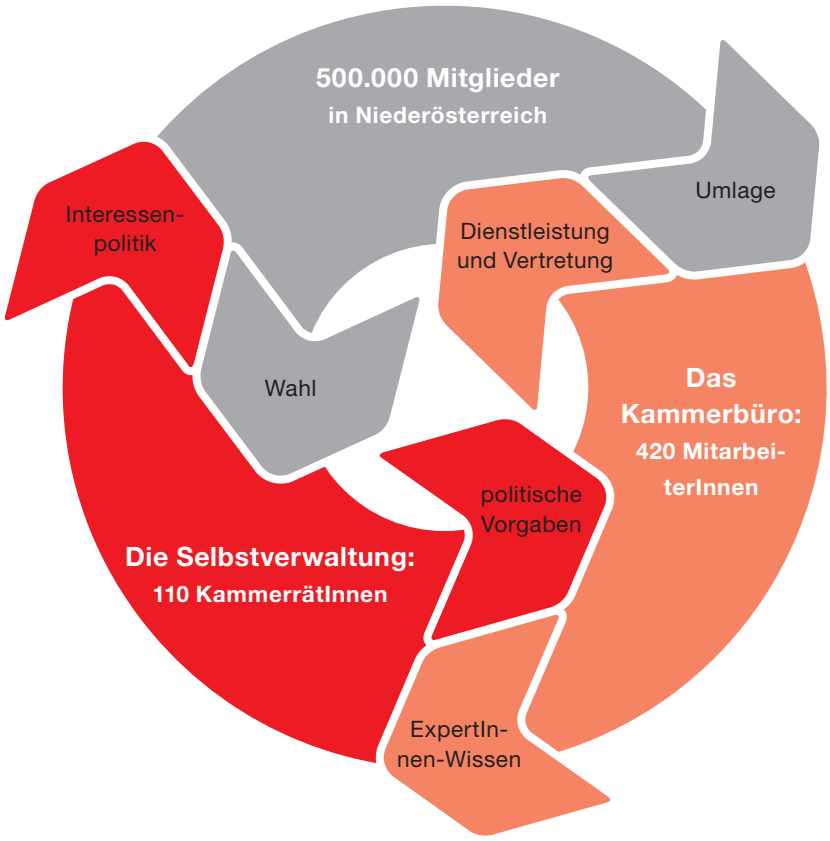
Die Struktur

Die niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen können sich auf ihre Interessenvertretungen verlassen: Tausende engagierte BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen leisten täglich einen ausgezeichneten Job.

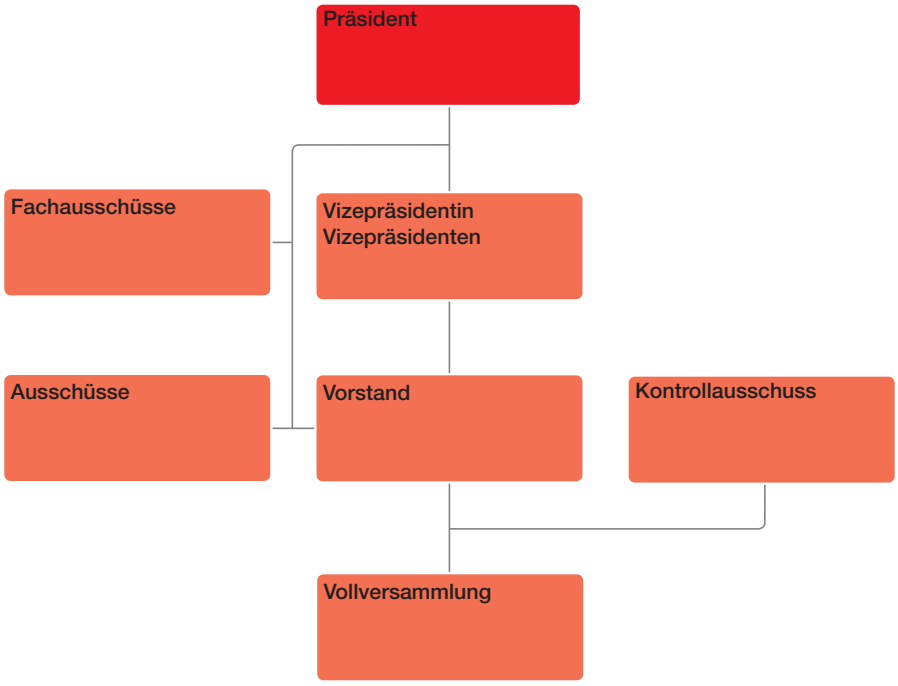
Die KammerrätInnen und ExpertInnen der AKNÖ arbeiten Hand in Hand mit den Gewerkschaften und BetriebsrätInnen für die Interessen der niederösterreichischen Beschäftigten.

Die niederösterreichischen Beschäftigten wählen aus ihrer Mitte alle fünf Jahre 110 Kammerrätinnen und Kammerräte in die Gremien der Selbstverwaltung der NÖ Arbeiterkammer. Sie bilden gemeinsam das „ArbeitnehmerInnenparlament". Die Kammerrätinnen und Kammerräte werden in ihrer politischen Arbeit durch die Grundlagenarbeit der ExpertInnen der AKNÖ unterstützt.

Die AKNÖ-ExpertInnen bringen ihre praktische Erfahrung aus Tausenden Beratungen, gerichtlichen Vertretungen und Serviceleistungen ein und verbessern damit die Lebensbedingungen der ArbeitnehmerInnen. Darüber hinaus arbeitet die Arbeiterkammer eng mit den Gewerkschaften und den betrieblichen Interessenvertretungen zusammen. Für die Interessen aller ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich.



Die Selbstverwaltung



Die Selbstverwaltung

Der bzw. die PräsidentIn ist gemäß § 56 AKG der/die gesetzliche VertreterIn der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich und wird von den 110 KammerrätInnen in der Vollversammlung gewählt. Sie wählen zudem in der konstituierenden Vollversammlung aus ihren Reihen das Präsidium. Am 14. November 2013 wurde Markus Wieser bei der AKNÖ-Vollversammlung in Böhlerwerk zum neuen Präsidenten der NÖ Arbeiterkammer gewählt. Er trat damit die Nachfolge von Hermann Haneder an, der diese Funktion seit 2009 innehatte. Horst Pammer wurde zum neuen Vizepräsidenten gewählt.

Der Präsident

Wieser Markus, FSG

Vizepräsidentin und Vizepräsidenten

Adler Brigitte, FSG
Fiala Michael, FSG
Hemm Franz, NÖ AAB-FCG
Pammer Horst, FSG

**Das Präsidium (v. l. n. r.):
Franz Hemm, Horst Pammer,
Markus Wieser, Brigitte Adler, Michael Fiala**

Der Vorstand

Die Mitglieder des Vorstandes werden von den Kammerrätinnen und Kammerräten der AKNÖ in der konstituierenden Vollversammlung gewählt.

Im Vorstand werden unter anderem die Vollversammlungen vorbereitet, der Jahresvoranschlag und der Rechnungsabschluss genehmigt sowie die Durchführung größerer Vorhaben der Arbeiterkammer beschlossen.

Der AKNÖ-Vorstand ist ein wichtiges Beschlussorgan der Selbstverwaltung. Er besteht aus dem Präsidium und zehn weiteren Mitgliedern.

Der AKNÖ-Vorstand ist gemäß Arbeiterkammergesetz ein wichtiges Beschlussorgan der Selbstverwaltung. Grundlagen dieser Beschlüsse sind ExpertInnenberichte aus dem Kammerbüro und die Tätigkeit der Ausschüsse, die der Vorstand zur Unterstützung seiner Arbeit einsetzt.

Die Ausschüsse ihrerseits beschließen Stellungnahmen und Gutachten zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen. Die Arbeit des AKNÖ-Vorstandes bildet neben den Präsidentenentscheidungen und dem laufenden Geschäfts- und Budgetvollzug des Kammerbüros die Grundlage für die Tätigkeiten der NÖ Arbeiterkammer.

Im Jahr 2013 trat der Vorstand der NÖ Arbeiterkammer auf Basis der Geschäfts- und Haushaltsordnung zehnmal zu ordentlichen Sitzungen und einmal zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Dabei wurden unter anderem Entscheidungen z. B. im Hinblick auf die Erhöhung des Bildungsbonus von 100 auf maximal 120 Euro oder auch bezüglich des Baues der AKNÖ-Zentrale in St. Pölten getroffen.

Der AKNÖ-Vorstand besteht aus insgesamt 15 Mitgliedern, und zwar aus dem Präsidenten, einer Vizepräsidentin und drei Vizepräsidenten sowie zehn weiteren Mitgliedern.

AK-Vorstandmitglieder

Artmäuer Alfred, FSG
Asperger Christine, FSG
Buder Thomas, NÖ AAB-FCG
Farthofer Christian, FSG
Fiala Manfred, FSG
Kauer Christian, FSG
Pfeifer Gottfried, FA
Priesching Herta, FSG
Sterle Harald, NÖ AAB-FCG
Straussberger Erwin, FSG

In den AK-Vorstand kooptiert:

Engel Bruno, NÖ AAB-FCG
Hartmann Petra, FSG
Kupetsch Alfred, FSG
Leidenfrost Franz, FSG
Niedermaier Reinhard, FSG
Sommer Johann, NÖ AAB-FCG
Stattmann Peter, FSG

Stand: April 2014

Die Vollversammlung

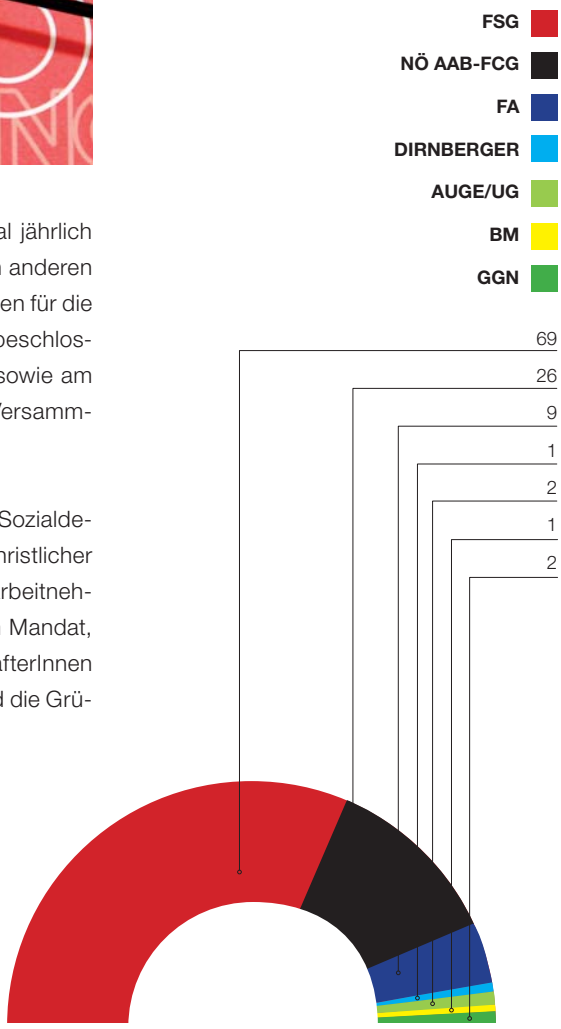
Die Vollversammlung der NÖ Arbeiterkammer besteht aus 110 KammerrätInnen, die von den Beschäftigten in Niederösterreich gewählt werden.

Bei der Vollversammlung am 14. November 2013 in Böhlerwerk wurde Markus Wieser (FSG) von den KammerrätInnen zum AKNÖ-Präsidenten gewählt. Er folgt in dieser Funktion Hermann Haneder (FSG) nach.

Das Parlament der ArbeitnehmerInnen tagt zumindest zweimal im Jahr. Einmal jährlich treten die KammerrätInnen in St. Pölten zusammen, weitere Sitzungen finden in anderen Regionen statt. In der Vollversammlung werden die interessenpolitischen Vorgaben für die Tätigkeit der Arbeiterkammer sowie die finanziellen Richtlinien und Vorgaben beschlossen. Im Jahr 2013 tagte die AKNÖ-Vollversammlung am 24. Mai in St. Pölten sowie am 14. November in Böhlerwerk. Jeweils einen Tag vorher fanden die fraktionellen Versammlungen statt.

Auf Basis der letzten Arbeiterkammerwahl im Jahr 2009 verfügt die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) über 69 Mandate, die Fraktion Christlicher Gewerkschafter (NÖ AAB-FCG) hält bei 26 Mandaten und die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) verfügen über neun Sitze. Weiters sind die Liste Dirnberger mit einem Mandat, die Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen/Unabhängigen GewerkschafterInnen (AUGE/UG) mit zwei Mandaten, das Bündnis Mosaik (BM) mit einem Mandat und die Grünen GewerkschafterInnen Niederösterreich (GGN) mit zwei Sitzen vertreten.

Mandate



Kammerrätinnen und Kammerräte

Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG)

Fraktion Christlicher Gewerkschafter (NÖ AAB-FCG)

Freiheitliche Arbeitnehmer (FA)

Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/ Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGE/UG)

Grüne GewerkschafterInnen Niederösterreich (GGN)

Bündnis Mosaik (BM)

Liste Dirnberger (DIRNBERGER)

Die 110 KammerrätInnen vertreten die niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen in der AKNÖ-Vollversammlung.

FSG

Adler Brigitte
Akyildiz Ali
Artmäuer Alfred
Asperger Christine
Biegler Ing. Manfred
Bogath Christa
Bogenreiter Ferdinand
Cap Kerstin
Cerwenka Peter
Ehegartner Günther
Farthofer Christian
Fiala Manfred
Fiala Michael
Fischer Franz
Fischer Wilhelm
Fußthaler Christian
Gattinger Erwin
Geigenberger Robert
Gratzer Michaela
Gruber Karl
Hartmann Petra
Hintersteiner Karl-Heinz
Hutter Gerhard
Kapaun Robert
Kauer Christian
Kellner Monika
Kinast-Pötsch Brigitta
Klemmer Barbara
Kraus Alena
Kupetsch Alfred
Leidenfrost Franz
Liernberger Margot
Lindner Herbert
Mayrhofer Stefan
Meier Karin
Mezera Andrea
Niedermaier Reinhard
Palkovich Johann
Pammer Horst
Pap Michael
Pernsteiner Hermann
Pfister Rene
Pflügl Reinhold
Priesching Herta
Raidl Franz
Riedl Andreas
Rotter Walter
Rudelstorfer Johann
Sauer Karl
Savic-Cergic Ranka
Schärf Stefan
Scherz Josef
Schilcher Gerda
Schremser Andrea
Schwingenschlögl Susanne
Seban Gerhard
Slacik Patrick
Stattmann Peter
Steinböck Josef
Straussberger Erwin
Tauchner Gerhard
Tollar Christian
Vihan Adolf
Votava Karl
Weidinger Johannes
Weingartner Christa
Weninger Franz
Wieser Markus
Wiesinger Josef

NÖ AAB-FCG

Ableidinger Gregor
Aufegger Maria
Bauer Christian
Brandstätter Alfred
Brunner Ingrid
Buder Thomas
Engel Bruno
Fahrnberger Herbert
Gruber Christian
Hager Josef
Hemm Franz
Kousal Renate
Litschauer Michael
Löffler Friedrich
Meissinger Manfred
Pannagl Werner
Pfeifer Anton
Redl Franz
Roitner Franz
Sandler Maria Margit
Schauer Andreas
Sommer Johann
Sterle Harald
Wagner Norbert
Weinrichter Manfred
Wessely Heinz

FA

Geiblinger Heinz
Handl Karl
Kunz Norbert
Latsch Hermann
Pfeifer Gottfried
Pfeifer Monika
Schatzl Wolfgang
Weber Bruno
Zellhofer Erwin

AUGE/UG

Partei Renate
Taibl Stefan

GGN

Jahn Ing. Axel
Kesetovic Samir

Bündnis Mosaik

Isik Mehmet

DIRNBERGER

Dirnberger Alfred

Stand: April 2014

Die Ausschüsse und Fachausschüsse

Die nach Themenbereichen organisierten Ausschüsse erstellen und beraten unter anderem Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und Verordnungen. Sie bestehen aus Kammerrätinnen und Kammerräten und werden von den Expertinnen und Experten des Kammerbüros unterstützt. 2013 traten die Ausschüsse (inkl. Kontrollausschuss) zu insgesamt 39 Sitzungen zusammen.

Ausschüsse (Stand: April 2014)

	Vorsitz
Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Infrastrukturpolitik	Gerhard Tauchner
Sozialpolitik und Arbeitsrecht	Johannes Weidinger
KonsumentInnenpolitik	Reinhold Pflügl
Gesundheitspolitik und ArbeitnehmerInnenschutz	Susanne Schwingenschlögl
Jugendpolitik und Zentraler Fachausschuss	Alfred Kupetsch
Bildung, Kultur und Freizeit	Johann Palkovich
Frauenpolitik	Petra Hartmann
Kontrollausschuss	Bruno Weber
Bauausschuss (Vorstandsausschuss)	Markus Wieser

Die Ausschüsse werden in ihrer Arbeit von ExpertInnen der AKNÖ betreut und unterstützt.

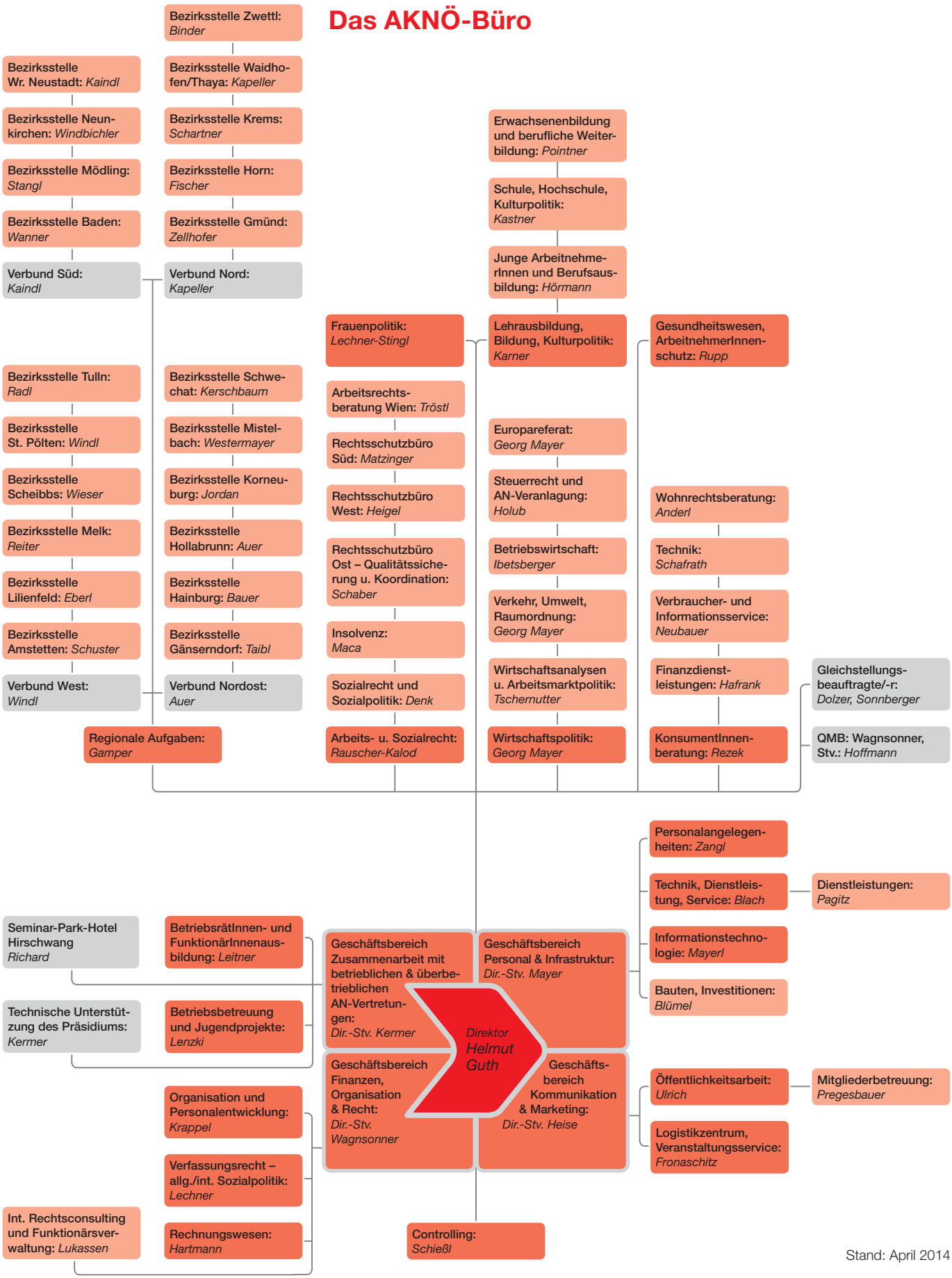
Im Gegensatz zu den Ausschüssen sind die Fachausschüsse nach bestimmten ArbeitnehmerInnen-Gruppen gegliedert. In Fachausschüssen können auch ArbeitnehmerInnen mitarbeiten, die kein Mandat als Kammerrätin oder Kammerrat ausüben. Die Fachausschüsse arbeiten als Organe sehr eng mit den einzelnen Fachgewerkschaften zusammen. Sie nehmen die fachlichen und beruflichen Interessen der Beschäftigten wahr. Insbesondere in Fragen der Aus- und Weiterbildung kommt den Fachausschüssen besondere Bedeutung zu. Im Jahr 2013 gab es insgesamt 32 Fachausschusssitzungen.

Fachausschüsse (Stand: April 2014)

	Vorsitz
Fachausschuss Bau-Holz	Manfred Fiala
Fachausschuss Textil, Bekleidung, Leder	Erwin Straussberger
Fachausschuss Verkehr	Hubert Patzl
Fachausschuss für das Druck- und Papier verarbeitende Gewerbe	Adolf Vihan
Fachausschuss soziale und persönliche Dienste	Jürgen Kremsner
Fachausschuss Metall, Bergbau, Energie	Helmut Pilwarsch
Fachausschuss Agrar, Nahrung, Genuss	Johannes Weidinger
Fachausschuss der Angestellten im Handel und Gewerbe	Alfred Greis
Fachausschuss Tourismus, Reinigung und Sicherheitsdienste	Harald Frimmel
Fachausschuss Gesundheit	Brigitte Adler
Integrationsfachausschuss	Ali Akyildiz

Betreuung der Fachausschüsse als Geschäftsstelle: Referat „Junge ArbeitnehmerInnen und Berufsausbildung“ (Abteilung Lehrausbildung, Bildung und Kulturpolitik)

Das AKNÖ-Büro



Stand: April 2014

Das AKNÖ-Büro

Um die hohen Qualitätsstandards der Dienstleistungen nachhaltig gewährleisten zu können, müssen der organisatorische Aufbau und die Arbeitsabläufe des Büros der AKNÖ laufend an das sich rasch verändernde gesellschaftliche und soziale Umfeld angepasst werden. Nur so können Expertinnen und Experten, die landesweit in 21 Bezirksstellen, zwei Servicestellen und in der Zentrale der AKNÖ arbeiten, garantieren, dass die Beschäftigten rasch und unbürokratisch zu ihrem Recht kommen. Auf Basis des AK-Gesetzes betreuen die AKNÖ-BeraterInnen die Ratsuchenden, versuchen, offene Ansprüche zu regeln, und vertreten Anliegen vor Gericht. Diese tägliche Beratungspraxis fließt in die interessenpolitische Grundlagenarbeit ein. Daraus leiten sich die Forderungen der Arbeiterkammer ab, die sie zielgerichtet in der Gremien- und Vertretungsarbeit, aber auch in öffentlichen Auseinandersetzungen einbringt.

Strategische Vorgaben

Der Geschäftsprozess des Kammerbüros bildet sich im sogenannten Jahreszyklus-Modell ab. Die dort festgehaltene strategische Ausrichtung und die Schwerpunktprogramme stellen Orientierung und Zielvorgabe für die MitarbeiterInnen dar. Im Rahmen einer Strategiekonferenz aller Führungskräfte der AKNÖ werden Schwerpunkte für die Arbeit der einzelnen Abteilungen festgelegt. So wird etwa 2014 aus organisatorisch-strategischer Sicht der Aufbau von strategischen Netzwerken, die Vernetzung mit Partnerorganisationen, FunktionärInnen und betrieblichen Interessenvertretungen weiter intensiviert und vorangetrieben.

2014 wird die Vernetzung mit Partnerorganisationen und innerbetrieblichen Interessenvertretungen ausgebaut.

Wirkungsbereiche

Das Büro der AKNÖ baut auf einem prozessorientierten Organisationsmodell auf. Fokus der Arbeit sind die Bedürfnisse der Mitglieder, für welche die – direkt dem Direktor unterstellten – Wirkungsbereiche (Fachabteilungen) ihre Leistungsangebote erstellen:

- Arbeits- und Sozialrecht
- Frauenpolitik
- Gesundheitswesen und ArbeitnehmerInnenschutz
- Konsumentenberatung
- Lehrausbildung, Bildung und Kulturpolitik
- regionale Aufgaben
- Wirtschaftspolitik

Die sieben Fachabteilungen (Wirkungsbereiche) der AKNÖ unterstehen direkt AKNÖ-Direktor Mag. Helmut Guth.

Die Wirkungsbereiche werden in ihrer Tätigkeit von vier Geschäftsbereichen unterstützt. Mitte 2013 wurde die Organisationsstruktur der AKNÖ an die Erfordernisse einer effektiven, auf stärkerer Vernetzung basierenden Interessenvertretung angepasst. Dazu wurde mit dem länger geplanten Aufbau der Abteilung „BetriebsrätInnen- und FunktionärInnenausbildung“ im Geschäftsbereich „Zusammenarbeit mit betrieblichen und überbetrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretungen“ begonnen.

Geschäftsbereich „Zusammenarbeit mit betrieblichen und überbetrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretungen“

Der Geschäftsbereich „Zusammenarbeit mit betrieblichen und überbetrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretungen“ betreut BetriebsrätInnen und FuntionärInnen, initiiert und pflegt interessenpolitische Netzwerke und Plattformen. Darüber hinaus obliegen dem Geschäftsbereich die Ausbildung von BetriebsrätInnen und FunktionärInnen, das Betriebsratsfondsservice sowie die Entwicklung spezifischer Projekte aus den Themenfeldern Politik, Jugendkultur und Freizeit.

Die Ausbildung von BetriebsrätInnen und FunktionärInnen ist eine Schwerpunktaktivität des Geschäftsbereichs.

Der Geschäftsbereich wurde 2013 anhand der strategischen Vorgaben der AKNÖ umgebaut und ausgebaut. Die Abteilung Frauenpolitik wurde Anfang des Jahres aus dem Geschäftsbereich ausgegliedert und direkt dem AKNÖ-Direktor unterstellt. Parallel dazu wurde mit dem Aufbau der Abteilung „BetriebsrätInnen- und FunktionärInnenausbildung“ begonnen. Gemeinsam mit der Abteilung „Betriebsbetreuung und Jugendprojekte“ sollen der Ausbau interessenpolitischer Netzwerke verstärkt werden und die betrieblichen Interessenvertretungen in ihren Aufgaben besser unterstützt werden. Das Seminar-Park-Hotel Hirschwang als Bildungshaus der AKNÖ für betriebliche und überbetriebliche InteressenvertreterInnen wurde organisatorisch ebenfalls in den Geschäftsbereich eingegliedert.

Die professionelle Betreuung der Betriebsratsfonds durch das RevisorInnen-Team ergänzt dieses Angebot für die Betriebsräte. Mit dem Vernetzungstreffen „AKNÖ goes international“ wurde auch im Jahr 2013 wieder der wachsenden wirtschaftlichen Internationalisierung und den damit einhergehenden Herausforderungen für BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen Rechnung getragen. Und mit dem großen Preis für BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen „Vor den Vorhang“ setzt die AKNÖ auch ein sichtbares Zeichen für die Stärkung der ArbeitnehmerInnen-Vertretungen in den Betrieben.

Die gemeinsame Arbeitsklausur mit den RegionalsekretärInnen des ÖGB, den LandessekretärInnen der Fachgewerkschaften und den BezirksstellenleiterInnen der AKNÖ ist ein weiterer Fixpunkt im Arbeitsprogramm des Geschäftsbereichs. Darüber hinaus wurden im Jahr 2013 vielfältige Projekte im ArbeitnehmerInnenschutz und in der betrieblichen Gesundheitsförderung ins Leben gerufen.

Dem Geschäftsbereich obliegt auch die Durchführung der Betriebssport-Wettbewerbe, der „AKNÖ/ÖGB-Familienfest-Veranstaltungsreihe“ und der Familienwintersporttage.

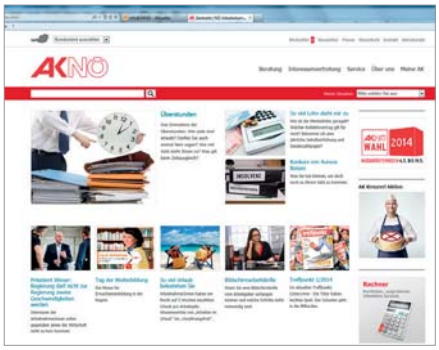
Der Geschäftsbereich zeichnet auch für die Durchführung der Betriebssport-Wettbewerbe, wie etwa des Hallenfußball-Cups verantwortlich.

Geschäftsbereich „Kommunikation und Marketing“

Dieser zeichnet für den öffentlichen Auftritt der AKNÖ sowie das Veranstaltungsservice verantwortlich und spricht die Beschäftigten zielgruppengerecht an. Der Geschäftsbereich erarbeitet dafür die strategischen Vorgaben und ist für Medienarbeit und Marketing zuständig. So wurden fast 400 Presseaussendungen veröffentlicht, 38 Pressekonferenzen veranstaltet und rund 2.000 überwiegend positive Medienberichte über die AKNÖ registriert.

Die hohen Preise, die Kosten der Finanzkrise, die ungerechte Verteilung der Steuerlasten bewegten unsere Mitglieder stark – diese drei Problembereiche wurden im Frühjahr im Rahmen einer bundesweiten TV-Informationskampagne mit Spots thematisiert. In Niederösterreich wurde die Kampagne durch Inserate in Printmedien, Radiowerbung, Außenwerbung und nicht zuletzt in allen AKNÖ-Medien, vor allem im Internet, verstärkt. Der Würfel als Symbol für Verteilungsgerechtigkeit kam wie auch 2012 zum Einsatz. Er wurde im Frühjahr übrigens auch als Erkennungssymbol bei den verschiedenen Info-Tour-Werbeartikeln verwendet, um 150.000 Beschäftigte auf die Schieflagen in unserer Gesellschaft hinzuweisen.

Im Sommer 2013 startete die AKNÖ mit einer neuen Website durch. Der neue Internetauftritt unterscheidet sich nicht nur grafisch, sondern vor allem im Hinblick auf Übersichtlichkeit und NutzerInnen-Freundlichkeit erheblich von der alten Website der AKNÖ. Technisch neu ist, dass die Seite nun für die Nutzung auf Smartphones und Tablets besser geeignet ist. Sie passt sich automatisch an die jeweiligen Endgeräte an. Gleich geblieben sind die finanziellen und inhaltlichen Synergieeffekte, die durch ein von allen neun Länderkammern genutztes Redaktionssystem entstehen. Auch die Auftritte auf Facebook und YouTube wurden intensiviert.



Die neue AKNÖ-Website ging Mitte 2013 online. Sie zeichnet sich durch mehr NutzerInnen-Freundlichkeit aus und passt sich in der Darstellung den Endgeräten an.

Die Bundesarbeitskammer setzte im Herbst die Kampagne „Gerechtigkeit muss sein“ fort. In Niederösterreich wurde die Kampagne durch Inserate in Tages- und Regionalzeitungen, Radiospots und Werbung in den Bezirksstellen verstärkt. Im Geschäftsbereich wurde zudem die Kommunikation für die Standortübersiedelung der Zentrale nach St. Pölten geplant und umgesetzt sowie die Bauhomepage samt Baustellenkameras betreut. Die Mitgliederzeitung „treffpunkt“ erschien sechsmal mit einer Gesamtauflage von knapp 2,41 Millionen Stück. Ende 2013 wurden die Vorarbeiten zum Versand einer neuen AKNÖ-Service-Karte an alle kammerumlagepflichtigen Mitglieder und die Planungen für die Informations- und Werbekampagne für die AK-Wahl 2014 begonnen.

2013 wurde die Gerechtigkeitskampagne weitergeführt. Der Würfel wurde als Symbol der Kampagne beibehalten.

Geschäftsbereich „Personal und Infrastruktur“

Der Geschäftsbereich stellt mit den Aufgabenfeldern Personal, Hausverwaltung, Bauten, EDV und Kommunikationstechnologie die Infrastruktur für die Serviceleistungen der AKNÖ sicher.

Seit den 90er-Jahren läuft bereits das Modernisierungsprogramm der Niederösterreichischen Arbeiterkammer für ihre 21 Bezirksstellen. Da die Bauvorhaben nacheinander so sparsam wie möglich umgesetzt werden sollen, dauerte das Programm entsprechend länger. Als letzte Bezirksstelle war das Gebäude in Horn noch ein „Amtsgebäude“ aus den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts. 2012 wurde der Neubau geplant und gestartet. Dabei wurden, ähnlich wie bereits in Gmünd und der im Februar wiedereröffneten Bezirksstelle Lilienfeld, die Vorgaben einer „Musterbezirksstelle“ für ein modernes Beratungszentrum umgesetzt. Im Sommer 2013 konnte der Bau fertiggestellt werden. Die feierliche Eröffnung mit großem Besucherandrang fand am 17. September 2013 statt. Die Anforderungen an moderne Bürogebäude verändern sich ständig. So waren auch in der Bezirksstelle Amstetten umfangreiche Sanierungs- und Umbauarbeiten notwendig geworden. Beim Veranstaltungssaal mussten Reparaturarbeiten durchgeführt werden, vordringlich war aber der behindertengerechte Zugang zu den Beratungsbüros von AKNÖ und ÖGB NÖ. Das wurde durch den Einbau eines Aufzugs erreicht, die Bezirksstelle Amstetten entspricht nun wieder den Vorgaben leichter und kundenfreundlicher Erreichbarkeit.

Die Bezirksstelle Lilienfeld wurde nach einer umfangreichen Modernisierung Ende Februar 2013 offiziell an AKNÖ-Bezirksstellenleiter Burkhard Eberl übergeben.

Im IT-Bereich wurden die den MitarbeiterInnen zur Verfügung gestellten technischen Mittel ausgebaut. Einerseits wurden Videokonferenzmöglichkeiten zwischen der AKNÖ-Zentrale und den Bezirksstellen getestet und anschließend die dafür notwendige Softwarelösung implementiert. Andererseits wurden auch innerhalb der AKNÖ-Zentrale und der Bezirksstellen WLAN-Zugangspunkte für alle von den AKNÖ-MitarbeiterInnen dienstlich genutzten Notebooks, Tablets, Smartphones und sonstigen Endgeräten geschaffen. Darüber hinaus können BesucherInnen, KundInnen und Partnern der AKNÖ mit Gastzugängen auf dieses Angebot zugreifen. Weitere Aktivitäten im IT-Bereich betrafen die Neugestaltung der Telefonansagen und die technische Umstellung der Software für die Buchhaltung und Bilanzierung. Zusätzlich wurde zur organisatorischen Unterstützung der Info-Tour eine Datenbank programmiert. Die AKNÖ leistete außerdem technische Unterstützung bei der Produktion und beim Versand der Lehrlingsausweise der AK Burgenland.

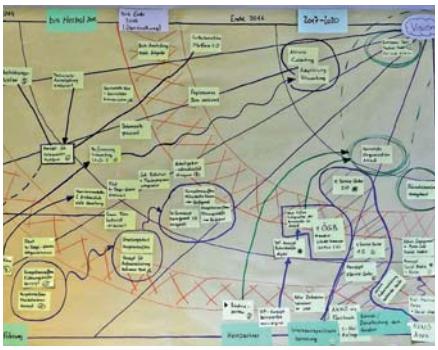
Im Sommer 2013 wurde die neue Bezirksstelle in Horn fertiggestellt. Bezirksstellenleiter Robert Fischer und sein Team freuen sich über die modernste Bezirksstelle der AKNÖ.

Geschäftsbereich „Finanzen, Organisation und Recht“

Diesem Geschäftsbereich obliegt die wirtschaftliche Verwendung der Mittel, die stetige Weiterentwicklung der Organisation, zum Beispiel im Bereich der Arbeitsprozesse, die Personalentwicklung sowie die Klärung von Rechtsfragen für Präsidium und Direktion.

Im Bereich Finanzen wurde für die Finanzbuchhaltung, die Anlagenbuchhaltung und die Kostenrechnung die Software BMD-NTCS angeschafft. Neue Auswertungsmöglichkeiten sowie ein eigenes Budgetierungstool kommen erstmals beim Budget 2015 zum Einsatz und stellen einen weiteren Professionalisierungsschritt dar.

Das Projekt „Neues Arbeiten in der AKNÖ“ wird im Geschäftsbereich geleitet und koordiniert. Neben dem Direktorium, das in einem Workshop eine Vision „Arbeiten 2020“ und eine sogenannte „Transformationsmap“ ausgearbeitet hat, sind auch in Teilprojekten mehrere Abteilungen einbezogen. In einem ersten Schritt wurde eine Iststand-Erhebung vom Institut für Managementwissenschaft der FH Krems und dem Institut für Managementwissenschaften der TU Wien durchgeführt. Auf Basis dieser Erhebung wird an den Projekten weitergearbeitet. Gemeinsam mit der Planungsgesellschaft M.O.O.CON wurde begonnen, am sogenannten „Activity-based working“-Konzept zu arbeiten. Dabei werden – an den Arbeitsprozessen orientiert – Raumlösungen für die unterschiedlichen Abteilungen erstellt. Wesentlich in der „neuen Welt des Arbeitens“ ist die Nutzung neuer Telekommunikationstechnologien. Auf diesem Weg soll der Kontakt zu Partnerorganisationen, BetriebsrätInnen und Mitgliedern nicht nur verstärkt, sondern auch über neue, digitale Medien erfolgen. So arbeitet eine Projektgruppe z. B. an der Einrichtung eines E-Service-Centers, also einer „virtuellen Bezirks- bzw. Servicestelle“.



Die AKNÖ-Transformationsmap – eine von den Mitgliedern des Direktoriums ausgearbeitete Landkarte, die den Weg zur Veränderung der Arbeitsprozesse in der AKNÖ vorgibt

Im Rechtsbereich galt es, durch die Mitwirkung im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss den europäischen Gesetzgebungsprozess auf seine sozialen Auswirkungen hin zu beobachten. Durch Stellungnahmen und Gesetzesbegutachtungen wurde versucht, die nationale und europäische Gesetzgebung im Sinne der ArbeitnehmerInnen mitzugestalten. Die Durchführung zweier Fachtagungen im Jahr 2013 zu den Themen „Datenschutz“ und „Cyber-Crime“ diente zudem der Sensibilisierung von ExpertInnen, BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen für diese Problematik. Weitere Schwerpunkte waren die Beratung und Schulung von BetriebsrätInnen sowie die Expertise in den Rechtsbereichen Verfassungs- und Verwaltungsrecht.

Gemeinsam mit der Planungsgesellschaft M.O.O.CON wird seit Herbst 2013 am „Acitivity-based working“-Konzept gearbeitet.

Einrichtungen der AKNÖ

Seminar-Park-Hotel Hirschwang – das Seminarhotel der AKNÖ

Seminar-Park-Hotel Hirschwang

Das Hotel ist das zentrale Seminarhotel und Bildungshaus der AKNÖ. Es ist auch bei zahlreichen Urlaubsgästen aus dem In- und Ausland beliebt und verzeichnete im Jahr 2013 18.903 Nächtigungen. Der Anteil der Seminarbuchungen ist leicht angestiegen und betrug rund 50 Prozent. Das Seminarhotel wird auch für private Veranstaltungen wie Hochzeiten, Taufen oder Geburtstage gebucht. Im kulturellen Bereich wurden Vernissagen und Kabarettvorführungen organisiert und durchgeführt. Im September 2013 zeichnete das Hotelteam für das Catering beim Dialogforum Hirschwang verantwortlich.

Arbeitsmedizinisches Zentrum Mödling

Dieses Zentrum, das im Eigentum der NÖ Arbeiterkammer und der Wirtschaftskammer Niederösterreich steht, ist Partner der AKNÖ, wenn es um Fragen der Arbeitsmedizin, Sicherheit am Arbeitsplatz, Gesundheitsförderung und Arbeitspsychologie geht.

Mit dem Gesundheitsbus des AMZ Mödling werden den Beschäftigten in den Betrieben modernste Methoden der Gesundheitsvorsorge und Früherkennung unmittelbar an ihrem Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt. Im Gesundheitsbus können ArbeitnehmerInnen die wichtigsten Frühindikatoren für berufsbedingte Erkrankungen (psychische Gesundheit, Wirbelsäule, Rückenmuskulatur, Gehör, Blut) untersuchen lassen. Der Gesundheitsbus von AKNÖ und AMZ kann von BetriebsrätInnen angefordert werden. Für viele Beschäftigte ist der Gesundheitsbus der erste Kontakt mit der Gesundheitsvorsorge überhaupt.

Der sogenannte AKNÖ-Gesundheitsbus – ein voll ausgestattetes medizinisches Untersuchungszimmer auf Rädern

Die Gremien und Institutionen

Gremien, Organisationen, Vereine

Die NÖ Arbeiterkammer vertritt mit ihren Expertinnen und Experten die Interessen der niederösterreichischen Beschäftigten in verschiedenen Kommissionen, Beiräten, Ausschüssen und Vereinen. Hier eine kurze Übersicht über die wichtigsten in alphabetischer Reihenfolge:

- Agrarmarkt Austria
- Arbeitsmarktservice NÖ
- Arbeitsstiftung NÖ
- Arbeits- und sozialmedizinisches Zentrum Mödling
- Arbeitsausschuss für wirtschaftliche Landesverteidigung
- Arbeitsgruppe NATURA 2000
- Ausgleichstaxfonds gem. § 10.2 BehEinstG
- Ausländergrundverkehrskommission
- Behindertenausschuss gemäß § 12 BehEinstG
- Beirat der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
- Beirat des Bereiches Basisprogramme der Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG)
- Beirat gemäß § 7 Richtwertgesetz
- Bezirksschulräte
- Berufsförderungsinstitut NÖ
- Bundesberufsausbildungsbeirat
- Bundeseinigungsamt
- diverse Kurkommissionen
- diverse Tourismuskommissionen
- diverse Prüfungskommissionen
- ecoplus-Fachbeirat
- Gentechnik-Kommission
- Gewerblicher Berufsschulrat für NÖ
- Gleichbehandlungskommission
- Industrieviertelmuseum
- Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz – Landesprojektgruppe
- Jugend und Arbeit, Verein zur Schaffung vorübergehender Beschäftigungsmöglichkeiten
- Kommission zur Beratung des Berichtes über die Lage der Land- und Forstwirtschaft in NÖ
- Krisenstab des Landes NÖ
- Kuratorium des NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds
- Landesberufsausbildungsbeirat
- Landeslenkungsausschuss NÖ
- Landesschulrat für NÖ
- Landesversorgungssicherungsausschuss NÖ
- NÖ Beschäftigungspakt
- NÖ Bewilligungsbeirat
- NÖ Elektrizitätsbeirat
- NÖ Landesverein Handicap
- NÖ Raumordnungsbeirat
- NÖ Spielautomatenbeirat
- NÖ Tiergesundheitsdienst
- Österreichische Gesellschaft für Arbeitsmedizin
- Schlichtungsstelle für Rauchfangkehrer
- Sozialhilfebeirat
- Staatsschuldenausschuss
- Tonkünstler-Orchester NÖ
- Unabhängiger Finanzsenat
- Verband Österreichischer Sicherheits-Experten
- Verband Österreichischer Schulungs- und Bildungshäuser
- Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung
- Verein für Konsumenteninformation
- Verein „Pro Konsument“
- Verein „Startbahn“
- Zahnärztliche Honorarschlichtungsstelle
- Zivildienstbeschwerderat

Die Adressen

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich
Windmühlgasse 28, 1060 Wien
Servicehotline: 05 7171
http://noe.arbeiterkammer.at

Öffnungszeiten der Bezirksstellen:
Montag bis Donnerstag: 8 bis 16 Uhr
Freitag: 8 bis 12 Uhr

Bezirksstelle Amstetten	3300 Amstetten, Wiener Straße 55
Bezirksstelle Baden	2500 Baden, Elisabethstraße 38
Bezirksstelle Gänserndorf	2230 Gänserndorf, Wiener Straße 7a
Bezirksstelle Gmünd	3950 Gmünd, Weitraer Straße 19
Bezirksstelle Hainburg	2410 Hainburg, Oppitzgasse 1
Bezirksstelle Hollabrunn	2020 Hollabrunn, Brunnthalgasse 30
Bezirksstelle Horn	3580 Horn, Spitalgasse 25
Bezirksstelle Korneuburg	2100 Korneuburg, Gärtnergasse 1
Bezirksstelle Krems	3500 Krems, Wiener Straße 24
Bezirksstelle Lilienfeld	3180 Lilienfeld, Pyrkerstraße 3
Bezirksstelle Melk	3390 Melk, Hummelstraße 1
Bezirksstelle Mistelbach	2130 Mistelbach, Josef-Dunkl-Straße 2
Bezirksstelle Mödling	2340 Mödling, Franz-Skribany-Gasse 6
Servicestelle Shopping City Süd	2334 Vösendorf, SCS-Bürocenter B1/1A
Bezirksstelle Neunkirchen	2620 Neunkirchen, Würflacher Straße 1
Bezirksstelle St. Pölten	3100 St. Pölten, Gewerkschaftsplatz 2
Bezirksstelle Scheibbs	3270 Scheibbs, Burgerhofstraße 5
Bezirksstelle Schwechat	2320 Schwechat, Sendnergasse 7
Bezirksstelle Tulln	3430 Tulln, Rudolf-Buchinger-Straße 27-29
Bezirksstelle Waidhofen	3830 Waidhofen/Thaya, Thayastraße 5
Bezirksstelle Wr. Neustadt	2700 Wr. Neustadt, Babenbergerring 9b
Servicestelle Flughafen	Objekt 103, Top A325, vis à vis Ruefa-Reisebüro vor Bordkartenkontrolle 1, Stiege rechts
Bezirksstelle Zwettl	3910 Zwettl, Gerungser Straße 31